

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschick behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark., für Selbst- abholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Postgebühren. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pfa., bei Platzvorrat 40 Pfa., Stellenangebote 10 Gpf., Kolonelle 25 Pfa. Familiennachrichten von Privaten die 10 Gpf., Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamelle 2 Mt., Inserate v. ausw.: die 10 Gpf., Kolonelle 40 Pfa., bei Platzvorrat 50 Pfa., Reklamelle 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Die Gründung des Leninbundes

Eigene Listen zu den Reichs- und Landtagswahlen

Eine neue kommunistische Partei

Berlin, 9. April.

F. F. Für die Ostertage hatten Urbahns, Scholem und Ruth Fischer ihre Getreuen aus dem ganzen Reich zum Gründungskongress des „Lenin-Bundes“ im Preussischen Landtag zusammengerufen. Mehr als 150 Delegierte aus 100 Ortsgruppen waren erschienen, um in zweitägigen Verhandlungen den „Lenin-Bund“ aus der Taufe zu heben. Die Berliner Bezirksleitung der KPD ließ an die Delegierten des Gründungskongresses noch einen Brief voller Beschimpfungen verteilen, nannte die „Linken“ darin „Spalter“ und „Hilfstruppen der Bourgeoisie“, mußte aber im übrigen den Dingen ihren Lauf lassen.

Der Reichstagsabgeordnete Scholem ließ in seinem Bericht an der offiziellen Leitung der KPD kaum ein gutes Haar. Die Gründung des Lenin-Bundes sei notwendig zur Rettung des Kommunismus. Er kenne ja die Praktiken der KPD aus eigener Erfahrung am besten, denn schließlich, wer die Würst macht, muß wissen, was drin ist. Die kommunistische Politik in Deutschland sei falsch, zentristisch und opportunistisch. Das zeige sich an der vollständigen Unterwerfung unter den falschen Stalinismus, an der opportunistischen Politik, an der Verwischung der kommunistischen Grundzüge und an der völligen Passivität in allen Tageskämpfen! Im Parlament habe die KPD lediglich eine lebhafte Opposition betrieben, ohne an die proletarischen Massen zu appellieren. Sie sei nicht einmal imstande gewesen, ein eigenes Aktionsprogramm gegen den Bürgerblock aufzustellen und habe

den Kampf gegen den Bürgerblock nicht um ein Haar anders geführt, als die linke SPD.

Scholem stellt zwar eine größere politische Aktivität der Arbeiter fest, muß aber zugeben, daß sie nur der SPD zugutekomme. Der Mitgliederbestand der KPD sei stark zurückgegangen, worin Scholem eine Folge des opportunistischen Kurzes in der KPD sieht. In den Gewerkschaften habe die KPD durch ihre reformistische Taktik elend Schiffbruch erlitten, so daß die reformistischen Gewerkschaftsführer nach den großen Wirtschaftskämpfen stärker seien als vorher. Scholem wehrt sich noch energisch gegen den Vorwurf der Parteilosigkeit. Die Stalinisten hätten durch Abwürgung jeder Disziplin in der KPD durch unerhörten Terror und durch ihren zentristischen Kurs die Partei in den Sumpf des Diktatorrentums geführt. Die „Linken“ seien dem Drecksfeldzug der Verleumdung durch jenen korrupten Parteiapparat ausgefegt worden, der in der KPD ein selbständiges Leben führt. Der „Lenin-Bund“ wolle keine eigene Partei sein, aber seine Gründung wäre notwendig, um den Kommunismus zu retten. Er würde sofort liquidiert, wenn die Linken als Gruppe in die Komintern und die KPD wiederaufgenommen werden.

Aus der Diskussion erhob man, daß der „Lenin-Bund“ bereits 6000 organisierte Mitglieder umfasse. In der Rheinpfalz hätten sich von 40 kommunistischen Ortsgruppen 37 zur Opposition bekannt. Dort sieht man zur Weidinger Opposition, mit der der Leninbund eine Arbeitsgemeinschaft eingegangen sei. Die Pfälzer Opposition stelle zu den Reichs- und Landtagswahlen eigene Kandidatenlisten auf. Immer wieder hagelte es Anklagen gegen die Politik der KPD, die nichts anderes sei als ein Nachhinken hinter der SPD-Politik! Eine interessante Feststellung machte Hesse (Berlin). Die KPD habe 1923 rund 40 000 Mitglieder in Berlin gehabt. Jetzt aber, wo der Bezirk geographisch auf Berlin-Brandenburg-Lausitz erweitert worden sei, habe man nur noch 18 000 Mitglieder, es habe also ein katastrophaler Mitgliederverlust eingetreten! Auch in den Berliner Betrieben sei der Einfluß der KPD außerordentlich zurückgegangen.

Urbahns, der in seiner Eröffnungsrede die „Linken Kommunisten“ als die „Gralsritter des achten Kommunismus“ feierte, hielt ein ausführliches Referat über die Aufgaben des Leninbundes. Um für gewöhnliche Sterbliche verständlich zu machen, was er meinte, ist es nötig, seine Rede erst aus dem Kommunistischen ins Deutsche zu übersetzen. Urbahns wirft der offiziellen KPD vor allem vor, daß sie die Grundzüge Lenins verlassen und damit die Gefahr heraufbeschworen habe, daß die KPD und die Komintern liquidiert und in die sozialdemokratische Internationale übergeführt werde. Der Leninbund habe die Aufgabe, die KPD zur Einhaltung der leninistischen Grundzüge anzuhalten. Sollten aber die objektiven und subjektiven Voraussetzungen nicht dafür vorhanden sein, die KPD auf den Weg Lenins zurückzuführen,

dann bildet der Leninbund die kommunistische Partei!

In der russischen kommunistischen Partei seien Klassenfremde Elemente herangewachsen, die den opportunistisch-reformistischen Kurs bestimmen. Solange diese nicht ausgeschlossen und die Bekannten (Traghi usw.) nicht wieder in die Partei aufgenommen sind, glaube er nicht an die Ernsthaftigkeit des jetzigen sogenannten „Linken“ Kurzes in Moskau.

Auch die radikalen Reden, die in Deutschland gegen die SPD gehalten werden, seien nur ultralinken Purzelbäume, die nicht ernst zu nehmen seien.

Nach Abschluß von Wirtschaftskämpfen schreiben die KPD-Zeitungen immer in großen Balken „Weiterkämpfen!“ Diese Parolen seien aber einen Deck wert, weil die KPD niemals etwas tue, was zum Weiterkämpfen nötig sei.

Eine scharfe Abrechnung mit der KPD hielt in der Diskussion der ausgeschlossene Kommunist Kiliau (Halle). Die KPD habe ihre Parlamentarität zum parlamentarischen Realismus entwickelt. Die Linken habe sich gegen eine gewisse korrupte

Führerclique gebildet. In Halle gäbe es 350 Partei-, Gewerkschafts-, Krankentassen- und Konsum-Angebote, die zusammen mit ihren Frauen — rund 700 Leute — den ganzen Parteiapparat des Bezirks Halle beherrschten. Die KPD von heute lebe nur noch von der revolutionären Phrase, hinter der kein Wille zur Tat stehe. In seinem Schlusswort teilte Urbahns noch die niedliche Tatsache mit,

daß der jahrelange Agit-Prop-Leiter der kommunistischen Zentrale plötzlich erklärte, daß er aus der Partei ausscheide, weil er nicht mehr an die kommunistischen Ideale glaube und deshalb zu seinem Gott zurückkehre!

Der Kongress beschloß, daß sich der Leninbund an den Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen mit eigenen Listen beteiligen wird.

Unter anderen werden voraussichtlich kandidieren Urbahns, Ruth Fischer, Scholem, Bartels und Grylewitz. Eigene Listen wird der Lenin-Bund natürlich nur in einem kleinen Teil der Wahlkreise aufstellen können, so vor allem in Berlin, Potsdam I und II, in Hamburg, Halle-Merseburg, Magdeburg, Westfalen-Süd, Thüringen, Baden und Frankfurt a. d. Oder. Auf dem Kongress gab man sich keineswegs der Hoffnung auf große Wahlerfolge hin. Man hat sich schon damit abgefunden, daß kein einziger Kandidat die nötigen 60 000 Stimmen bekommen wird, die zur Wahl nötig sind. Aber man will die Agitationsmöglichkeit der Wahlbewegung nicht ungenützt vorübergehen lassen und macht es allen Genossen zur Pflicht, daß es keine KPD- oder SPD-Verammlungen geben darf, in der nicht ein Mitglied des Lenin-Bundes in der Diskussion auftritt. Man wird sich also im Wahlkampf auf manchen ergötlichen Ringkampf zwischen Stalinisten und Leninisten gefaßt machen dürfen.

In einer vom Kongress angenommenen Resolution, die sich mit dem Roten Frontkämpferbund befaßt, werden gegen den RFB dieselben Vorwürfe erhoben, die sonst die KPD gegen das Reichsbanner schleudert. Es heißt in dieser Resolution, daß sich im RFB eine Opposition gebildet habe, die sich den „Linken Kommunisten“ anschließt.

„Der Kampf der Opposition im RFB... stellt sich die einzige Hauptaufgabe der Rettung der Mitgliedschaft, vor dem falschen, opportunistischen Kurs der Führung. Um diesen Kampf einheitlich führen zu können, bilden die Kameraden des RFB, die Delegierte des Gründungskongresses des Lenin-Bundes sind, eine Reichsfraktionsleitung oppositioneller RFB-Kameraden, die in ständiger Verbindung mit den Gruppen im Reich den Ausbau der RFB-Beilage im Volkswillen (das Organ des Lenin-Bundes) und ein überwiegend erscheinendes Informationsorgan für die oppositionellen Kameraden herausgibt. In alle oppositionellen Kameraden im RFB und in der Roten Jungfront rufen wir den ernstesten Appell, der politischen Zerfetzung der alten Grundzüge des RFB Einhalt zu gebieten, sich freizumachen von den Verböten der Führung und der 5. Reichskonferenz, die auch das Denken verbieten.“

Diesem Beschluß werden die Ausschüsse der oppositionellen RFB-Kameraden folgen. Ebenso wie in der KPD ist es ja im Rotfrontkämpferbund verboten, eine andere Meinung zu haben, als die von Moskau approbierte Leitung.

Gefahren des Artikels 48

Der „Zustand der drohenden Kriegsgefahr“

J. K. Am 31. März hat der Reichstag seine Tätigkeit beendet. Die Reichsregierung ist nunmehr in ihrer Wirksamkeit auf die Ausführung der vorhandenen Gesetze, auf Ernennungen, auf den Erlass von Verordnungen beschränkt. Aber eine große Möglichkeit hat die Reichsregierung auch jetzt noch. Ja, diese Möglichkeit gewinnt nun erst ihre ganze Bedeutung: die Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung über den Ausnahmezustand. Nach diesem Artikel kann der Reichspräsident, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. Von allen getroffenen Maßnahmen hat er aber unverzüglich den Reichstag in Kenntnis zu setzen und auf Verlangen des Reichstags sind die Maßnahmen außer Kraft zu setzen. Das Nähere sollte ein ausführendes Reichsgesetz bestimmen, welches bisher noch nicht verabschiedet worden ist.

Es liegt auf der Hand, daß der Art. 48 eine besondere Bedeutung erlangen muß in Zeiten, wo der Reichstag nicht mehr besteht, d. h. in den Zeiten zwischen der Auflösung eines alten und der Wahl eines neuen Reichsparlaments. Hier besteht das Kontrollrecht des Parlaments überhaupt nicht mehr. Es ist daher begreiflich, daß jene Kreise, die an der Stärkung der Macht des Reichspräsidenten ein großes politisches Interesse haben, d. h. die Reaktion, ein ebenso großes Interesse daran haben, daß in der Zeit nach der Auflösung des Reichstags und vor dem Zusammentritt des neuen Parlaments Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in möglichst großem Umfange erfolgen. Dann kann eine ganze Reihe großer kritischer Fragen durch einfache Verordnung des Reichspräsidenten aus der Welt geschafft werden.

Im Jahre 1927 hat der Reichskommissar für die öffentliche Ordnung, Herr Ruenger, in einem Artikel „Betrachtungen zum Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung“ festgestellt, daß in den einzelnen Jahren in ganz verschiedenem Umfange von dieser gesetzgeberischen Möglichkeit Gebrauch gemacht worden ist. Es wurden auf Grund des Art. 48 Verordnungen erlassen:

im Jahre 1919	5	im Jahre 1923	38
1920	22	1924	18
1921	12	1925	1
1922	6	1926	0

Verordnungen des Reichspräsidenten, in denen er von sich aus eine eigene frühere Ausnahmezustandsverordnung aufgehoben hat, sind in dieser Aufstellung nicht mitgezählt. Eine ganze Reihe dieser Verordnungen hat die rechtliche Regelung von Fragen gebracht, die zwischen den politischen Parteien außerordentlich umstritten waren. Damit war für die Reaktion eine außerordentlich günstige Situation geschaffen worden. Denn zur Aufhebung dieser Verordnungen des Reichspräsidenten waren Mehrheiten notwendig, die die fortschrittlichen und republikanischen Parteien aufbringen mußten. Wäre dieselbe Frage im Wege der parlamentarischen Gesetzgebung und nicht im Wege der Reichspräsidentalverordnung geregelt worden, so hätte die Reaktion ihrerseits eine parlamentarische Mehrheit aufbringen müssen. Jetzt ist es umgekehrt: die fortschrittlichen Parteien müssen eine Mehrheit aufbringen, müssen sich auf einer gemeinschaftlichen Basis finden. Wer parlamentarische Verhältnisse kennt, weiß, was das bedeutet: es ist das nicht nur eine Verschiebung hinsichtlich der Initiative, sondern auch hinsichtlich der Ausföhrung, eine solche Mehrheit auf die Beine zu bringen.

Der Art. 48 ist eine Neuauflage des Art. 68 der alten Reichsverfassung. Was damals „Belagerungszustand“ hieß, heißt heute „Ausnahmezustand“. In beiden Fällen liegt das Gefährlichste in der Tatsache, daß der Reichspräsident „erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten“ kann. Die Zivilbehörden danken dann ab zugunsten einer von republikanischen Sentiments und unbeschwerter Soldateska. Man braucht bloß an die Jahre 1920 und 1923 und an das Ruhrgebiet, Thüringen und Sachsen zu denken und man weiß, was das bedeutet. Es ist die Abdankung der Republik zugunsten der militärischen Autokratie.

Gegen diese militärische Autokratie wendet sich angeführt der überall drohenden Kriegsgefahr das Mißtrauen der ganzen Welt. So wenig das Militär in Großbritannien imstande wäre, die Zwilgwalten über den Haufen zu werfen, so sehr besteht diese Gefahr in Deutschland. Diese Gefahr wird aber riesengroß im Augenblick der drohenden Kriegsgefahr. Ist erst einmal ein Krieg ausgebrochen, so gibt es kein Halten mehr. Es hängt alles davon ab, daß ein Krieg überhaupt nicht ausbricht. Deshalb hat der Art. 48 für das Heer noch ein besonderes Interesse. Er ist kein Kriegartikel in besonderem Sinne: mit Hilfe dieses Artikels wird die militärische Reaktion jeden legalen Widerstand gegen einen Krieg unterbinden, wird sie alle Protestbewegungen gegen den

Die feindlichen Brüder



Die Konservativen gegen Westarp!

Für den völkischen Block gegen Deutsch-nationale

Am 31. März erließ der Vorstand der Deutschkonservativen Partei, gezeichnet Graf Seidlich-Sandreczki, den folgenden Wahlaufsatz:

Für die kommenden Wahlen stellt der Vorstand der Deutschkonservativen Partei seinen Mitgliedern anheim, für diejenige Liste in ihrem Wahlkreis zu stimmen, deren Partei nach Programm und Verhalten oder deren Kandidaten nach ihrer Persönlichkeit die meiste Gewähr dafür bieten, daß durch ihre Förderung konservativen Gedanken und Wünschen Einfluß im neuen Parlament verfaßt wird.

Der Vorstand bietet, die konservative Organisation tatkräftig weiter auszubauen, damit neben der heute überhand nehmenden Vertretung von Interessen im öffentlichen Leben eine wirksame Vertretung unserer Weltanschauung vorbereitet wird.

Auch berechnete Enttäuschung aber darf zur Wahlenthaltung keinen Anlaß geben. Wahlrecht ist Wahlpflicht! Die Deutschkonservative Partei ist die engere Organisation der Konservativen in der Deutschnationalen Volkspartei, sie stellt einen mächtigen Flügel der Deutschnationalen dar. Zu ihren Führern gehört Graf Westarp, der ihr Vorsitzender war, bis er zum Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei gewählt wurde. Dieser offizielle Wahlaufsatz, der es den Konservativen ausdrücklich freistellt, auch für die Völkischen zu stimmen, bedeutet schon eine Distanzierung gegenüber den Deutschnationalen.

Nun hat der Bevollmächtigte der deutschkonservativen Reichsleitung für die Wahlkreise Berlin und Potsdam von seiner Vollmacht, die Wahlsparole für diese Kreise auszugeben, Gebrauch gemacht. Er läßt durch die TU den folgenden Wahlaufsatz verbreiten:

Deutsche Wähler! Wer eintritt für die auf gesetzmäßigem Wege wiederherzustellende legitime Monarchie (der sogenannte Kaiserparagraf) des Republikstuhlgesezes ist

eine Schande für unser Volk!), für lebendiges Christentum in Haus und Schule, in Reich, Staat und Gemeinde, für deutsches Volkstum im freien deutschen Reich, gegen das alles zerlehnende Judentum und die von ihm abhängigen Parteien (besonders Demokraten und Sozialdemokraten!), gegen das ganze heutige System, das uns in immer tieferer Not führt, und den Parlamentarismus, für eine gesunde deutsche Landwirtschaft, für ein blühendes deutsches Handwerk, für eine ungeladene deutsche Industrie, für den ehrlichen deutschen Handel, für eine starke, von Parteieinflüssen unabhängige Wehrmacht, die unser Vaterland ebenso wie früher vor unseren in Waffen starrenden und zur Abkündigung nicht bereiten Feinden zu schützen in der Lage ist, für die Rückgabe der uns geraubten Kolonien, für ein eheliches und vorbildliches Beamtenum, für Reinlichkeit des öffentlichen Lebens, für wirkliche Bekämpfung von Schmutz und Schand, für tatkräftige (nicht nur auf dem Papier stehende!) Meinungsfreiheit.

Der wählende konservativ, d. h. gebe seine Stimme am Wahltage nur dem völkischen-nationalen Block,

auf dessen Wahlwerbeposten auch Konservative stehen, die auch als Abgeordnete des Blocks für unsere konservativen Ideale zu wirken reiche Gelegenheit und volle Bewegungsfreiheit haben.

Als konservative Staatsauffassung bei uns noch maßgeblich war, war unser Vaterland stark und mächtig und ging es uns gut. Seitdem aber konservative Grundzüge mißachtet werden, geht es mit uns immer schlechter bergab. Also???

Der völkisch-nationale Block, das sind Graefe, Wulle und Henning und der Hopsprenger Doehring! Der Bevollmächtigte der Deutschkonservativen für Berlin und Potsdam hat also entschieden, daß die Deutschnationalen nach Programm und Haltung nicht die Gewähr für Vertretung konservativer Grundzüge bieten.

Spitzenkandidat für Potsdam II für die Deutschnationalen ist — Graf Westarp. Der politische Vertrauensmann seiner engeren Organisation in der Deutschnationalen Partei bricht den Stab über ihn, er urteilt, daß Graf Westarp nach seiner Persönlichkeit nicht die Gewähr bietet, konservative Weltanschauung zu vertreten.

Die französisch-amerikanischen Antikriegspaktverhandlungen

Ein Angebot an die übrigen Großmächte

SPD Berlin, 10. April (Radio).

Die Regierungen von Frankreich und den Vereinigten Staaten haben sich verständigt, ihre diplomatische Korrespondenz über einen Antikriegspakt der englischen, der deutschen, der italienischen und der japanischen Regierung zu unterbreiten. Der französische Botschafter teilte dem amerikanischen Außenminister mit, daß Briand bereit sei, den Notenwechsel den vier Nationen sofort zu unterbreiten, damit diese sich über eine Stellungnahme schlüssig machen können. Kellogg war ebenfalls der Meinung, daß die Zeit für die Unterbreitung der Korrespondenz gekommen sei.

Wie der Pariser Temps mitteilt, soll die offizielle Einladung an England, Deutschland, Italien und Japan zur Teilnahme an den Antikriegspaktverhandlungen zwischen Frankreich und Amerika noch in dieser Woche abgehen.

Der Beschluß, daß sich die übrigen Großmächte — außer der Sowjetunion — an den Verhandlungen beteiligen sollen, bedeutet nicht, daß Frankreich und Amerika sich über den Wortlaut des Antikriegspaktes haben einigen können.

Neue Pläne Mussolinis

Italien, Polen und die Kleine Entente

SPD Paris, 9. April (Radio).

Die zahlreichen diplomatischen Besuche bei Mussolini in Rom haben in der Pariser Öffentlichkeit sichtlich Beunruhigung hervorgerufen. Man befürchtet, daß Mussolini wie einst Rumänien, so nun auch Polen (Der polnische Außenminister Jaleski befindet sich zur Zeit in Rom. Die Reb.) von Frankreich entfremden könne und daß er überhaupt die Absicht habe, die Kleine Entente zu zerlegen, um an ihre Stelle einen Balkan- und osteuropäischen Pakt unter der Führung Italiens zu stellen. Sauerwein hält es daher im Main in einem offensichtlich inspirierten Artikel für notwendig, die aufgerotete Öffentlichkeit zu beruhigen, indem er diese Pläne Mussolinis bekämpft. Trotzdem aber droht Sauerwein offensichtlich mit Repressalien. Er weist darauf hin, daß jetzt nach Ostern in der Pariser Tangerkonferenz die italienischen Forderungen auf Befestigung in Tanger zur Verhandlung kommen. Weiter würden dann zur Debatte: Änderung des Status der italienischen Untertanen in Tunis, die Grenzfestsetzung zwischen Tunis und Tripolis, der Abschluß eines französisch-italienischen Freundschaftsvertrages und die Regelung des italienischen Einflusses auf dem Balkan und in Kleinasien. Die Verhandlungen über alle diese Fragen würden sehr wesentlich zu Ungunsten Italiens erschwert werden, wenn Mussolini jetzt tatkräftig jeden Irredentismus und jede Anzuehnlichkeit in Europa wahllos unterdrücken würde.

Röhlers Besuch in Rom

Im zuständigen Berliner Stille weist man darauf hin, daß der Osterbesuch des Reichsfinanzministers Dr. Röhler in Rom privater Natur sei, und der Minister lediglich als gläubiger Katholik zu dieser Zeit nach Rom gefahren sei. Bekanntlich befinden sich auch andere Zentrumspolitiker zur Zeit in Rom. Die Tatsache, daß Dr. Röhler dort weilte, während gleichzeitig der Reparationsagent Parzer Gilbert in Rom mit dem Finanzminister Volpi Besprechungen abhält, wird als zufällig bezeichnet.

Auch Krestinski schwört ab

WZB Moskau, 10. April.

Pravda veröffentlicht einen Auszug aus einem Briefe Krestinskis und einem Briefe Antonoff Dosejenskos, den Sowjetgesandten in der Tschchoslowakei, worin sie ihren Bruch mit der trotzkistischen Opposition kundtun. In einem Briefe an Jaroslawski vom 22. März erklärt Krestinski u. a.:

„Meine Briefe an Trotski blieben unbeantwortet und sind nur deshalb vielleicht von einigem Interesse, weil sie meine kritische Einstellung gegenüber der Taktik der Opposition in verschiedenen Augenblicken des innerparteilichen Kampfes zum Ausdruck bringen, die zuletzt meinen ideologischen Bruch mit der Opposition herbeiführte, obwohl ich mit den meisten ihrer Führer in alten und neuen Beziehungen stand. Ich spreche vom ideologischen und nicht vom organisatorischen Bruch, weil ich keine organisatorischen Beziehungen zur Opposition hatte.“

Krieg unterbinden. Bei drohender Kriegsgefahr besteht natürlich auch eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Sinne des Art. 48. Nun ist der Reichspräsident nicht behindert, alle Meinungsäußerungen der patriotisch eingestellten Volksteile zu unterbinden, durch Ausnahmezustandsverordnungen gegen die Presse, gegen die Versammlungsfreiheit, gegen die Agitation der Linksparteien — alles im Interesse der gefährdeten öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Man braucht nur einmal die militärische Fachpresse durchzustudieren, insbesondere die im Verlag von Müller u. Sohn in Berlin erscheinende reiche Broschürenliteratur, und man weiß, wie stark sich diese militärischen Kreise auf den Gedanken der Militärdiktatur eingestellt haben.

Eine der dringendsten und wichtigsten Aufgaben des neuen Reichstags wird deshalb die Verabschiedung eines Ausführungsgesetzes zum Art. 48 der Reichsverfassung sein. Es wird insbesondere dafür gesorgt werden müssen, daß der Ausnahmezustand ein ziviler bleibt, daß die Militärbehörden nur gegen offene Gewalt einzusetzen sind und daß die straf- und zivilrechtliche Haftung des jeweiligen Trägers der ausführenden Gewalt im Ausnahmezustand in ganz eindeutiger und scharfer Weise geregelt wird. Vornehmlich genügt es, darauf hinzuweisen, daß die Absetzung der sächsischen Regierung im Jahre 1923 nicht etwa gedeckt war durch die Unterschrift des damaligen Reichspräsidenten, sondern durch einen „Fehlurteil“, eine Eigenmächtigkeit des Reichskommissars Dr. Heinze veranlaßt wurde. Und ähnlich war es gegenüber der thüringischen Regierung. Man lese nur einmal die Aufzeichnungen Anton Fendrichs, Friedrich Ebert und seine Zeit! Dort findet sich auf Seite 31 eine Schilderung, die am ehesten geeignet ist, einen Blick hinter die Kulissen und damit in das eigentliche Getriebe der Machthaber Deutschlands zu verschaffen. Die vier sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung waren infolge der verfassungswidrigen Absetzung der sächsischen Regierung aus dem Reichskabinett ausgeschieden. Nun sollte auch die thüringische sozialistische Regierung zu Fall gebracht werden. Fendrich schildert die Vorgänge:

„Der Oberst Kuenzer (das ist der schon oben erwähnte Reichskommissar für die öffentliche Ordnung) kam damals mit dem Reichsinnenminister Jartes zu Ebert und verlangte die Ernennung eines Reichskommissars mit militärischer Vollmacht zur Niederschlagung Hitlers. Er verteilte dabei ganz naiv, daß es sich so nebenbei auch um den Sturz der sozialdemokratischen Regierung Thüringens handeln könne. Ebert wies dem erstkaunten Oberst die Tür und ließ sofort Stresemann (der damalige Reichskanzler) kommen. Er gab ihm ausführliche Richtlinien über die Befugnisse des Staatssekretärs Hingke, den er zum zivilen Kommissar ernannte. Hingke ging sofort nach Thüringen, um dort nach der Absetzung Hitlers den Landtag zu schließen und die Regierung mit Waffengewalt auseinanderzulagern. Der Reichspräsident ließ daraufhin sofort den Reichskanzler zu sich bitten und verlangte Rechenschaft. „Ach so!...“ Herr Stresemann griff in seine Notiztasche und bat um Entschuldigung: „er hatte vergessen, dem zivilen Reichskommissar Hingke die Richtlinien des Reichspräsidenten mitzugeben.“

Das war 1923. Glaubt jemand, daß 1928 der Ausnahmezustand ein anderes Gesicht haben würde?

Personalveränderungen im Auswärtigen Dienst

WZB Berlin, 7. April.

Es wurden ernannt: Zum Gesandten in Peking der Botschafter in Tokio Dr. v. Borz; zum Gesandten in Buenos Aires der Gesandte in Brüssel Dr. v. Keller; zum Gesandten in Brüssel der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Dr. Forstmann; zum Gesandten in Santiago der Gesandte in Belgrad Dr. Döhlhausen; zum Gesandten in Belgrad der Gesandte in Riga Dr. Koester; zum Gesandten in Riga der vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. Stieve; zum Gesandten in Kiew der Generalkonsul in Barcelona Dr. Schroetter; zum Generalkonsul in Barcelona der Wirkliche Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. Bobrik; zum Gesandten in Oslo der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Dr. Walroth; zum Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt der Wirkliche Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. von Dirlsen; zum Gesandten in Quito der Generalkonsul in Remel Dr. Mudra; zum Generalkonsul in Remel der Konsul in Göttingen Dr. Maeh.

In dieser Liste ist ein einziger Sozialist — der bisherige Gesandte in Riga Dr. Adolf Küster — verzeichnet. Alle andern Veränderungen beziehen sich auf Angehörige der bürgerlichen Parteien, und hiervon nehmen die Deutschnationalen wiederum die erste Stelle ein. Sie sind in den ausländischen Missionen Deutschlands überhaupt vorherrschend. Kein Wunder, wenn das Auslandsdeutschtum von der Republik nichts wissen will. Stresemann hat an diesem Zustand bisher nicht das geringste geändert, er hat ihn vielmehr gefördert, indem er der Ernennung von Beamten, die innerlich gegen seine Politik sind, sorgfältig Vorschub leistet.

Der Putschistenkanzler gestorben

Der ehemalige Erste Bürgermeister von Lübeck Dr. Neumann ist am Osterabendmorgen infolge eines Schlaganfalls im Alter von 63 Jahren plötzlich gestorben. Er war vom 1. Dezember 1920 bis zum Juni 1926 Erster Bürgermeister von Lübeck.

Neumann gehörte zu dem Kreis der Putschisten um Eugen Berg und Claf. Als im Frühjahr 1926 die preussische Regierung zugriff und die Pläne der Putschisten durchkreuzte, wurde bekannt, daß Neumann von Claf ausserlich worden war, den Vorsitzenden des Reichsdirektoriums zu spielen, das angeblich auf legalem Wege auf Grund des Artikels 48 eingesetzt werden sollte. Herr Neumann sollte als Reichskanzler die beabsichtigte Notverordnung der Putschisten um Claf durchzuführen, die den politischen Gegnern mit Erhängen drohte. Nach dem Bekanntwerden dieser Pläne ließ Neumann sein Einverständnis mit Claf ableugnen, bis eine Veröffentlichung des amtlichen Preussischen Pressebüros einen Brief von Claf an Neumann vom 29. April 1926 wiedergab, der auf das starke die Komplicität zwischen Claf, Eugen Berg und Neumann aufdeckte. Da Neumann sich weigerte, sein Amt als Erster Bürgermeister niederzulegen, beschloß die Lübecker Bürgerschaft am 27. Mai und 2. Juni in erster und zweiter Lesung ein Misstrauensvotum gegen ihn, so daß er zur Rücktreten mußte.

Im Anschluß an diese Enthüllungen wurde bekannt, daß Neumann während seiner Amtszeit als Lübeckischer Staatsoberhaupt gleichzeitig Vorsitzender des Verwaltungsausschusses von August Scheel gewesen war. Heute weiß man, daß er seit 1916 Mitglied jener famosen deutschen Verlagsgesellschaft gewesen ist, die mit preussischen Staatsgeldern gegründet worden war, um den Lokalanzeiger nicht in linksgerichtete Hände fallen zu lassen. Das Charakterbild des Herrn Neumann ist eindeutig in der Geschichte gezeichnet. Er verquälte Politik und Geschäft, er war Putschist, der trotz seiner Gegnerschaft gegen die Verfassung das höchste Staatsamt in Lübeck behauptete.

Der 36. Parteitag der SPD

SPD London, 10. April (Radio).

Auf dem 36. Parteitag der SPD (Unabhängige Arbeiterpartei) kam es zu einer Debatte darüber, ob in Zukunft die Abgeordneten der Arbeiterpartei, die Mitglieder der IWP sind, eine besondere Gruppe bilden sollten oder nicht. Abgeordnete wie z. B. Maxton wiesen darauf hin, daß es unmöglich die Aufgabe der IWP sein könne, ihre Meinungsverschiedenheiten in der Arbeiterpartei auf dem Boden des Unterhauses zum Austrag zu bringen. Dies bedeutet eine überaus wichtige Konzeption an den Standpunkt MacDonalds und die gesamten Führer der Arbeiterpartei, da sich vor einigen Monaten die Spannung zwischen den radikalen Abgeordneten unter Führer Whetall und den Führern der Labour-Partei so steigerte, daß die Einheit der parlamentarischen Partei ernstlich in Frage gestellt schien.

In Bezug auf die Lage der Rohlenindustrie wurden zwei Resolutionen angenommen. Die erste fordert eine Rationalisierung der Industrie, während die zweite als ersten Schritt einer neuen Arbeiterregierung die Einführung des Sechsstundentages als Maximalarbeitszeit verlangt. Im Anschluß an die Debatte des Arbeitslosenprogramms wurden folgende Forderungen gestellt:

1. Das Recht jedes Arbeiters auf eine Beschäftigung.
2. Die Einrichtung von Ausbildungszentren der Arbeitslosen, die in der Landwirtschaft beschäftigt zu werden wünschen.
3. Erhöhung des Schulalters auf 16 Jahre.
4. Errichtung von Pensionsfonds, um 60jährige Arbeiter zur Aufgabe ihrer Arbeit zu veranlassen.

Eine andere Resolution spricht sich für die Kapitalsteuer aus, eine Forderung, die in das Programm der Partei übernommen werden wird.

Chamberlains Angebot an Amanullah

SPD Berlin/10. April. (Radio).

Der Daily Herald gibt über die Besprechungen zwischen Chamberlain und Amanullah die folgenden Informationen: „Es ist begründeter Anlaß vorhanden, anzunehmen, daß während der Unterhaltung im Foreign Office jeder nur mögliche Versuch gemacht worden ist, König Amanullah und seinen Minister davon zu überzeugen, daß wenn sie in Zukunft eine Politik verfolgen würden, die der Downing Street und der Regierung in Delhi angenehm wären, materielle Vorteile für Afghanistan sich ergeben würden, insbesondere werde die Emission einer Anleihe von mehreren Millionen Pfund in London erörtert. Ferner wurde erklärt, daß wenn die indische Regierung sich darauf verlassen könne, daß sie Afghanistan als eine freundliche Macht im engsten Sinne des Wortes betrachten könne, sie die Truppen von der Nordwestgrenze herabziehen würde.“ Wenn Afghanistan die Anleihe erhalten könne, müsse es erst durch „unabhängige Handlungen“ seine Bereitwilligkeit bekunden, in der allgemeinen Politik gemeinsam mit England aufzutreten.

Darüber, ob Amanullah bereits eine Zusage gegeben hat, wies der Berichterstatter des Daily Herald nichts zu sagen. Nach einer Darstellung, die der diplomatische Korrespondent des Observer gibt, soll es sich bei den Verhandlungen im englischen Auswärtigen Amt nicht um Besprechungen im diplomatischen Sinne, sondern nur um solche „persönlicher Art“ gehandelt haben. Es wird aber zugegeben, daß der Zweck der Aussprache war, die Beziehungen zwischen England und Afghanistan freundschaftlich zu gestalten. Beide Teile sollen von der Aussprache befriedigt worden sein.

Wie aus Berlin gemeldet wird, sind Amanullah und seine Frau am Montag, aus Paris kommend, wieder in Berlin eingetroffen.

Französisch-chinesischer Konflikt in Hankau

TU Paris, 9. April.

Wie der Schanghaier Sonderkorrespondent des Petit Parisien meldet, besteht seit einigen Tagen in Hankau ein scharfer Konflikt zwischen Sunjangu, dem örtlichen Befehlshaber, und der französischen Konzeption. Die französischen Behörden hatten sich geweigert, zwei in die französische Konzeption gestellte Frauen auszuliefern, worauf eine allgemeine Franzosenhete ins Werk gesetzt wurde. Die französische Konzeption wird durch Polizei, eine Truppenabteilung und ein Kanonenboot verteidigt. Der Zwischenfall hat ein derartiges Ausmaß angenommen, daß der französische Kommandant der Flottendivision des Fernen Ostens am Osterabend Shanghai auf einem Kanonenboot verlassen hat, um mit zwei Kompanien tonkinischer Truppen die Verteidigung der Konzeption zu übernehmen. Sunjangu soll Frankreich aufgefordert haben, ähnlich wie England im Vorjahr, auf seine Konzeption zu verzichten.

Die Klassen und der Apparat

Sur „Verschwörung“ von Schacht

—1— Daß mit den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen nicht alles in Ordnung ist, daß die deutsche Bourgeoisie trampfhaft nach Gelegenheiten sucht, sich den Russen gegenüber in geschäftlichen Dingen als der starke Mann aufzuspielen, konnte jeder, der sehen wollte, schon seit fast einem Jahre beobachten. Das ist auch kein Wunder; denn die Russen hatten, nachdem sie der deutschen Kredite (einmal 100 Millionen, das andere Mal 300 Millionen) sicher waren, so getan, als wären sie auf die deutschen Lieferungen nicht angewiesen: viele Aufträge, die früher nach Deutschland kamen, gingen jetzt nach Frankreich, nach Amerika und wer weiß wohin sonst. Und daß eines Tages der Bruch kommen würde, daß die Lieferanten des Sowjetstaates einmal auch ihre Bedingungen stellen würden und daß eine solche Situation sich nicht gerade zugunsten der russischen Volkswirtschaft auswirken würde, wurde in diesen Spalten bereits vor einigen Monaten vorausgesagt. Die Sowjetunion kann sich aus dem Zusammenhang mit der kapitalistischen Weltwirtschaft nicht herauslösen, und alle „Manöver“, die darauf hingen, den einen Geschäftskontakten gegen den anderen auszuspielen, führen nur dazu, daß die Kapitalisten, die mit Rußland Geschäfte machen, sich zusammenschließen und ihre geschäftlichen Bedingungen verschärfen.

„Wir sehen“, schreiben wir am 18. Januar, „... vor einer Neuregelung in der Tat des gesamten Komplexes der Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland in einer Richtung, die auf eine verstärkte Eingliederung der Sowjetunion in den wirtschaftlichen Zusammenhang der kapitalistischen Welt hindeutet. Die Standard Oil hat die Methode erprobt, die deutsche und französische Industrie gehen den gleichen Weg.“

Damals wollten die ahnungslosen Engel aus der Redaktion der SZ die unangenehmen Tatsachen nicht wahr haben. Mit der dummen Verleumdung, die LB trete „für Deterding, gegen die Sowjetunion“ ein, waren alle politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten aus der Welt geschafft. Jetzt kommt der Kagenhammer. Die deutschen Industriellen haben sich wahrhaftig nicht als die Dummen gezeigt, für die sie manche kommunistischen Rebellrevolutionäre halten, und der erste Anlauf, die Verhaftung einiger deutscher Techniker im Donez-Gebiet, wurde von der deutschen Bourgeoisie benutzt, um die inzwischen begonnenen Verhandlungen über die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen brüskel abbrechen.

Das ganze ist, wie gesagt, wenig verwunderlich. Wunderlicher mutet einen allerdings die Tatsache an, daß die Sowjetregierung, die doch fürwahr mehr politischen Verstand besitzt als alle ihre deutschen Zünger zusammengenommen, den deutschen Saboteuren des Handels mit Rußland so willfährig den erwünschten Vorwand zum verschärften Druck auf den russischen Geschäftspartner geliefert hat. Wie kann man in der Tat, wenn man dauernd über die Einkreisung Rußlands durch den westlichen Kapitalismus schreit und täglich zehnmal die Balze von der englischen Orientierung der deutschen Bourgeoisie herunterleiert, so kurzschichtig sein, deutsche „Spezialisten“, Angestellte deutscher Industriestellen, zu verhaften, sie sang- und klanglos in der Verhaftung der GPU, der politischen Polizei des Sowjetstaates, verschwinden zu lassen und damit den Kapitalisten den langersehnten Nachweis zu liefern, daß es ein Wagnis sei, mit Rußland Geschäfte zu machen, also wie man hinterher weder noch noch Reiter jemals wiedersehen?

Die einfachste Überlegung zwingt zu dem Schluss, daß die Verhaftung der deutschen Ingenieure in Schacht keine planmäßig vorbereitete politische Aktion der Leiter der russischen Außenpolitik sein kann. Aber auch die weitere Annahme, daß es sich bei der Inzenerierung der „Verschwörung“ von Schacht um das Werk irgendwelcher lokalen Behörden handelt, die der kommunistischen Opposition angehören, etwa der Richtung Trotzki, und lediglich darauf ausgehen, der Regierung in Moskau außenpolitische Schwierigkeiten zu bereiten, scheint wenig stichhaltig zu sein. Würde das ganze sich in der Tat um einen solchen Willkürakt der Opposition drehen, so wäre es für die zentralen Behörden ein leichtes, die Angelegenheit zu verurteilen und der deutschen Diplomatie die üblichen Entschuldigungserklärungen zuzuleiten.

So einfach, wie sich die bürgerliche Presse das vorstellt, liegen die Dinge nicht. Allmählich aber sickert aus Rußland allerhand Nachrichtenmaterial durch, das nunmehr erlaubt, den wahren Tatbestand wenigstens andeutungsweise wiederzugeben. Und nun erscheint die ganze Verschwörung-affäre ganz eindeutig als eine Angelegenheit der russischen Innenpolitik, deren außenpolitische Auswirkungen auch nur im Hinblick auf die russische Innenpolitik ausgewertet worden sind und in Wälde, nachdem sie ihre Schuldigkeit getan haben, liquidiert werden dürfen, worauf schließlich auch die Entlassung der meisten deutschen Häftlinge, denen man sogar teilweise die Ausreise gestattet hat, sehr deutlich hinweist.

Einen klaren Überblick über die komplizierten Zusammenhänge der Affäre von Schacht bekommt man freilich erst, wenn man sich die wirtschaftspolitischen Vorgänge der letzten Monate in Rußland vergegenwärtigt. Die schwere Krise, in die die russische Volkswirtschaft in den ersten Wochen des laufenden Jahres hineinzuschlittern sah, ist in diesen Spalten bereits ausführlich gewürdigt worden. Es ging darum, daß die russische Getreideausfuhr sprunghaft zurückgegangen war, daß die Bauern kein Getreide mehr abliefern, daß infolgedessen nicht nur der ganze Außenhandelsplan über den Haufen geworfen worden war, sondern auch eine akute Lebensmittelknappheit in den Städten der Sowjetunion herbeigeführt wurde. In dieser gefährlichen Situation griff die Sowjetregierung zu einem altbewährten Mittel: das Getreide wurde durch Gewaltmaßnahmen sowie gerichtliche und Verwaltungsrepressalien aus der Bauernwirtschaft herausgedrückt. Das heißt, es wurde der Weg beschritten, für den sich die niedergeschlagene, verbannte und aus der kommunistischen Partei hinausgeworfene Opposition seit jeher eingesetzt hatte. Und siehe da: der Weg führte zu einem sichtbaren Erfolg! Der gewaltsame Druck wirkte: die Getreidebereitstellungen stiegen von Woche zu Woche an, die akute Gefahr ist vorbei, und um die etwaigen Folgen — bestimmt zu erwartende erhebliche Einschränkungen der Anbaufläche — macht man sich vorläufig keine Sorgen.

Aber der Ruf „nach links“, der neu einsetzende bauernfeindliche Kurs brachte andere Nebenwirkungen mit sich. Den Arbeitermassen mußte plausibel gemacht werden, wieso mit einemmal richtig wurde, was erst wenige Wochen zuvor als platonisches Bekenntnis den Grund zum Ausschluß aus der Partei und zur Verbannung nach Turkestan abgeben mußte. So wurde von den Regierungsbehörden plötzlich eine überraschende „Arbeiterfreundlichkeit“ an den Tag gelegt, man ging verschiedentlich gegen die Wirtschaftsorgane

Wahlvorbereitung bei Eugenber



„Für den Wahlkampf liefern alle Herren Korruptionsartikel. Hier dies Material... Sollen wir bearbeiten?“
„Unfinn: dies Material soll erst vernichtet werden. Es sind die Affen über den Anlauf des Scherl-Verlages im Jahre 1914 aus Mitteln der Preußenkasse!“

vor, deren scharfmacherische Unternehmerpolitik bis dahin als Gebot der wirtschaftlichen Situation gefeiert wurde; man gab den Arbeitern recht in den zahlreichen Konflikten mit den Betriebs- und Truistleitungen, die ja in Rußland nie abbrechen; man trug eine gesteigerte Befämpfung der Unwirtschaftlichkeit und Korruption zur Schau. Das aber bedeutet: die von den Organen des Handelskommissariats, an dessen Spitze Stalins intimster Vertrauter Nikolaj steht, erwirkte neue Bauernpolitik wurde von der anderen Seite her aus dem Rücken der Industrieverwaltung, und das ist der Oberste Volkswirtschaftsrat, dessen Vorsitzender Rußschew wiederum zur engeren Fraktion Rykows gehört, ausgetragen. Der Resortkampf zwischen dem Handelskommissariat und der Leitung der staatlichen Industrie wurde so ein Stück Fraktionskampf zwischen der Rechten (Rylow) und dem rechten Zentrum (Stalin).

In dem Kohlenbergbaubezirk des Donezbeckens erfuhr dieser Kampf innerhalb der höchsten Verwaltungsstellen der Union eine nicht unwesentliche Komplizierung. Im Laufe der letzten zwei bis drei Jahre ist ein ganzes Heer von frischgebildeten neuen Sowjetingenieuren, Absolventen der russischen Hochschulen, die zum Teil direkt aus den „Arbeiterfakultäten“ hervorgegangen sind, in der Verwaltung der Sowjetindustrie untergebracht worden. Es sind dies Kadern der Staats- und parteitreuen Bürokratie, ihr eigentlicher Nachwuchs, dem die leitende Stellung der alten „Spezialisten“, der technischen Fachleute der alten Generation, die dem Staat eben nur als Fachleute dienen und zur Beteiligung an der Machtausübung durch den bürokratischen Apparat nicht emporgestiegen sind, den Weg zu Macht, Geltung und Einfluß versperrt. In ihrer technischen Ausbildung zweifellos weit hinter den alten erfahrenen Praktikern der vorrevolutionären Industrie zurück, können diese „roten“ Ingenieure die alte Generation nur durch besondere, betonte „Gefühnngstüchtigkeit“ verdrängen. Auf dem Weg zu dem ersehnten Ziel ist diesen Leuten jedes Mittel recht. So wurden denn die Inspektionsbehörden des Staates seit längerer Zeit von allen möglichen Beschwerden, Denunziationen und Anzeigen, namentlich aus dem Donezlohlenbecken, überschwemmt, in denen die hoffnungsvollen Aspiranten auf die Beherrschung des Apparates ihre Wut gegen die alten „Spezialisten“ austoben; wobei natürlich der zunehmende Einfluß der ausländischen Fachleute am allerunersieblichsten beleuchtet wurde. Nun wird aber die Heranziehung ausländischer Fachleute und die Rücksichtnahme auf die Qualitätsleistungen des technischen Personals ganz besonders von der Industrieverwaltung, vom Obersten Volkswirtschaftsrat, gefördert. Die Rebellion der gefühnngstüchtigen „roten“ Ingenieure mußte also zu einer wirksamen Waffe werden in der Hand des staatspolitischen Handelskommissariats, das nunmehr die Untüchtigkeit, die offene Sabotage und die Korruptiertheit der nichtkommunistischen „Fachleute“ vom alten Schlage anklagen und damit die Industrieverwaltung treffen konnte; und daß die Ausländer dabei ihre Portion abbekommen mußten, war nur natürlich!

So sehen die Hintergründe von Schacht aus. Und der bisherige Verlauf der „Säuberungsaktion“ bestätigt nur zu deutlich, daß die Massenverhaftungen im Donezgebiet, von denen auch deutsche Ingenieure nebenbei betroffen wurden (die, wie berichtet wird, die zuständigen Behörden auf die Gefahren der neuen Personalpolitik aufmerksam machten), lediglich den Erfolg der apparatfremden jungen Ingenieurgeneration im Kampf gegen die alten Fachleute widerspiegeln.

Der Termin für den Ingenieur-Prozess

SPD Berlin, 10. April. (Radio.)

Tschischerin hat dem deutschen Botschafter Grafen Brodorski Rankau mitgeteilt, daß der Prozess gegen die im Donezgebiet verhafteten deutschen Ingenieure bereits Mitte April in Moskau stattfinden wird. Die Verhafteten befinden sich bereits auf dem Wege nach Moskau.

Vom Berliner Schulkampf

Die Evangelischen Elternbünde geben in Berlin noch immer keine Ruhe. Sie sind mit der bereits gemeldeten Entscheidung des Preussischen Kultusministeriums im Berliner Schulkonflikt, die sich mit der Auffassung des zuständigen Provinzialschulkollegiums vollinhaltlich deckt, nicht zufrieden. Sie wollen auf einem nach Ostern nach Magdeburg einberufenen „Reichselterntag“ dagegen Stellung nehmen.

Wie der Neufahrer Stadtschulrat den Lehrern und der Elternschaft der 22. evangelischen Schule in Neufahrer mitgeteilt hat, wird diese Schule zugunsten einer neuen Gesamtschule aufgestellt und in drei Abteilungen in anderen Schulen untergebracht werden. Die kirchliche Lehrer- und Elternschaft der von der Auflösung betroffenen Schule haben daraufhin an die Schulaufsichtsbehörde ein Protesttelegramm gesandt.

Die Spitzenkandidaten für Magdeburg

Auf einem Bezirksparteitag für Magdeburg-Anhalt wurden am Karfreitag die Kandidaten aufgestellt. Die Liste für den Reichstag lautet wie folgt:

1. Hermann Weims, Magdeburg; 2. Ferdinand Bender, Berlin; 3. Paul Bader, Magdeburg; 4. Marie Krüger, Magdeburg; 5. Gustav Feil, Groß-Dörsleben; 6. Heinrich Peus, Dessau; 7. Dr. Erik Baade, Berlin.

Der Wahlkreis hatte bisher 6 Abgeordnete im Reichstage. Die in Fettdruck hervorgehobenen Namen hatten jetzt bereits Mandate inne.

Durch einstimmigen Beschluß wurden die Genossen Hering, und Dittmann, die bisher in Magdeburg-Anhalt gewählt waren, für die Landes- bzw. Reichslisten vorgeschlagen.

Schleswig-Holstein

Der Bezirksparteitag für Schleswig-Holstein stellte für die Wahlen zum Reichstag die folgenden Kandidaten auf:

1. Luise Schroeder, Hamburg; 2. Eggerstedt, Kiel; 3. Richter, Neumünster; 4. Biester, Heidsbüttel; 5. Lütke, Berlin.

Der Wahlkreis hatte bisher vier sozialdemokratische Vertreter im Reichstage.

Die lettische Sozialdemokratie zur Koalitionspolitik

SPD Die lettische Sozialdemokratie hielt dieser Tage in Riga ihren Parteitag ab. Den Kernpunkt der Tagung bildete die große Auseinandersetzung zwischen der Mehrheit des Parteivorstandes und der Opposition des linken Flügels. Nach langer, sachlicher, von kameradschaftlichem Geist getragener Diskussion stimmte die Mehrheit der Delegierten der vom Zentralkomitee eingebrachten Resolution zu. Danach soll Koalitionspolitik nur dann möglich sein, wenn die Partei in der Regierung die Mehrheit hat. Für die Oppositions-Resolution, die sich gegen jede Koalition mit den Bürgerlichen und für den Buzgfrieden mit den Kommunisten aussprach, stimmte etwa ein Drittel der Delegierten, für die Entschließung des Parteivorstandes zwei Drittel.

Freilassung ungarischer Frankenfälscher

SPD Berlin, 7. April. (Radio.)

Als vor zwei Jahren der Frankenfälscherkandalprojekz aufgedeckt wurde, ist Horst nur dadurch internationalen Sanktionen entgangen, daß Graf Bethlen in Genf schwere Bestrafung der Täter versprach. Die Strafen, die das Gericht über die Frankenfälscher verhängte, fielen außerordentlich milde aus. Jetzt ist nun der an den Fälschungen beteiligte frühere Landespolizeichef von Ungarn, Radossy, auf Grund eines Amnestieerlasses des Reichsverweisers begnadigt und sofort aus dem Gefängnis entlassen worden.

SPD Budapest, 8. April.

Die Haftentlassung des Frankenfälschers Radossy ist am Sonnabend amtlich bekanntgegeben worden. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß der aus der Haft beurlaubte und wegen Beteiligung an der Frankenfälscheraffäre ebenfalls zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilte Prinz Windischgrätz nicht amnestiert wird, da er wiederholt Krankheitsurlaub erhalten und bisher nur einen geringen Teil seiner Strafe verbüßt habe.

Ende des Dresdner Buchdruckerstreiks

M Dresden, 9. April.

Der Streik der hiesigen Buchdrucker ist abgebrochen worden. Die Beschäftigten nimmt am Dienstag die Arbeit wieder auf zu den Bedingungen, die der bereits für verbindlich erklärte Schiedsspruch vorseht.

Nachmals: Der ahnungslose Reichsanwalt: In unserer Notiz vom Sonnabend hat sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Die Erklärung des Reichsanwalts Jürns muß heißen:

„Der Reichsjustizminister hat nur Anweisung gegeben, von Zwangsmassnahmen beim Strafantritt abzusehen. Eine Anweisung wegen des Strafantritts in der Sache Küster-Salomon ist nicht eingegangen.“

Unsere erste Veröffentlichung erfolgte übrigens nicht am 20., sondern am 28. März.

Erst mehr Früchte
und Ihr bleibt gesund!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Herze in Leipzig

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Eugen Zappand in Leipzig

Druck-Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.



Das altberühmte Köstlicher Schwarzbier

zur Labung und Stärkung
seit fast vier Jahrhunderten
für Gesunde und Kranke.

Das altberühmte Köstlicher Schwarzbier ist zu beziehen durch die
Bierhandlungen und Lebensmittelgeschäfte. Man verlange aus-
drücklich das echte Köstlicher Schwarzbier mit dem gefällig ge-
schlachten Wappen-Etikett, um vor Nachahmungen sicher zu sein.

Die Besucht die Ausstellung! Geschlechtskrankheiten

und ihre Bekämpfung

Ringmeßhaus 15. März bis 15. April
Geöffnet 10—20 Uhr

Ärztliche Führungen und Vorträge
Mittwochs Frauentag

Veranstalter: Deutsches Hygiene-Museum in
Gemeinschaft mit der Deutschen Gesellschaft
zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten
und dem Rate der Stadt Leipzig

Nähmaschinen



Ersatzteile — Nadeln — Oel
Reparaturen
„Deutsche Nähmaschinen“
Vertriebsaktiengesellschaft
Leipzig Fernruf Nr. 119 27
Schützenstr. 21
Spezial-Nähmaschinen-Abteilung
Augustenstr. 26, Ecke Dresdner Straße

Lederjacken

a. Chromnapfa f. Damen u. Herren, auch n. Maß,
in mod. Ausföhr., stets gr. Ausw., eign. Herstell.
Billige Preise. Gold & Co., Münzgasse 9

Ämliche Bekanntmachungen

Die Zulassungsbescheinigung für den
Personenverkehr (DpeI)
111-13887
Besitzer: Fa. C. U. Niemann, Musikalien-
handlung, Leipzig, Neumarkt 26, ist ab-
handen gekommen.
Zur Verhütung von Mißbrauch wird
die Zulassungsbescheinigung hiermit für
ungültig erklärt. Kz. III 13 887
Leipzig, den 4. April 1928.
Das Polizeipräsidium,
Verkehrsabteilung.

Gemeindegüterabstimmung in der Gemeinde Köstlichbar.

Die in der Gemeinde Köstlichbar vor-
zunehmende allgemeine und geheime Ge-
meindebürgerabstimmung darüber, ob die
Verhinderung mit der Stadtgemeinde
Zwenkau erfolgen soll oder nicht,
findet am
Sonntag, dem 15. April 1928 von
vormittags 9 Uhr bis nachm. 6 Uhr
im Gasthof zum Goldenen Löwen
statt.
Alles Nähere ist aus der Bekannt-
machung an den Anschlagtafeln zu er-
sehen.
Köstlichbar, am 5. April 1928.
Der Gemeinderat.

HERSTELLUNG VON KATALOGEN ZEITSCHRIFTEN U. BROSCHÜREN

LEIPZIGER
BUCHDRUCKEREI AG.

LEIPZIGER
PLAKATEN UND
PROSPEKTEN, EIN-
UND MEHRFARBIG
FERNRUF 72206

Feenpalast
Goldener Helm
Heute ab 7 Uhr
3. Feiertags-Ball
Eintritt und Tanz frei!
L.-Eulritsch, Straßenbahn 14, 16 u. 21. Fernr. 53483

Gaststätte
Schweizerhaus
Nikolaistraße 10
Neue Bewirtschaftung / Gute, preiswerte Küche
Humor / Stimmung Inhaber: Emil Mißbach

Total-Ausverkauf
wegen Geschäftsaufgabe!
Schlafzimmer Reformbetten Kinderbetten
Küchen Holzbetten Kinderwagen
Plüschgarnituren Patentmatten Klappwagen
Einzelmöbel Auflegematten Puppenwagen
Sofas Reform-Unterbetten Bettfedern
Chaiselongues Divandebden Steppdecken
Sportbillige Preise, eventuell Teilzahlung.
Fritz Enke, Elsterstraße 46, I. Etg.

VARIETE
BATTENBERG
Anruf 13770 Allabendlich 8 Uhr
Der ungeheure Erfolg der
glanzvollen Operetten-Revue
**„Freud Euch
des Lebens!“**
Was sagt die Presse:
Es wird soviel an Frauenschön-
heit, Pollettenpracht, musikal.
Feinheiten, tanzsportl. Höchst-
leistungen, witzigen Einfällen,
glanzvoller Ausstattung gebo-
ton, daß der Abend wie ein
schöner Traum vorauscht.
Kleine Preise v. 75 Pfg. b. Mk. 3.50
Vorverkauf: Tagesk., Molliamt u. Althoff

Modernes
U.T.
Kleinzschocher
Bes. M. Raschke. Tel. 40960
Ab Dienstag bis Donnerstag!
Der hervorragende
deutsche Großfilm:
Sturmflut
Schicksal des Menschen,
wie gleichst du dem Meere
6 Akte
In den Hauptrollen:
Dorothea Wieck
Oskar Marion
Als 2. Film:
Sing - Sing
Das Haus ohne Hoffnung
Ein erschütterndes Drama in
6 Akten
Ab Freitag: Charlie Chaplin
Zirkus

Theater Battenberg
Anfang 8 Uhr Fernspr. 276 29
Vom Leben getötet
Bekanntnis einer Sechzehnjährigen nach
dem bekannten Film von Franz Hofer
Morgen: **Vom Leben getötet**
Allgem. Arbeiter-Bildungs-
Institut * Kunststelle
Altes Theater. Heute abend, 19.30
Uhr. **Das Leben Eduards des
Zweiten von England.** Philo-
sophisch-vorlesend für gelbe Karten.
Einkaufspreis 1.75, 1.40, dritter Rang
40 Pfg.

Weißwand
Des gewaltigen Erfolges
wegen
bis Mittwoch verlängert
Täglich ab 5 Uhr:
**Der rote Ritter
der Luft**
Ein Werk von hinreißender
Wucht und Größe!
Außerdem das weitere
glänzende Programm!!
Bedeutend verstärktes Orchester!
Jugendliche haben Zutritt!
Anfangszeiten 5, 6.20, 7.15 u. 8.30

Gewerkschaftliche Anzeigen

Ortsausschuß des A. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Zeiserstraße 32, Fernruf 340 21
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung
Leipzig Tel. 340 21 u. 340 11. Geldbüreau, norm. v. 9-12 Uhr,
nachm. 1/5-1/7 Uhr. Sonnabends norm. 9-12 Uhr.
Metallarbeiter-Funktionäre. Mittwoch, den 11. April,
20 Uhr, findet im Feilen-
teller, Karl-Heine-Straße, eine **allgemeine Funktionär-
Versammlung** statt. Tagesordnung: Bericht von der
hittigefundenen Verhandlung in Dresden und Stellung-
nahme zur Aussperrung. — Verbandsbuch und Funktionär-
ausweis mitbringen.
Bautlempner, Frauenleute- und Betriebsräte-
Sitzung im Volkshaus.
Große Ortsverwaltung fällt Donnerstag vorläufig
aus.
Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig
Gruppenversammlungen:
Bauhilfs- u. Zielbauarbeiter. Mittwoch, den 11. April
19 Uhr, im Volkshaus
Maurer. Freitag, den 13. April, 19 Uhr, im Volkshaus
Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Bericht von
der Vertreter- und außerordentlichen Vertreterveramm-
lung. 2. Wahl der Gruppenleitung und Wahl der Ver-
treter. 3. Gewerkschaftliches. Die Wichtigkeit der Tages-
ordnung erfordert vollständiges Erscheinen der Kollegen.
Die Zeitungen.

Ballhaus
Schillerschlößchen
L.-Gohlis, Monckestr. 43
Straßenb. 6, 9, 12, 20. Fernr. 50378
Heute Leipzigs berühmter
Groß-Damen-Ball
Haucke-Tanzsportorchester
Da ist Betrieb!

Heraus mit Ihren Stoffen!
Wir fertigen Ihnen
für
29 Mk.
inklusive haltbarer
Futterzutaten.
Anzug od. Paletots
nach genommenen
Maß
aus mitgebrachten
Stoffen.
Verarbeitung II. 37 Mk.*
Tadelloser Sitz, neueste Modelle
Maßanfertigung Jakobstr. 6

Ein Weg, der sich lohnt
und den Sie niemals bereuen, führt
bei Bedarf in:
Bettstellen, Matratzen, Chaiselongues,
Wollunterbetten, Steppdecken, Inlets,
Bettfedern, auch Reinigung, kompletten
Schlafzimmer-Einrichtungen, Einzel-
schränkchen, Waschkommoden u. dgl. dort-
hin, wo viele tausend Kunden den Wert
eines vorzüglich, Einkaufes zu schätzen
wußten, in das bestens bekannte
Betten Spezial-
Geschäft **IPSIA**
Hauptgeschäft: Gerberstraße 56
2. Geschäft: Albertstraße 31
3. Geschäft: L.-Schön., Scheumannstr. 6
4. Geschäft: Lützner Straße 29
Auf Wunsch Zahlungszielverleihung.
Vorsicht! Auf Hausnummer
und Firma Ipsia achten!

Leinwand für und für
Wingina-Weißgarn

Umpressen
schnell, billig,
größte
Formen
Auswahl
Haus der Hilfe
Brühl 6
Grimmischer Steinweg 15, Eisenbahnstraße 31
Wismuthstraße 21, Gundorfer Straße 15

Zurück: Dr. med. Neckels
Spezialarzt für Nieren-, Blasen-, Haut-
und Geschlechtskrankheiten — Licht-
und Röntgenbehandlung
Sprechstunden von 10-11 und 4-7 Uhr
Peterssteinweg 10

Familien-Nachrichten
Verzichten Dank allen denen,
die mit uns den großen Schmerz
teilten durch Kranke und
zahlreiche Teilnahme am Be-
gräbnis unserer lieben Mutter
Frau Berta Martin
Leipzig W. 33, den 10. April 1928
F. Martin und Kinder

Am 9. April 1928 verchied nach langem schwerem
Leiden, aber doch plötzlich für uns, meine liebe Frau,
unsere über alles geliebte Mutter, Schwiegermutter,
Großmutter, Schwägerin und Tante, Frau
Klara Anna Seidel geb. Robitzsch
im Alter von 68 Jahren.
L.-Sellenhausen, Grasdorfer Straße 26.
In tiefstem Schmerz
Gustav Seidel und Kinder.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem
12. April, nachmittags 1/4 Uhr, auf dem Sellenhäuser
Friedhof statt.

Adolfenführer durch den Anzeigenteil

Folgende appetitliche Ernte stammt aus einer Nummer einer „strengnationalen“ Zeitung:

„Der biblische Moses! Pulver-, Bomben- und Dynamitfabrikant (1). Alle dagewesene Enthaltungen! Preis geheftet 0,80 Mt.“

Der völkisch-hebräische Moses scheint ja eine originale Nummer gewesen zu sein. Vor der Erfindung des Pulvers Dynamit en engros zu fabrizieren — das bringt eben nur so ein „Weiser von Zion“ fertig!

„Einheiratmöglichkeit in mittelgroße Landwirtschaft für Deutschen nicht unter 30 Jahren aus altem Adels- oder gutbürgerlichem Hause, frei von jemitischen Beziehungen mit garantiert nordischem Typ (!).“

Potenten Germanen, wenn möglich direkten Nachfahren des Friedrich Barbarossa, die über einen Garantieschein verfügen, ist hier eine vorzügliche Sanierungschance geboten. Doch weiter:

„Wir haben uns verlobt! Erica v. Woghe-Eimle — Kurt Grianing. Hermannsburg, Celle. Im Hornung im 10. Jahre der Schmach!“

Gut geküßelt, kleiner Woban...!

„Jeden Montag Geld erhalten vertrauenswürdige Herren von nationaler Beranlagung durch Vertrieb des größten konkurrenzlosen Schlagers, das Kupferstichbild Friedrichs des Großen. Wöchentlich bis 200 Mark! Unser großer König gehört in jedes deutsche Haus! Deutscher Heidenverlag, Königsberg.“

Den so veranlagten Herren vertrauenswürdigen Herren ein kräftiges Horridoh mit auf den Doornigen Weg! Und zum Schluss:

„Gesucht zum 1. 4. junges Kleinmädchen. Nationalcharakter Bedingung. (!) Gartenarbeit erwünscht!“

Soviel unfreiwilliger Humor schon im Anzeigenteil! Die rechtsstabilste Idee hat eine Zukunft: im Kabarett! Ein jüdischer Manager gesucht! Klaus Kernbeiker.

Oesterreichische Probleme

Robert Danneberg: Die politischen Parteien in Oesterreich.

Der bekannte Genosse Danneberg stellt in dieser Broschüre der Wiener Volksbuchhandlung statistische Betrachtungen über die Wahlen im ersten Jahrzehnt der Republik an. Immer wieder bewundern wir die organisatorische Arbeit der Oesterreichischen Sozialdemokratie, die bei den letzten Wahlen im April 1927 vor allem in Wien einen gewaltigen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatte. Danneberg stellt für ganz Oesterreich fest, daß die SPÖ 45 Prozent der Männerstimmen, aber nur 40 Prozent der Frauenstimmen erhalten hat. Die bürgerlichen Parteien herrschen und regieren im Dorfe, das ihnen 2/3 der Stimmen liefert. Danneberg berechnet ferner für Wien, daß die bürgerliche Einheitsliste mindestens soviel Arbeiter- und Angestelltenstimmen als bürgerliche Stimmen erhalten haben müßte. Rund 80-90000 Arbeiter und Angestellte müssen für die Bürgerlichen gestimmt haben, in einer Stadt, die seit Jahren von der Sozialdemokratie verwaltet wird!

Danneberg formuliert die Aufgabe der Oesterreichischen Sozialdemokratie daher so: „Die weitere Entwicklung der Dinge hängt davon ab, ob die Sozialdemokratie den stärkeren Einfluß auf die Frauen und auf die Jugend, auf die Wähler von morgen, gewinnt, und ob es ihr gelingt, neben den Resten der Industriearbeiter und den namhaften Gruppen der Angestellten, die noch zu den bürgerlichen Parteien gehören, auch größere Massen von Landarbeitern und Kleinbauern zu erfassen.“

Das ist im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, die uns gewisse Methoden der legalen Massenagitation vorschreibt, die wir nicht „mit nichts die nichts“ ausgeben können, sicher eine richtige Formulierung, aber bis jetzt ist es der Sozialdemokratie in keinem Staate, selbst nicht in revolutionären Zeiten gelungen, die Mehrheit der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Ist das nur der Spaltung zuschreiben? Wir glauben, das wäre eine etwas oberflächliche Betrachtung der Dinge; denn selbst, wenn es uns auf dem demokratisch-parlamentarischen Wege gelingen sollte, einmal die Mehrheit der Bevölkerung für uns zu gewinnen (durch den Stimmzettel), entstände ja erst die entscheidende Frage, ob und wie es uns möglich sein soll, diese Mehrheit bei Aufrechterhaltung der entscheidenden bürgerlichen Machtpositionen festzuhalten. Mit anderen Worten: Die Erringung der Mehrheit auf dem Wege des Stimmzettels würde uns erst vor die Frage der Machteroberung stellen, die doch nur darin bestehen kann, daß ich die Bourgeoisie aus allen ihren wirtschaftlichen, politischen und sonstigen Machtpositionen verjage.“

Stahlhelmgeschäfte mit Brinzen-Unterschriften

AD Am vergangenen Sonntag fand im Viktoriagarten in Berlin-Wilmersdorf eine Fahneneiche der Orisgruppe Willow des Stahlhelm statt, an der ungefähr 300-500 Personen teilnahmen. Die üblichen Ansprachen — auch der evangelische Geistliche, der Konsistorialrat Holz redete — wechselten mit Musikmärschen, mit einer vaterländischen Theateraufführung, Deklamationen usw.

Das alles wäre nicht bemerkenswert, wenn nicht ein Vorgang besonderer Art bei dieser Fahneneiche doch verdiente, einer breiteren Öffentlichkeit mitgeteilt zu werden. Am Vorstandsstisch dieser Veranstaltung saß als Gast u. a. August Wilhelm von Preußen. Dieser Vertreter einstiger Fürstenherrlichkeit schrieb auf dargebotenen Ansichtskarten Widmungen wie „Front Heil“ oder „In Treue fest“ oder „Treue deutsch“ und dazu seinen Namen. Jeder, dessen Karte mit einer solchen Unterschrift versehen wurde, mußte in eine bereitgehaltene Stahlhelmmühe einen Obolus entrichten. Als nun die Zeit herannahte, in der das Theaterstück aufgeführt werden sollte, ersuchte der Leiter der Veranstaltung die Anwesenden Platz zu nehmen. Er wies darauf hin, daß der „hohe Gast“ nach der Aufführung weitere Unterschriften erteilen würde. Was auch geschah.

Ein köstliches Schauspiel fürwahr! Unterschriften gegen Geld! Jedem Monarchisten muß bei einer solchen Tätigkeit von Angehörigen des ehemaligen Herrscherhauses das Herz ausgehen.

Volksbegehren der Landbündler

Nach einer amtlichen Mitteilung ist das vom Landbund Mecklenburg-Schwerin gegen die mecklenburg-schwerinische Staatsregierung beantragte Volksbegehren auf Anklage beim Staatsgerichtshof wegen „rechtswidriger Aneignung fremder Gelder“ nach eingehender Prüfung zugelassen. Der Landbund begründet seine Anklage damit, daß die mecklenburgische Regierung nicht berechtigt gewesen sei, die ihr vom Reich überwiesenen Reichsgelder erst nach etwa drei Monaten auszugeben und diese nach auf rückständige Steuern anzurechnen. Die Einzelantragsteller für das Volksbegehren werden am 22. April d. J. geschlossen.

Die „junge Generation“ in Nöten

Der Theaterdirektor und der Weinmäzen

Dr. Joe Sherman — Mitarbeiter der Münchner Neuesten Nachrichten, des Schöngauer Lokalsblattes, der Dresdner Neuesten Nachrichten, Berichterstatter des Berliner Lokalanzeigers aus Spa, Holland, und dem schlesischen Abstammungsgebiet, Theaterkritiker der B. Z., Mitarbeiter der Westfälischen Neuesten Nachrichten in Bielefeld, der nationalen Berliner Börsen-Zeitung und der kommunistischen Welt am Abend, Berichterstatter des Mannheimer Tageblattes von der Völkervereinigung in Genf, Leiter der Volksbühne in Jena, Theaterdirektor am Stuttgarter Schauspielhaus, Direktor der „Jungen Generation“ am Neuen Theater am Zoo in Berlin, wissendend durch Schriftsteller, Hauslehrer, Bäderlehrer — angeklagt wegen Betrugs in 22 und Urkundenfälschung in 3 Fällen vor dem Schöffengericht in Moabit. Eine tragikomische Gerichtsverhandlung. Eine tragikomische Figur dieser Joe Sherman.

Seine Personalien: geboren, unbekannt wo, in Ostfriesland oder in Wien oder sonstwo. Im Jahre 1892 oder 1898? Sein Vater, ein Bauer in Kärnten, ein Jude, vielleicht auch kein Bauer. Die Mutter eine Französin? Zum Doktor promoviert in Wien — der Staatsanwalt bezweifelt es. Die Doktorarbeit: Die Weltanschauung der Romantiker. Kriegsverletzungen?! Mit einem Wort: Alles an der Vergangenheit dieses Menschen ist dunkel.

Besteht das eine. Im Jahre 1919/20 begibt er — schon damals nannte er sich Joe Sherman — einige Zedprellereien und Raubtatschwindelen, erhebt dafür einige Monate Gefängnis und verläßt im Juni 1920 in Zwickau das Gefängnis. Noch das andere steht fest: Joe Sherman tauchte in Berlin auf, wurde ständiger Gast des Romanischen Cafes, besaß nie Geld, ließ sich aber stets anpumpen, wenn er selbst etwas besaß, jonglierte mit tausend Projekten, zeigte sich als Theaterbesessener und räumte eines Tages mit der Idee einer Theatergründung „Die junge Generation“ heraus. Der Plan wurde Wirklichkeit, der Phantast Joe Sherman fand auch seinen Mäzen in dem Weinagenten John-Markitt — Markitt war der Name der Tante des Herrn John, der „berühmten“ Schriftstellerin. Herr John-Markitt wurde dem Joe Sherman zum Verhängnis...

Im Romanischen Cafe interessierte niemand die Vergangenheit Joe Shermans, die Geschichte seiner literarischen, künstlerischen und sonstigen Laufbahn. Man nahm diesen beweglichen, schmalen, schwarzäugigen, redegewandten Menschen mit dem durchgeistigten Gesicht gerade so, wie er sich gab. Vor Gericht mußte er aber seinen Lebenslauf ausstramen. Und er erzählte: Sein Vater war im Krieg gefallen, seine Mutter gestorben; als Schwerbeschädigter aus dem Krieg entlassen ging er nach Italien, schrieb von dort für österreichische Zeitungen, kam dann nach München und erhielt, sich um sechs Jahre älter ausgebend als er wirklich war, in der Feuilleton-Redaktion der Münchner Neuesten Nachrichten Arbeit. Als diese in fremde Hände überging, arbeitete er als Schriftsteller in

Schöngau beim dortigen Lokalsblatt. Dann folgten seine Straf-taten, Unteruchungshaft in Zwickau und Zeitungsarbeit in Dresden, München, Berlin; als reisender Theaterregisseur der B. Z. lernte er Autoren, Schauspieler und Regisseure kennen. Durch seine Theaterkritiken bekannt geworden, wurde er zum Leiter der Volksbühne in Jena berufen, führte hier im Laufe von sechs Monaten mit jungen Schauspielern und Regisseuren 12 Stücke junger Autoren auf: Bronnen, Recht, Hagemeier usw. Die Autoren, Schauspieler und Regisseure sind jetzt wenigstens zum Teil anerkannt.

An der Goethe-Bühne in Berlin hatte er wenig Glück. Von seiner Tätigkeit am Stuttgarter Schauspielhaus ist nicht viel bekannt geworden. Dann aber wollte er seinen großen Treffer mit der „Jungen Generation“ im Neuen Theater am Zoo machen. Da trat in den Kreis seiner finanziellen Überlegungen der Wein-agent John-Markitt.

John-Markitt hatte einen Sohn. Dieser interessierte sich für eine Schauspielerin. Die Schauspielerin wollte Theater spielen bei Joe Sherman. John-Markitt, der vom Theater zwar nichts verstand, wurde auf die Art Theatermäzen. Auch er wollte am Theater seinen großen Treffer machen, wenn auch in anderer Weise als Joe Sherman. Einmal hatte er bereits 40 000 Mt. am Stettiner Theater verloren — gleich hinterher schwamm die Theaterdirektion aber im Gelde, sagte er — an Joe Shermans Talente glaubte er. Und der Freundin seines Sohnes wollte er helfen.

Also schickte er zuerst einige Kisten Wein — war er doch Generalvertreter der Mainzer Weinfirma Gebhardt u. Co. — Joe Sherman bezahlte damit die Aufführung „Seele über Bord“ — gleichzeitig war es auch „Wein über Bord“. Dann folgte aber eine ganze Waggonladung Wein. Der Vertrag lautete auf das Neue Theater am Zoo; geschrieben war er auf dem Firmenpapier des Direktors Charles, wozu dieser keine Erlaubnis nicht gegeben hatte. Die Sicherheit bestand in Blankoakzepten Joe Shermans, von dem John-Markitt wußte, daß er nichts besaß und in der Hälfte der Garderobeeinnahme, von der nicht sicher war, ob sie täglich 100 Mt. ausmachen würde.

Joe Sherman bezahlte mit dem Wein die Nacht des Theaters, seine Schulden, die Schauspieler, Lombardierte einen Teil des Weines; die Firma in Mainz erhielt von John-Markitt keinen Pfennig und wurde ungeduldet. Als der Generalvertreter nun für sich zu fürchten begann, ließ er Joe Sherman wegen Betrugs verhaften. Nun ergaben sich auch andere Unforettheiten des optimistischen Theaterdirektors. Auch Drucker und die Pensionswirtin meldeten ihre Forderungen an — summa summarum waren es 22 „Betrugsfälle“ und 3 „Urkundenfälschungen“...

Schon der erste Tage der Gerichtsverhandlung ergab: Trotz 9 Monaten Unteruchungshaft im großen und ganzen Bagatelien, die während dieser 9 Monate nicht genügend geflärt worden sind.

Weshalb die Unteruchungshaft? Ja, Joe Sherman ist Ausländer, besitzt keinen Pfennig und ist fluchtverdächtig. L. R.

Hilfsförster Dujardin

Durch die Zeitungen geht die Nachricht, daß der Hilfsförster Dujardin aus dem Zuchthaus entlassen worden ist.

Wer ist Dujardin? Ein Gutsförster in Ostpreußen, der im Jahre 1919 den Gutsbesitzer Jaquet durch Schüsse so schwer verwundet haben soll, daß er bald darauf starb, und der am 1. November 1919 vom Schwurgericht in Insterburg zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden ist.

Das „verwundet haben soll“ darf hier mit voller Ueberlegung ausgesprochen werden, denn, wenn nicht alles trügt, ist das Urteil gegen Dujardin ein grober Fehlspruch. Der Verdacht, daß Dujardin die Schüsse auf den Gutsbesitzer abgegeben habe, war auf recht eigenartige Weise entstanden. Die Ehefrau des ermordeten Gutsbesitzers Jaquet hatte angeblich, als sie durch die Schüsse aus dem Schlaf geschreckt wurde, durch das Fenster eine verummante Gestalt entweichen sehen. Sie will dann in Dujardins Zimmer gerannt sein und ihn im Bett liegend angetroffen haben. Diese Angaben waren so widerspruchsvoll, daß die Anklagebehörde sich nicht auf sie zu stützen vermochte. Dujardin konnte ja auch nicht in der kurzen Zeit, die Frau Jaquet brauchte, um in sein Zimmer zu kommen, den Weg durchs Fenster ins Freie und wieder zurück ins Zimmer genommen und sich ins Bett gelegt haben. Die Anklage nahm daher an, daß Frau Jaquet und Dujardin die Tat gemeinsam ausgeführt hätten. Das Schwurgericht entschied, daß ein gemeinsamer Mord nicht vorliege, da zwischen Frau Jaquet und Dujardin keinerlei Beziehungen beständen, aus denen man darauf schließen könne. Obgleich sich auch jede Voraussetzung für die Schuld Dujardins fehlte, wurde er doch zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Der Verurteilte, der neun Jahre im Zuchthaus zugebracht hat, suchte es ab, ein Gnadengesuch einzureichen, weil er von seiner Anklage überzeugt war. Er versuchte jedoch wiederholt, ein Wiederaufnahmeverfahren durchzusetzen. Ohne Erfolg. Auf Anregung des Verteidigers hat dann das preußische Innenministerium durch den Regierungs- und Kriminalrat Kopp den Fall bearbeiten lassen. Kopp stellte große Entlassungen und Fehler im Ermittlungsverfahren fest, das ohne Hinzuziehung von Kriminalbeamten durch ein ländliches Amtsgericht vorgenommen worden war. Er kam zu dem Endergebnis, daß unzweifelhaft ein Fehlurteil vorliege.

Kunmehr hat das preußische Justizministerium verfügt, daß Dujardin aus der Haft entlassen wird. Es ist, wie amtlich berichtet wird, „in Aussicht genommen worden; ihm die Aussetzung der weiteren Strafvollstreckung mit Bewährungsfrist zu bewilligen. Vorerst aber ist ihm Strafurlaub mit dem Hinweis erteilt worden, daß er den Widerruf des Strafurlaubs zu gewärtigen habe, wenn er sich nicht einwandfrei führe. Zu dem Urteil und zu dem von dem Verteidiger des Dujardin betriebenen Wiederaufnahmeverfahren ist damit keine Stellung genommen.“

Im Fall Dujardin handelt es sich um ein Urteil, das zumindest hart an Justizmord grenzt. Die Entlassung aus dem Zuchthaus, die hier ein Akt der Selbstverständlichkeit war, dient der Möglichkeit, das Wiederaufnahmeverfahren zu regeln. Die Akten sind über die Affäre in keinem Fall geschlossen. Hier wird noch manch ernstes Wort zu reden sein.

Der Nielsenbrand im Hafen von Havanna. Nach Meldungen aus Havanna sind bei dem Brand in den Deffraffinerien sieben Gasolintanks im Werte von 2 Millionen Dollar verbrannt. In-

Neue Erdstöße in Smyrna

IL London, 10. April. Wie aus Konstantinopel berichtet wird, sind durch weitere Erdbeben in Smyrna etwa 2000 Gebäude in den Dörfern rund um Smyrna zerstört worden. Unter der Bevölkerung ist eine Panik ausgebrochen. Verluste an Menschenleben wurden bisher nicht gemeldet.

Ein Dorf in Flammen

SPD Berlin, 9. April. Ein gewaltiges Feuer vernichtete vier Fünftel des Dorfes Großerzogsvalde bei Deutsch-Eylau. Das Feuer brach im Schweinestall des einem Grafen Schönberg gehörenden Gutes infolge Funtenauswurfes des Kartoffelstampfers aus. Ein heftiger Sturm aus Südwest brachte die Flammen zu rascher Ausdehnung. Innerhalb einer Stunde waren 28 Häuser mit Wirtschaftsgebäuden und Stallungen ein Raub der Flammen geworden. 22 Familien wurden obdachlos. Sie haben ihre ganze Habe verloren, weil sie nicht versichert waren. Der Gesamtschaden wird auf eine halbe Million geschätzt. Auf dem Gute des Grafen Schönberg wurde allein für 80 000 Mark Saatgut vernichtet. In den brennenden Ställen kamen acht Kutschpferde und 20 Schweine um. Ein Brandmeister rettete unter Lebensgefahr ein Kind aus einem brennenden Hause.

300 Personen vergiftet

IL Berlin, 7. April. Wie die Nachtausgabe meldet, erkrankten in Foule (Arkanas) 300 Personen an schweren Arsenikvergiftungen. Es stellte sich heraus, daß die 70 Jahre alte Besitzerin eines großen Holzgeschäfts und deren Bruder Arsenik in einen Brunnen geworfen hatten, um die zukünftigen Erben ihres Vermögens zu vergiften. Bei ihrer Festnahme gaben sie als Grund der verbrecherischen Tat an, sie hätten befürchtet, daß die Erben es auf ihr Leben abgesehen hätten und hätten ihnen zuvorkommen wollen.

Heftige Schneestürme in Amerika

IL Newyork, 7. April. Nach Meldungen aus Chicago unterbrachen heftige Schneestürme jede Verbindung mit Omaha. Es herrschte für Stunden große Anarchie über das Schicksal der Stadt, bis die telegraphische Verbindung wieder aufgenommen werden konnte. Wie sich herausstellte, haben die Schneestürme große Vermittlungen ausgerichtet. Menschenleben sind jedoch nicht zu beklagen.

Wieder ein Jagemord?

IL Berlin, 10. April. Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung wurde am Oster-sonntag die Leiche des 19jährigen Berliner Hotel-Jagen Karl Kollowitz, der seit dem 24. Januar vermißt war, an derselben Stelle am Havelufer von Gellow aufgefunden, wo seinerzeit die Leiche des Jagen Gerhard Schnapel entdeckt worden war. Man nimmt wieder einen Mord an.

Wie die Abendblätter melden, filterte in der Nähe von Brunn ein mit 18 Personen besetzter Autobus infolge Steuerbruchs eine Wähnung hinunter und überschlug sich. Alle 18 Personen wurden schwer verletzt. Der Wagen ist vollständig zertrümmert.

Die Lohnbewegungen

Der am 29. Februar 1928 für die kaufmännischen Angestellten des Baugewerbes im Bezirk Nordwestdeutschland, Mittel und Braunschweig unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichters Dr. Wölkens in Bremen gefällte Schiedsspruch, der den Vorschlag eines Tarifvertrages und eine Gehaltsregelung enthält, ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Der für das Groß-Frankfurter Wirtschaftsgebiet gefällte Schiedsspruch mit einer Lohn- und Akkordverhöhung von etwa 7 Prozent wurde, wie vom Metallarbeiterverband mitgeteilt wird, vom Schlichter für Hessen-Nassau nur teilweise verbindlich erklärt. Die Parteien wurden beauftragt, die übrigen Streitpunkte durch neue Verhandlungen zu regeln. Die entsprechenden Verhandlungen verliefen jedoch ergebnislos. Die Reichsfunktionäre der Metallindustrie beschloßen daraufhin, ihren Belegschaften die Arbeitsniederlegung zu empfehlen.

In der rheinischen Ziegelei-Industrie droht ein erneuter Arbeitskampf auszubrechen. Die Ziegeleibetriebe haben einen Lohnabbau von nicht weniger als 12 Pfg. die Stunde in der Spitze gefordert. Die Verhandlungen über die von den Arbeitern eingereichte Forderung auf die Erhöhung des Stundenlohnes von 68 auf 80 Pfg. sind von den Unternehmern bis jetzt immer wieder verschleppt worden.

In der Schwarzwälder Uhrenindustrie haben die Arbeitgeber die Forderung der Arbeiter auf Lohnerhöhung abgelehnt. Die Gewerkschaften haben daraufhin den Schlichtungsausschuss angerufen.

In Mannheimer Spengler- und Installationshandwerk haben die Gehilfen das Lohnabkommen zum 30. April gekündigt; sie fordern eine Spitzenloohnerhöhung um 10 Pfg. auf 1,35 Mfl.

In dem Streik der Berliner Möbeltransporteure ist die Lage unverändert, nachdem die letzten Verhandlungen am Donnerstag erneut zu keiner Verständigung geführt haben. Nach Lage der Dinge ist eine Einigung und Beilegung des Streiks erst nach den Osterfeiertagen zu erwarten. In dem Lohnkonflikt im Schwer- und Leichtfuhrwerksgewerbe wird die Entscheidung über die Arbeitsniederlegung erst am Dienstag fallen, da die Fuhrherren-Zinnung erst dann zu dem am Donnerstag erzielten Verhandlungsergebnis Stellung nehmen wird.

Der Landarbeiterlohn

Die Entlohnung der Landarbeiter ist außerordentlich niedrig. Das ist aller Welt bekannt. Nicht so bekannt ist, daß die Zahlung des Spitzenlohnes in der Landwirtschaft auch nach von verschiedenen Voraussetzungen abhängig gemacht wird. Es gibt zahlreiche Unternehmer, die den Landarbeitern den Spitzenlohn erst dann zahlen wollen, wenn sich deren Frauen für eine Reihe von Tagen zur Mitarbeit verpflichten. Eine solche Verpflichtung bedeutet beispielsweise in Mecklenburg-Schwerin, daß dem Unternehmer eine Arbeitskraft

für 15 Pfg. pro Stunde

zur Verfügung gestellt wird. Wieder andere Unternehmer verlangen, daß der Landarbeiter, der den Spitzenlohn verdienen will, noch ein oder zwei Arbeitstage — sogenannte Hofgänger — zur Verfügung stellt. Der entsprechende Hofgänger verdient einen

Gesamtstundenlohn von 11 bis 13 Pfg.

Der Gipfel dieser skandalösen Zustände liegt aber vor allem in der Frage der sogenannten Vollwertigkeit, d. h. darin, daß der Landarbeiter die Berechtigung zum Bezug des Spitzenlohnes sehr oft

erst mit der Vollendung des 24. Lebensjahres

erreicht. Bis dahin muß sich der Landarbeiter mit einem Lohn zufrieden geben, der zum Teil recht beträchtlich hinter dem Spitzenlohn zurückbleibt. Zum Beweise dafür einige Zahlen, aus denen sich der Anteil der jugendlichen Landarbeiter im Alter von 14 bis 20 Jahren an der Entlohnung des Spitzenlohnempfängers erkennen läßt: in Ostpreußen 24 bis 40 Prozent, in Pommern 30 bis 50 Prozent, in Mecklenburg 41 bis 54 Prozent, in Brandenburg 29 bis 45 Prozent, in Schleßen 36 bis 45 Prozent, in Schleswig-Holstein 33 bis 52 Prozent, in der Provinz Sachsen 37 bis 51 Prozent, im Freistaat Sachsen 37 bis 49 Prozent, im Freistaat Thüringen 49 bis 66 Prozent, in Hessen-Nassau 34 bis 64 Prozent und in Württemberg 33 bis 60 Prozent. Die nachteiligen Auswirkungen eines solchen Zustandes sind leicht zu eraten: die jugendlichen Landarbeiter, verbittert über diese Lohnfälschungen, verlassen die Arbeit auf dem Lande mit der in der Stadt. Die Unterentlohnung des jugendlichen Landarbeiters ist

der Hauptgrund für seine starke Abwanderungslust.

Der Deutsche Landarbeiterverband führt seit Jahren einen unermüdeten Kampf für eine gerechte Entlohnung der Landarbeiter und vor allem für die Vollwertigkeit des erwachsenen wie des jugendlichen Landarbeiters. Wenn es mit der Eindämmung der Landflucht ernst ist, der muß mit dem Deutschen Landarbeiterverband für die Erhöhung der Landarbeiterlöhne und für eine Regelung eintreten, bei der die jugendlichen Landarbeiter wesentlich früher als heute in den Genuß des Spitzenlohnes kommen. Von dem jugendlichen Landarbeiter, besonders von dem über 18 Jahre alten, wird heute das Höchstmaß an Arbeitsleistung verlangt. Viele dieser jüngeren Landarbeiter nehmen es an Kraftentfaltung bestimmt mit manchem 35- bis 40-jährigen Landarbeiter auf. Bei vollwertiger Arbeitsleistung muß aber auch vollwertige Bezahlung gewährt werden.

Was heißt DDB?

Nichts anderes als: nationalistisch-reaktionär!

Eine feine Angestellten-Organisation ist der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband. In der Nummer 4 des Westmärtler, der Gauleitung des DDB für das Rheinland, finden wir folgende Bekanntmachung:

„Wir bitten um Anschrift der Kollegen, die ein Ehrenamt oder andere Funktionen im Stahlhelm, im Werwolf, in der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, im Jungdeutschen Orden, im Niederelben-Ring, im Tannenbergsbund, Verband Hindenburg oder einer ähnlichen politischen Kampfs- oder Wehrorganisation bekleiden, an den Allgemeinbildungsobermann der Ortsgruppe Groß-Rölln, Kollegen Hans Bauer, Rölln, Dreißigenstraße 1a. Die Kollegen werden alsdann durch unsere nationalen, kommunalen und kulturpolitischen Rundbriefe wertvolle Unterstützung für ihre Tätigkeit laufend erhalten.“

Man wird mit der Vermutung nicht fehlgehen, daß es sich bei dieser „wertvollen Unterstützung“ um Material oder Anweisungen für die bevorstehenden Wahlen handelt. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband ist, wie man sieht, im Grunde nichts anderes als

eine Filiale der reaktionären Parteien.



Genossenschaftliche Kinderheime

München, Anfang April 1928.

Etwa 25 Kilometer gegen Süden zu liegt im schönen Partale in der Nähe von Wolfratshausen das frühere Landgut der Prinzen Max und Hugo von Hohenzollern-Dehringen. Man kann sich denken, daß dieses Landgut auf einem Plateau erbaut worden ist, von dem aus man eine prächtige Aussicht auf das Partal und auf die Voralpen hat.

Dieses Landgut wurde im September 1927 im Konkursverfahren zwangsweise versteigert und vom Konsumverein Sendling-München zu dem schon lange verfolgten Zweck erworben, ein genossenschaftliches Kinderheim zu errichten, wie es bis jetzt nur in Haffnung an der Ostsee (bei der Produktion) und in Sperenberg bei Jossen besteht.

Zu dem Landgut gehören fünf Tagwerk Garten und Wiese, sowie fünf Tagwerk Buchenwald. Alles zusammen kostet 85 000 Mfl. Man brauchte weitere 70 000 Mfl., um das fürstliche Landhaus in ein Kinderheim für rund 50 Kinder umzuwandeln, die sich hier Wochen lang auf Kosten der proletarischen Konsumgenossenschaft tummeln und erholen können. Wenn das Heim das ganze Jahr über offen steht, können immerhin 600 Kinder von proletarischen Münchner Genossenschaftlern untergebracht werden.

Das Kinderheim ist auf das modernste eingerichtet. Reinlich überzogene Betten, Bäder, ein Speisesaal, ein Musikraum mit Vauspredher, ein Aufenthaltsraum im Freien, eine Liegehalle, moderne Waschbecken, eine Bibliothek, alles steht zur Verfügung, um abgehärteten Proletariatskinder, die das ganze Jahr über nichts als die Stidluft der Großstadt atmen und sehr oft in den erbärmlichen Behausungen wohnen müssen, vier Wochen lang den Genuß eines von Geld und Not unbeschwertes Lebens zu verschaffen. In der entzückenden Vorhalle des Heims lesen wir daher den sinnreichen Spruch:

Verständigung?

Unternehmer suchen zu locken

Im Arbeitgeber, der Zeitschrift der Vereinigten Deutschen Arbeitgeberverbände, berichtet Dr. Fritz Tänzler über die Frühjahrstattsberewegungen. Er stellt fest, daß entgegen dem Unternehmerstreben nach „Abbruch möglichst langfristiger Verträge“ die Gewerkschaften „leider“ „in einigen Fällen solche kurzfristigen Tarife durchgesetzt“ haben. Herr Tänzler nennt das „im höchsten Grade bedenklich“. Die mehrfach erreichten „Staffeltarife mit im voraus bestimmten Lohnsteigerungen zu bestimmten Zeitpunkten“ findet Tänzler „geradezu verhängnisvoll“; er bezeichnet sie als „spekulative Lohnpolitik“. „Gefahrenmomente“ für die spätere Konjunktur würden dadurch „geradezu künstlich hervorgerufen“.

Nach solcher Abgrenzung der Unternehmer- und absichten gegenüber den Gewerkschaften und der Schlichtungspraxis glaubt Herr Tänzler trotzdem, mit dem Hinweis auf die Konjunktur den richtigen Dreh für eine Anbiederung an die Gewerkschaften gefunden zu haben. Er schreibt (Der Arbeitgeber Nr. 7):

„Es ist erfreulich, daß die Gewerkschaften die Konjunkturlage anscheinend in stärkerem Maße für ihre Lohnpolitik heranziehen wollen, wenigstens denken darauf die fortlaufenden Berichte hin, die die Gewerkschaftszeitung neuerdings in ihre Berichterstattung aufgenommen hat, auch die Anstellung eines konjunkturlitischen Sekretärs bei dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund spricht dafür; hier wäre ein Gebiet für eine gemeinsame Erörterung wohl gegeben und es müßte doch erreichbar sein, daß auf Grund der tatsächlichen Zahlen und Verhältnisse eine lebereinstimmung wenigstens über Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in den einzelnen Industrien erzielt wird. Damit würde zweifellos schon ein Grundstein für die Verständigung gelegt sein.“

Was Herr Tänzler hier anbahnen möchte, das ist eine glatte Unmöglichkeit. Dem Willen der Gewerkschaftsvertreter, die Konjunkturbedingungen wirklich objektiv aufzuheben, haben die Unternehmer schon immer mit allen Mitteln der Konjunkturverdunklung entgegengewirkt. Sie werden bei den Gewerkschaften noch erst die Dummen suchen müssen, die ihnen glauben, daß sie zukünftig ehrlicher sein wollen. Die Gewerkschaften wissen, das darf wohl allgemeingültig gesagt werden, daß sie zur wahrheitsgemäßen Konjunkturermittlung nicht mit den Unternehmern zusammengehen können, sondern ihre eigenen Mittel und Methoden der Konjunkturbeobachtung ausbauen müssen.

Angriff abge schlagen

Leipziger Bauunternehmer gegen Streikrecht

Ein langwieriger Prozeß des Verbandes der Bauunternehmer in Leipzig und Umgebung gegen die Jahreshöhe Leipziger Deutschen Bauunternehmerbundes, über den wir seinerzeit ausführlich berichteten, wurde dieser Tage vom Reichsarbeitsgericht als letzter Instanz verhandelt und zugunsten der Gewerkschaft entschieden. Der ihm zugrunde liegende Tatbestand war kurz folgender:

Der Baumeister Raue hatte im Juli vorigen Jahres auf einem Neubau in der Kantstraße unter anderem eine zehn Mann starke Akkordlöhne beschäftigt. Da es nun in der Anhang zum Reichsarbeitsvertrag getroffenen Vereinbarung über Akkordarbeit unter Ziffer 1 heißt:

„Solange ein allgemeiner Akkordvertrag zwischen den Organisationen nicht abgeschlossen ist, bleibt es bei der bisherigen Regelung.“

Wo jetzt Kinder zur Erholung hausen, taten einst Prinzen sich vergnügen und schmaufen.

Sobald der geschlossene Spielraum im Freien fertiggestellt ist, soll das sonst hergerichtet Heim seinem Zweck übergeben werden. In den Aufnahmebedingungen heißt es, daß Kinder vom vollendeten 8. bis 12. Lebensjahr in Frage kommen, natürlich nur Kinder von Genossenschaftsmitgliedern, die in den letzten drei Geschäftsjahren den Durchschnittsumsatz je laufendes Mitglied erreicht haben (193,66 Mfl. für 1924/25, 267,41 Mfl. für 1925/26, 307,23 Mfl. für 1926/27). Das sind wohl leichte Bedingungen, wenn man bedenkt, daß diese Beträge von einer Familie schon fast für das Brot ausgegeben werden müssen. Selbstverständlich werden die Kinder von erwerbslosen und sonst bedürftigen Eltern bevorzugt.



Wie immer im Leben, so werden auch die praktischen Erfahrungen des Kinderheims die notwendigen Korrekturen vorsehen. Jedenfalls sind solche Heime Großtaten der modernen Genossenschafts- und Arbeiterbewegung und wertvolle Bausteine für eine zukünftige sozialistische Gesellschaft, die erst die Pflege der Gesundheit des arbeitenden Menschen zu ihrer Grundlage machen und in jedem Menschenkinde das kostbare Gefäß wertvoller körperlicher und geistiger für die Gesamtheit nützlicher Kräfte hütet und pflegt.

war der zweite Bevollmächtigte des Baugewerksbundes in Leipzig, Genosse Riehl, zu Raue gegangen und hatte die sofortige Entlassung der Kolonne gefordert mit dem Hinweis, daß weder der im Tarif vorgesehene Akkordvertrag bestünde, noch Akkordarbeit in Nordwestsachsen üblich sei. Raue hatte jedoch die zehn Mann nicht nach Hause geschickt, weshalb die übrige Belegschaft, wie angekündigt, in den Streik getreten war. Daraufhin hatte der Unternehmerverband beim Arbeitsgericht

eine einstweilige Verfügung erwirkt, die der Gewerkschaft verbot:

„bei Vermeidung der in § 890 ZPO. vorgesehenen Strafen die Ausführung von Akkordarbeiten auf Bauten zur Veranlassung von Kampfmaßnahmen zu machen, insbesondere Streiks, Teilstreiks, Arbeitsniederlegungen und Sperrungen von Bauten direkt oder indirekt zu veranlassen oder zu unterstützen oder zu begünstigen oder Mitglieder ihres Verbandes bei einer dieser Handlungen — sei es durch Rat oder Tat — zu unterstützen oder unterstützen zu lassen.“

Die dagegen eingelegte Revision war sowohl vom Landes- wie vom Reichsarbeitsgericht — vom diesem wegen Unzulässigkeit der Berufung gegen eine einstweilige Verfügung — abgewiesen worden. In dem nun folgenden Prozeß erhob Genosse Gutjahr als Vertreter des Baugewerksbundes hindernde Einrede, indem er auf § 11, Ziffer 1 des Reichstarifvertrages verwies; dieser besagt:

„Über Streitigkeiten aus dem Reichstarifvertrag und aus den Lohn- und Arbeitsverträgen entscheiden als vereinbarte Schlichtungsstellen die nachstehend aufgeführten Tarifinstanzen. Sie gehen, soweit dies gesetzlich zulässig ist, den amtlichen Schlichtungsstellen vor. Zu den Streitigkeiten im Sinne des Satzes 1 gehört auch die Auslegung von Tarifbestimmungen.“

Da es sich hier zweifellos um einen Streit über die Auslegung von Tarifbestimmungen handelte, sei also das Gericht unzuständig.

Gegen diese Einrede wandte sich der Unternehmerverband mit aller Energie, und sein Syndikus Dr. Matthias Rühle insbesondere die Klage auf den Streik als „unerlaubte Handlung“, hinsichtlich dieses Rechtsgrundes ist eine Vereinbarung des Schiedsgerichtes — nicht getroffen! Weiter sagte er dann: „Das Gericht wird insoweit weiter zu prüfen haben, ob nicht jedes solches Verhalten (!) — einen Verstoß gegen die guten Sitten darstellt, so daß für die Entscheidung die § 823 ff. BGB. in Frage kommen. Diese Frage ist zu bejahen! Das Veranlassen eines Streiks mit all seinen schädigenden Wirkungen muß, wenn ihm insbesondere nicht gesetzlich verbotene Voraussetzungen sind und ihm nicht moralische Momente zugrundeliegen (NB. es wird wohl nie vorkommen, daß ein Streik von den Unternehmern als moralisch gerechtfertigt anerkannt wird), er vielmehr allein aus Freude am Kampf zur Verstärkung der Macht inszeniert wird, stets als unstatlich betrachtet werden!“ (Wie ist mit Aussperrungen, Herr Doktor?? Sind die auch unstatlich?)

Trotz dieser heftigen Bemühungen, die Weiche falsch zu stellen und die ganze Sache auf ein anderes Gleis zu schieben, hatte der Unternehmerverband kein Glück. Die prozeßhindernde Einrede wurde von allen drei Instanzen für berechtigt erklärt, die Klage daher abgewiesen; damit hat die Gewerkschaft endlich wieder die Freiheit erlangt, nach eigenem Gutdünken über die Verwendung der Streikwaffe zu entscheiden! R. H.

Lohnkonflikt in der Teplitzher Glasindustrie, Aus Prag wird gemeldet: Die Glasarbeiterverbände in Teplitz haben den bisherigen Kollektivvertrag gekündigt und 15prozentige Lohnerhöhung gefordert.

Partei im Kampf!

Genossen, denkt stets daran:

Es kommt auf jeden Groaschen an!

Opfert für die Partei!

Internationale Osterspiele

Fußball. Der Niederösterreichische Fußballmeister...

Wien-Kennweg gegen Steirer Fußballklub 1919...

Handball. Kammstatt gegen Zürich Industrie 10:5...

Osterspiele im Bundesgebiet

Die Osterfeierlage hatten die größeren Vereine besucht...

Es spielten Fußball: München-Gern (Bayrischer Meister)...

WV. Oesth. Hertha 09-Harburg 5:2 (3:0)

In Oesth. waren Gäste von der Wasserlinie...

Engelstorf 1-Wader-Flauen 1:0:3

Neger Wettsch herrschte am ersten Feiertag in Engelstorf...

Wittoria 06-DSB, 1910-Dresden 2:1 (0:0)

Die hiesigen Wittoria wurden in Dresden...

Spielevereinigung Nöth 1-Dresden-Göln 1:0:1

Nöth hatte sich einen Gegner aus dem 2. Bezirk...

Verwärts-Elbenburg-Verwärts-Chemnitz 4:1 (4:1)

Trotzdem Elbenburg mit zwei Gegenseiten...

Borna 1-Hell-Grünlich 1:5

Wittlicher Arbeiterpart wurde am ersten Osterfest...

WV. Südost-Silberstein 2:0

Eine köstliche Insult von Zuschauern wurde...

Nord 20-Tosmania-Joch 1:2

Die Fuchter, die am ersten Feiertag gegen...

WV. Südost-Burg-Brandenburg 10:1 (8:1)

Das die Wader eine derartig hohe Niederlage...

Niederlage der Chemnitzer Bergkette

Vor kurzem wurde eine Dresdener Abteilung...

Ergebnisse aus dem Kreise

- Beit Leipzig, Elbenburg-Verwärts-Chemnitz 4:1...

Jugend. Verwärts 1-Pausdorf 1:0; Verwärts 1-Naumburg 1:1...

Turnspiele

Handball. Engelstorf-Verwärts-Chemnitz 8:1...

Der Schiedsrichter wurde sich nicht über die...

Handball. Verwärts-Burg-Elbenburg 10:0

Der Gastgeber tritt mit erheblichem Erfolg...

Handball. Verwärts-Burg-Elbenburg 10:0

Vor zahlreichen Interessierten des Handball...

Handball. Wader-Elbenburg 7:0 (4:0)

Elbenburg hat Wader und sich vor dem...

Sachsen. J. H. Wader-Verwärts 1:2 (1:1)

Zwei gleichwertige Gegner haben sich hier...

Wittoria

Beit Leipzig, Handball, Wittoria-Verwärts...

Handball, Wittoria-Verwärts 1:2; Wittoria-Verwärts...

Sachsen, Wader-Verwärts 1:2; Wader-Verwärts...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Beit Chemnitz, Handball, Verwärts-Silberstein...

Advertisement for 'Heute früh 8:30 UHR' featuring 'Wunder & Co' and 'Peterstr. 16 I. Etage' with various price tags like '1.50 Mk' and '5 Mk'.

Was sich Mieter alles bieten lassen müssen

Der Kaufmann Himstedt ist Besitzer der drei Grundstücke Gutemuthsstraße 3 bis 7 und betreibt dort eine Samen-, Düngemittel- und Futtermittelhandlung. Die Grundstücke machen den Eindruck, als wenn an ihnen seit langer Zeit nichts mehr gemacht worden ist. In den Treppenhäusern und Hausfluren ist von Wandfarbe fast nichts mehr zu sehen. Der Putz fällt ab, und an einigen Stellen sind große Löcher zu sehen. In jedem Grundstück ist ein Waschhaus vorhanden. Da das eine Waschhaus von dem Hauswirt als Lagerraum benutzt wird, müssen sich die Mieter von zwei Grundstücken mit einem Waschhaus begnügen. Dafür müssen aber die Mieter wieder für die Benutzung des Waschhauses 15 Pf. und für Benutzung des Trockenbadens 10 Pf. pro Tag bezahlen. Weiter hat Herr Himstedt den Mietern mitgeteilt, daß kleine Reparaturen an Wasserhähnen von dem Hausmann gegen mäßige Vergütung ausgeführt werden. Der Hausmann soll von Zeit zu Zeit die Wasserleitungen nachsehen und Herrn Himstedt die Mieter nennen, die das Wasser laufen lassen. Der Hauswirt will also an Wassergeld sparen, die Reparaturkosten sollen aber die Mieter tragen. Zum Wäschetrocknen im Sommer ist nur ein schmaler Hofraum vorhanden. Demgegenüber benutzt Herr Himstedt einen früheren Hofgarten als Lagerplatz, auf dem Steinhäufen und etwa 80 große Ballen Torfmüll lagern, die zum Teil ausgerissen sind.

In dem einen Grundstück wohnt schon seit 30 Jahren eine Witwe mit ihrem Sohn und einer verheirateten Tochter. In der Schlafstube dieser Wohnung ist die Feuchtigkeit in die Wände eingedrungen, weil das Dach undicht war. Das von der Mieterin auf eigene Kosten vorgerichtete Zimmer ist dadurch wieder verschandelt worden. In der Küche steht ein vollständig verbrauchter und baufälliger Küchenschrank, der seit Jahren nicht mehr benutzt werden kann. Die Mieterin verlangte mit gutem Recht einen anderen Ofen. Der Hauswirt wollte den baufälligen Ofen — durch einen Maurer — ausbessern lassen. Als das abgelehnt wurde, kaufte er für 25 Mark einen alten eisernen Herd, für den

die Frau 12,50 Mark mitbezahlen sollte. Außerdem sollte sie eine Erklärung unterschreiben, daß der Ofen dem Hauswirt gehört. Den alten Ofen sollte die Frau selbst wegräumen. Beschwerden an das Wohnungsamt hatten das Ergebnis, daß der Frau geraten wurde, Herrn Himstedt zu verklagen und dabei die Akten des Wohnungsamtes anzufordern. Die Frau lehnte das Verlangen des Hausbesizers, den Ofen mit zu bezahlen usw., ab, sie klagte aber auch nicht, woraus hervorgeht, daß sie allen Streit vermeiden wollte. Der Hauswirt aber verklagte die Frau wegen Beleidigung.

Am 7. Dezember 1927 schrieb Herr Himstedt folgenden Brief:

„Ich weise nunmehr letztmalig darauf hin, daß, wenn die Ofenangelegenheit keine Erledigung findet, Sie selbst die Schuld daran tragen, da der Maurer, der die Arbeiten gleich mit ausführen soll, bereits seit gestern in den Grundstücken arbeitet und die Sache nur durch Ihr widerspruchsvolles Gebaren aufgehalten wird. Ihr mir ganz unverständliches Verhalten beruht augenscheinlich auf dem ungünstigen Einfluß Ihres Schwiegersohnes, Herrn Fr. . . ., der jeder Verständigung aus politischer Einstellung glaubt Widerstand entgegenzusetzen zu müssen, wie auch seine, gelinde gesagt, unfreundliche Gesinnung gegen mich nie zu verkennen war. Wennschon an sich ein vernünftiger Mensch mit seinen Mitmenschen unendlich auszukommen sucht, so möchte ich doch zu bedenken geben, daß die Zwangswirtschaft über kurz oder lang doch einmal ein Ende nehmen muß und man naturgemäß an Mietern mit so offensichtlich unfreundlicher Gesinnung und dauernden Schwierigkeiten kein Interesse haben kann, was sich natürlich zum Nachteil der Mieter auswirken muß, für die Sie mir dann auch keine Vorwürfe machen können. Ich stelle es Ihnen anheim, mir umgehend die vereinbarte Erklärung zugehen zu lassen.“

Herr Himstedt fühlt sich nun beleidigt und hat Klage erhoben, weil es in dem Antwortschreiben lauten soll: „Sie haben kein Einsehen“. „Ihnen wird's wohl zu warm unter den Füßen.“ „Wenn ich nur heraus wäre aus der Bude.“ „Sie ersteigen den Gipfel der Dreifügigkeit und Unverschämtheit.“

Der Vorgang ist der beste Beweis dafür, was sich die Mieter in der Zeit der Wohnungsnot alles bieten lassen müssen. Die Miete wird verlangt, aber selbst die berechtigtesten Forderungen werden abgelehnt. Dreißig Jahre hat die Wohnungsinhaberin unter oftmals sehr schwierigen Verhältnissen die Miete regelmäßig bezahlt, aber jetzt, wo sie das unbillige Verlangen des Hauswirts zurückweist, wird sie vor den Rada geschleppt. —

Vollzeitsnachrichten

Vermieth wird seit dem 2. April die 16 Jahre alte Arbeiterin **Elisa Drechsel**. Vermutlich treibt sie sich umher. Sie ist 1,35 bis 1,40 Meter groß, unterseht, hat braunes, dichtes Haar, Wogenkopf, blaue Augen, längliches, gesundfarbiges Gesicht und trug beim Fortgang aus der elterlichen Wohnung dunkelbraunen Tuchmantel, silbergraue Strickjacke mit roten Aufschlägen, lachsfarbiges Kleid mit schwarzer Borte besetzt, beige farbige Strümpfe und Spangenschuhe. Bei sich führte sie ein silbergraues Handtäschchen. — Seit dem 3. April wird vermietet der 17 Jahre alte Arbeitsburche **Alfred Schüke**. Er ist etwa 1,70 Meter groß, schwächling, hat dichtes, mittelblondes Haar, blaue Augen, gesundfarbiges, rundes Gesicht und trug braunen Jackettanzug mit dunklen Streifen, schwarze hohe Schnürschuhe und weichen grünen Hut. Bei Betreffen sind die Vermietten in Schulkraft zu nehmen. — Ermittelt wurde die seit dem 27. 3. 28 vermietete 18 Jahre alte Arbeiterin **Lisbeth Meiser**; zurückgekehrt ist die seit dem 1. 4. 28 vermietete berufslose **Margarethe Engmann**.

© Volkshaus Leipzig

Spezialgericht. Haut: Schmirpochen mit Sauerkraut und Kartoffeln 1.00 Unpar. Gulasch mit Knödeln 1.20 Morgen: Hamburger Klapsbraten mit Kartoffeln 80 3 Godämpfte Rinderrippe mit Knödeln 1.10

Reste

und Abschnitte * Sonder-Auslagen auf Extra-Tischen!!

Baumwollwaren-u. Waschstoff-Reste

Serie I, per Meter: Serie II, per Meter: Serie III, per Meter: Serie IV, per Meter: Serie V, per Meter: Serie VI, per Meter.

25	60	90	125	175	195
----	----	----	-----	-----	-----

Kleiderstoff-Reste:

Serie I, per Meter: Serie II, per Meter: Serie III, per Meter: Serie IV, per Meter: Serie V, per Meter: Serie VI, per Meter:

50	125	250	350	450	575
----	-----	-----	-----	-----	-----

Seidenstoff-Reste:

Serie I, per Meter: Serie II, per Meter: Serie III, per Meter: Serie IV, per Meter: Serie V, per Meter: Serie VI, per Meter:

75	175	275	450	575	750
----	-----	-----	-----	-----	-----

Stickerei-Reste * Gardinenstoff-Reste im „Großen Lichthof“

Lichthof



50 Jahre städtische Hygiene

Was Jahrhunderte nicht gebracht haben, das haben die letzten 50 Jahre auf dem Gebiete der städtischen Hygiene geschafft.

Wir Menschen von heute, die uns die moderne städtische Hygiene zur Selbstverständlichkeit geworden ist, können uns jene Zustände nur schwer vorstellen, die vor 50 Jahren auf diesem Gebiete geherrscht haben.

Die Kanalisation, heute eine selbstverständliche Einrichtung in jeder Stadt, wurde vor 50 Jahren gerade begonnen.

Ebenso mangelhaft war die Wasserversorgung. Allein in der Zeit von 1881 bis 1908 wurden 2779 Zentralwasserversorgungen gebaut.

Wir von heute können es kaum fassen, daß es in Berlin vor 50 Jahren nur eine Badeanstalt gegeben hat und daß das erste Hallenbad in der heute üblichen Art erst 1877 in Bremen errichtet wurde.

Die gleichen Fortschritte weisen die Schulbauten auf, das Desinfektionswesen, die Abdeckerlei, das Kühlhauswesen, die Bekämpfung der Feuersgefahr, die Feuerbestattung und vieles andere.

Kann es da ausbleiben, daß die Sterblichkeitsverhältnisse des Volkes heute wesentlich besser als vor 50 Jahren sind?

Wer baut am meisten?

Wer baut in diesen Jahren allerhöchsten Wohnungsmangels die meisten Wohnungen, um den heimlosen Familien die erforderlichen Räume für das Familienleben zu verschaffen?

Die Wirtschaft und Statistik bringt jetzt die Zahlen aus den Jahren 1926 und 1927 über die Wohnungsbauaktivität nach Bauherren.

Der private Wohnungsbau schafft also weit weniger als die Hälfte der errichteten Wohnungen.

Wohnstätten in Leipzig

Leipzig zählt nach den jetzt vom Statistischen Reichsamt aufgearbeiteten endgültigen Ergebnissen der Reichswohnungszählung am 18. Mai 1927 insgesamt 178 470 bewohnte Alt- und Neuwohnungen.

Leipziger Alt- und Neuwohnungen gliedern sich nach ihrer Größe in 38 948 Kleinwohnungen von einem bis drei Räumen, 128 107 Mittelwohnungen mit vier bis sechs Räumen, 11 424 Großwohnungen mit sieben und mehr Räumen.

Im Durchschnitt aller sechsundvierzig deutschen Großstädte sind unter jedem Hundert bewohnter Wohnungen fast die Hälfte, genauer 51,4 vom Hundert, Kleinwohnungen; über vier Zehntel, genauer 41,7 vom Hundert, Mittelwohnungen; der Rest, genau 6,9 vom Hundert, sind Großwohnungen.

Bei den Kleinwohnungen steht Leipzig unter dem Durchschnitt von 51,4 der Großstädte; es hat 21,8 Kleinwohnungen auf das Hundert aller Wohnungen.

Mit seiner Verhältniszahl von 71,6 Mittelwohnungen auf das Hundert aller Wohnungen befindet sich Leipzig hoch über dem Reichsdurchschnitt von 41,7.

Bei den Großwohnungen ist Leipzig unter dem Reichsdurchschnitt von 6,9. Es zählt 6,4 Großwohnungen unter jedem Hundert seiner Wohnungen.

Im Besitz von Einzelpersonen sind in Leipzig 18 963 Wohnungen oder 10,6 vom Hundert aller Wohnungen.

und Halle a. d. S. mit 10,5 vom Hundert aller Wohnungen im Besitz von Einzelpersonen.

Die Wohnfläche in Leipzig beträgt 3,8 Bewohner auf eine bewohnte Wohnung gegenüber 3,7 im Durchschnitt aller Großstädte.

Neues Sprichverfahren im Häuserputz

Nach einer Berechnung des früheren Staatssekretärs Genossen Professor Dr. Julius Firsch sind im Jahre 1927 für den Neubau von Wohngebäuden 3 Milliarden, für Reparaturen, Erhaltung und Umbau von Wohngebäuden 1 Milliarde und für Neubauten, Reparaturen und Unterhaltung öffentlicher Gebäude sowie Straßenbauten 5 Milliarden Reichsmark ausgegeben worden.

Internationaler pädagogischer Kongress

Die Eröffnung

Am Montag, dem 9. April, 20 Uhr, wurde im großen Festsaal des Neuen Rathauses der internationale pädagogische Kongress der Bildungsarbeiter eröffnet.

Mit Entzückung nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß die deutsche Regierung der russischen Delegation die Einreiseerlaubnis verweigert und protestierte in einer einstimmig gefaßten Entschliessung gegen dieses polizeistaatliche Verhalten.

Als Vertreter des Rates der Stadt Leipzig wies Genosse Stadtrat Reinhold Lehmann auf die schulischen Einrichtungen hin, die Leipzig in erster Linie für die proletarischen Kinder geschaffen hat.

Im Auftrage der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion spricht Genosse Lang und weist auf die vorbildliche sozialistische Bildungsarbeit in Sachsen, auf die Dege gegen die Volksschule und den gemeinsamen Abwehrkampf der Lehrers- und Arbeiterschaft hin.

Da dem Generalsekretär der Internationale, Genossen Bernochet, ein Paß von der französischen Regierung nur unter der Bedingung ausgestellt worden ist, daß er sich verpflichtete, auf der Tagung nicht öffentlich zu sprechen, begrüßt Genosse Clement-Luzemburg im Auftrage des Exekutivkomitees die Tagung.

Für den Bezirk und Unterbezirk der SPD Groß-Leipzig spricht Genosse Ferré. Er geht auf die vorbildliche Bildungsarbeit der SPD in Leipzig ein, die sich grundtätig von der der Internationale nicht unterscheidet.

Nachdem noch Hartig, Leipzig, für die kommunistische Stadtverordnetenfraktion und die KPD gesprochen hat, begrüßen die Vertreter von England, Spanien, Belgien, Frankreich und Schweden, zum Teil in ihrer Muttersprache, die überseht wird, die Versammlung.

Der Tagung bringen dann weiter ihren Gruß Sodmann, KPD, Studentrat Viehweg für die Gewerkschaft Deutscher Volksschüler, die Gewerkschaftszentrale der Tischschlosser, Genossin Boglscheider für den Arbeiter-Weinbündel, Genosse Goldberg für die Esperantogruppe.

Mit zwei musikalischen Darbietungen und dem allgemeinen Gesang der Internationale schloß der Begrüßungsabend des Kongresses. Möge seine arbeiterreiche Tagung zum Wohle des proletarischen Kindes von Erfolg begleitet sein!

Ein Kommentar zur Leipziger Verkehrsordnung

Der Kaufmann Krause in L. Gohlis, der Eigentümer eines eingezäunten Einfamiliengrundstücks ist, dessen Gartentür verschlossen gehalten wird, hat zur Bewachung seines Grundstücks einen bissigen Schäferhund. Eine Manarbene Wohnung hat er vermietet. Am 20. Juli 1927 wollte ein Kindermädchen zu dem Mieter, als es schon im Hofe des Grundstücks war, wurde es von dem Hunde angegriffen und belästigt.

Hiergegen richtete sich die Revision des Angeklagten. Gerügt wurde, daß der Begriff des jedermann zugänglichen Ortes verkannt sei. Das Oberlandesgericht in Dresden verwarf das Rechtsmittel.

Billiges Theater

Heute, 20 Uhr, wird im Alten Theater „Das Leben Eduards II. von England“ zum letztenmal für das WJ. aufgeführt.

Professor René Gregory

Professor Gregory war Deutsch-Amerikaner, kam am Ausgange des vorigen Jahrhunderts nach Deutschland und erhielt an der Universität Leipzig einen Lehrstuhl für Theologie.

Als der Krieg ausbrach, patte ihn der Furor Teutonius. Er meldete sich, obwohl bereits 68 Jahre alt, als Freiwilliger und ging als gemeiner Soldat an die Front.

Am 9. April 1917 zerritt ihn eine Granate. Am 9. April d. J., Ostermontag, wurde ein ihm auf der Marienhöhe gefundenes Denkmal enthüllt und Professor Gregory als ein allezeit hilfsbereiter, menschenfreundlicher und fortschrittstreudiger Mann gefeiert.

Die Ausstellung

vom 7. bis 18. April 1928 im Grassimuseum.

Die Ausstellung ist gedacht als eine Gegenüberstellung von Auschnitten aus einigen Gebieten der deutschen Arbeitsschule und ihrer hohen Höherentwicklung und von Darstellungen und aus dem russischen Bildungswesen.

Die alte Fibel läßt in ihrem Gesamtaufbau und in der Auswahl des Stoffes jedes Eingehen auf kindliches Denken vermessen. Die ausgestellten Fibern zeigen, daß sich in dieser Einstellung in den meisten Ländern bis heute nichts geändert hat.

Die in den Leipziger Schulen gebräuchlichsten Arbeitsmittel vorzuführen, dienen die Gruppen „Wertunterricht“, „Schulgarten“ und — da nur in einem gefunden Körper ein gesunder Geist wohnen kann — die von der Stadt dargestellte öffentliche Fürsorge für die körperlich-geistige Gesunderhaltung des Kindes.

Wendung der Kraft durch selbstschöpferisches Tun erstrebt auch Professor Fritz Kuhlmann durch seine neue Schreibmethode. In die Feinheiten des ausgestellten Materials muß sich der Besucher selbst vertiefen.

Es war nicht beabsichtigt, etwa wie zur Ausstellung 1925, eine Leipziger Schulausstellung aufzubauen. Lediglich an einigen wenigen Beispielen soll in knappen Form die in Leipzig vertretene Richtung gezeigt werden.

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Dehsh-Gauhsh. Morgen Mittwoch, 20 Uhr, im Mittel-punkt. Auch die Elternratsmitglieder müssen anwesend sein.
Willy-Böhen. Heute Dienstag, 20 Uhr, im Park. Alle Elternräte und Funktionäre müssen unbedingt erscheinen.

Frauen.

Mit-Beipzig. Dienstag, 17. April, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9, Lichtbildvortrag der Genossin Bauer: „Die proletarische Frau — das proletarische Mädchen.“

Thonberg. Dienstag, 10. April, 20 Uhr, im Himmelreich Vortrag des Gen. Rich. Lehmann über den „Krankprozess“.

Stötteritz. Dienstag, 10. April, 20 Uhr, im Brauereigarten Vortrag der Genossin Michaelen.

Wiedern. Donnerstag, den 12. April, 20 Uhr, im Heim, Wolff-straße 26, Lichtbildvortrag der Genossin Bauer: „Das proletarische Mädchen — die proletarische Frau.“

Witzg. Morgen Besuch der Ausstellung „Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung“. Treffen 18,15 Uhr an der Bahnhofsbrücke.

Eintracht. Donnerstag, 12. April, 20 Uhr, im Ratskeller Vortrag der Genossin Kühn: „Welche Forderung muß die Hausfrau an die Wohnung stellen?“

Schule.

Obste und Elternräte der 42.—47. Volksschule. Montag, 16. April, 19,30 Uhr, Sitzung in der Bibliothek. Aussprache über die Elternratswahl. Jeder Obmann bringt die Kandidatenlisten zur Beratung mit.
Der Obmann der weltlichen Elternräte.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Connewitz. Gruppe Robert und Herbert. Morgen Mittwoch Tagesfahrt. Treffen 8 Uhr am Kreuz.

Helfer Groß-Beipzig. Donnerstag, 12. April, 20 Uhr, im Volkshaus, Nebenraum rechts, Aussprache mit der MZ.

Arbeiterwohlfahrt.

Großsch. Heute Dienstag, 20 Uhr, im Turnerheim Sitzung, zu der alle Helferinnen und Helfer erscheinen müssen.

Sprechchor.

Morgen, 17,30 Uhr, Probe im Volkshaus, Garderobe.

Mitglieder-Veranstaltungen

Großsch. Die bevorstehenden Wahlen und auch die Erledigung harrender dringender lokaler Angelegenheiten machen es jedem Parteimitglied zur Pflicht, kommenden Sonnabend, den 14. April, 20 Uhr, im Alten Schützenhaus in die jährliche Parteiverammlung zu kommen.

ziehung beigemessen. Die Art, wie man in den staatlichen Kindergärten die Kinder beim Spielen beschäftigt, wie man mit ihnen spielt, erscheint mir als sehr beachtlich. Einzelne ausgearbeitete Themen sollen in den Betrieb der Volksschule einführen. Neue Anregungen werden wir für unsere Arbeit daraus nicht entnehmen können. Interessant sind jedoch einige von Kindern hergestellte „Wandzeitungen“ mit Forderungen der Kinder, die auch bei uns aktuell sind: „Wir wollen uns täglich die Zähne putzen. Wir wollen allein in einem Bett schlafen.“ Ohne auf Einzelheiten weiter einzugehen, ist allgemein zu sagen, daß sich in allem eine starke Verflochtenheit des Bildungswesens mit den wirtschaftlichen und politischen Faktoren zeigt. Ganz besonders stark kommt das selbstverständlich zum Ausdruck bei Darstellungen aus der Arbeit der Betriebe und Hochschulen. Die gesamte Ausstellung zeigt ein starkes Wollen der UdSSR, breiten Massen der Bevölkerung mit den Mitteln modernster Pädagogik-Bildung beizubringen. Leider ist aus der Ausstellung nicht ersichtlich, inwieweit es in Russland bereits gelungen ist, dieses Ziel zu erreichen. Wir wären erfreut, wenn das, was die Ausstellung zeigt, Allgemeingut der russischen Schule wäre, weil wir glauben, daß bei Durchführung der Reform starke Ausstrahlungen stattfinden auf die Schulwesen anderer Länder.

Gleichzeitig mit der pädagogischen Ausstellung findet eine Industrieausstellung statt. Es ist hier das Beste zusammengetragen, was die hochentwickelte deutsche Vorkriegsindustrie zu bieten vermag. Die Befähigung ist gleichermaßen interessant für den Fachmann wie für den Laien. Im Interesse der Schule kann ich nur wünschen, daß auch dieser Teil der Ausstellung Beachtung finden möge, vor allem aber bei den Vertretern aus dem Auslande. Havel.

25 Jahre Arbeiter-Abstinenzbündel

Dem 8. Bundestag des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbündels kommt besondere Bedeutung zu, weil auf ihm verschiedene neue Fragen und Aufgaben erörtert und geklärt wurden. Aus den Berichten des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß der Bund in den Berichtsjahren an Mitgliedern gewonnen hat und daß die finanzielle Lage besser geworden ist. Stärker noch sind der Einfluß und die Bedeutung der Bewegung zu schätzen.

In zwei Referaten und einer mehrstündigen Aussprache wurde die Alkohol-Kranken-Fürsorge eingehend behandelt. Dr. Drucker legte ausführlich das für und Wider dar. Die Vorteile sind in erster Linie die Möglichkeit, Mitglieder und Kampfer der sozialistischen Organisation von Alkoholismus zu befreien, neue Genossen zu gewinnen und eine bessere Verbindung mit den andern sozialistischen Organisationen herzustellen. In zweiter Linie kommt in Betracht, daß wir von Staat und Gemeinde eher Geldmittel und Unterstützung für unsere Arbeit erhalten. Demgegenüber müssen die Bedenken: Diskreditierung unserer Idee und der Organisation, Vernachlässigen der andern Aufgaben, innerorganisatorische Schwierigkeiten, zurücktreten. Gen. Zandt-Hamburg betonte stärker die Bedenken und glaubte vor allem, daß der Bund diese Aufgabe gar nicht übernehmen kann. Die Berichte der Genossen Dr. Aurb-Wien und Eng-Schweiz über die Verhältnisse in ihren Ländern trug wesentlich zur Klärung der Frage bei, daß man überall dort, wo die Bedingungen für Alkoholkranken-Fürsorge vorhanden sind (wöchentliche Zusammenkunft, geeignete Helfer, Spezialarzt), aber auch nur dort, die Fürsorgearbeit vom Bund übernommen wird.

Nach längerer Aussprache beschloß der Bundestag mit Mehrheit, in die Satzungen die Fürsorge für Alkoholkranken und -Gefährdete als Aufgabengebiet aufzunehmen. Ferner wurden als neue Aufgabengebiete beschlossen die Werbung für gährungslose Frühlingswerbung und alkoholfreie Geselligkeit, Feste und Versammlungskultur.

Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Gen. Hohenfeld, zum Redakteur Gen. Kahlenstein gewählt. Der langjährige bisherige Vorsitzende Gen. Dr. Drucker, der aus Berufs- und Gesundheitsgründen seine Wiederwahl ablehnte, wurde einstimmig zum Beisitzer gewählt und dem zugleich der Dank des Bundestages für seine langjährige, selbstlose Arbeit ausgesprochen. K. H.

Die Tagung der Internationalen sozialistischen Alkoholgegner begann am Donnerstag im Volkshaus. Vertreter sind außer Deutschland Österreich, die Schweiz, Tschchoslowakei und Finnland. Bei den Sitzungsberatungen wurde nach lebhafter Aussprache festgestellt, daß nur solche Landesorganisationen der Internationale angehören können, deren Mitglieder zugleich einer andern auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisation angehören müssen, und daß in der Regel nur eine Organisation in jedem Land der Internationale angegeschlossen sein kann.

Nach lebhaften Auseinandersetzungen über die Aufnahme des Verbandes sozialistischer Abstinenzler wurde festgestellt, daß der BVA,

vertreten durch den Gen. Riep, erstens auf Grund seiner Statuten (der BVA verpflichtet seine Mitglieder nicht, einer andern Organisation anzugehören, die aus dem Boden des Klassenkampfes steht) und zweitens wegen seiner Ablehnung der Einigungsverhandlungen mit dem Deutschen Arbeiter-Abstinenzbündel („die Frage ist für ihn nicht akut“) der Internationale nicht angehören kann. Eine Teilnahme des Gen. Riep als Gast am Kongress wurde einstimmig abgelehnt.

Genossin Wegscheider wurde einstimmig als Sekretärin wiedergewählt.

Nach Erledigung verschiedener organisatorischer Fragen wurde mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale der Kongress geschlossen.

Andauernd steigende Umsätze beim Konsumverein

Die gemeinsame Wirtschaft der im Konsumverein Leipzig-Flagg, witz zusammengegliederten Verbraucher schreitet von Erfolg zu Erfolg. Allmonatlich werden Umsatzerhöhungen festgestellt. Auch im März 1928 ist über eine Million Reichsmark mehr als im März des vorhergehenden Jahres umgesetzt worden. Der Umsatz beläuft sich auf 3 575 000 RM, oder rund 40 Prozent mehr.

Die Zahl der Mitglieder-Eintritte im März von 1025 ist ein weiterer erfreulicher Beweis, daß der Konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsverband immer mehr Anziehungskraft ausübt. Mitglied im Konsumverein kann jeder werden. Die Ausnahmen finden in allen Verteilungsstellen statt. Sofort nach Erwerb der Mitgliedschaft gewährt der Konsumverein alle Mitgliederrechte. Der Geschäftsanteil braucht nicht bar eingezahlt zu werden, sondern wird von der Rückvergütung aufgespart. Er bleibt Eigentum des Mitglieds.

Verwegener Einbruch!

p. Am 7. April in der 4. Stunde sind Einbrecher von einem Neubau in der Springerstraße nach Erklettern des Daches auf den Neubau aufgestellten Leitern auf das Grundstück Springerstraße 20 gelangt, von hier über die Laufbrücke nach dem Grundstück Springerstraße 18 geklettert und durch ein Dachfenster in das Grundstück eingestiegen. Hier haben sie sich durch Postreihen von Latzen Eingang in einen Bodenraum verschafft. Die in diesem vorgefundenen Wäscheleinen verknüpfte sie kunstgerecht zu einer Strickleiter und ließen die Strickleiter vom Dache aus nach einem im zweiten Stockwerk gelegenen Balkon hinab. Einer der Täter kletterte an der Leine nach unten und schlang sich von hier aus durch ein offenes Koffelfenster in die im 2. Stock gelegene Wohnung. Hier stahl er aus dem Schlafzimmer, in dem der Wohnungsinhaber mit seiner Ehefrau schlief, eine goldene Damenuhr und aus einer abgelegten Herrenhose eine Brieftasche mit 650 RM., ferner von einem Nachtschischen eine wertvolle goldene Herrenuhr mit Platinfacetten, an der ein Bleistift befestigt war. In dem Augenblick, da der Täter die Uhr vom Nachtschisch nahm, erwachte der Wohnungsinhaber und schaltete sofort das elektrische Licht ein. Der Täter ergriff durch die Wohnung die Flucht in den Abort, schloß diesen hinter sich zu, so daß ihm der Wohnungsinhaber nicht folgen konnte. Von hier aus kletterte der Einbrecher an der Leine wieder nach dem Dachgeschoß und entkam unerkannt. Er war etwa 1,70 m groß, schmächtig, hatte langes Haar, und hochgeschlagene Tadelstragen. Zweifellos sind die Täter die gleichen, die vor einigen Tagen in der Banerischen Straße einen ähnlichen verwegenen Einbruch verübten. Die Nachbarschaft von Neubauten, in denen die Einbrecher ungehindert nach den Dachgeschoßen klettern können, um von dort aus in den Nachbargrundstücken einzubrechen, wird hiermit gewarnt.

Ein Lebensmüder

Am 2. Osterfeiertag, mittags in der 2. Stunde, sprang an der Karl-Taubnitz-Brücke der 18jährige Schlosserlehrling S. B. aus Schönefeld in die Pleiße. Der junge Mann wurde noch rechtzeitig bemerkt und konnte gerettet werden. Er wurde zur Behandlung dem Krankenhaus St. Georg zugeführt. Was ihn zu diesem Schritt getrieben hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

Paul Wütters neueste Erfindung. In der MZ vom Sonntag ist zu lesen: „Bis zum Wahltermin werden regelmäßig in der MZ Wahlbeilagen veröffentlicht, die alle politischen Schanddaten des Bürgerblods gegen die Arbeiterklasse, sowie über die Rolle des Reformismus enthalten.“ Der orthodoxe Marxismus-Leninismus hat hier also allen Ernstes jenen Gipfel erklommen, auf dem Paul Wütters die „Schanddaten des Bürgerblods über die Rolle des Reformismus“ zeigt. Man kann nur gespannt sein.

Bevölkerungsvorgänge in Leipzig. Nach dem 12. Wochennachweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig fanden in der Woche vom 18. bis 24. März 112 Eheschließungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug in der Woche vom 11. bis 17. März 204, davon 100 Knaben und 104 Mädchen. 42 Lebendgeborene waren unehelicher Natur. Totgeborene wurden 7 festgestellt. Gestorben sind in der Woche vom 18. bis 24. März 186 Personen, darunter 36 Kinder unter 1 Jahre. Unter den Gestorbenen befanden sich 91 weibliche und 95 männliche Personen. Von den Todesfällen entfielen auf Diphtherie 1, Grippe 2, Tuberkulose 18, Krebs 18, Gehirnschlag 11, Krämpfe der Kinder 1, Herzkrankheiten 36, Lungenerkrankung 16, sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 7, Magen- und Darmleiden, Brechdurchfall 2, Kindbettfieber 2, Altersschwäche 17, übrige natürliche Todesursachen 46. 5 Personen erlitten tödlichen Anfall und 4 Enden durch Selbstmord.

Der Radfahrer. Mit Rücksicht auf den in letzter Jahreszeit stark anwachsenden Fahrradverkehr ist im Anschlag die Vorschriften der Verkehrsordnung des Reichs neu geordnet worden, daß an Straßenkreuzungen mit besonderer Verkehrsregelung bei gesperrter Richtung die Radfahrer sich unmittelbar an der Bordsteine aufstellen sollen. Die bet. Organisationen haben ihre Mitglieder dieses bezüglich verständigt. Es ist aber zu wünschen, daß auch der Kraftfahrer hierauf Rücksicht nimmt.

Achtung, Arbeiterphotographen! Als Auftakt der vom 29. April bis 2. Mai im Volkshaus in den Kolonnen 1. und 2. stattfindenden Photoausstellung veranstaltet die Vereinigung der Arbeiterphotographen Ortsgruppe Leipzig in der Arbeiterturn- und Sporthalle am Mittwoch, dem 11. April, pünktlich 19,30 Uhr, einen Filmabend: 1. Die Arbeiter-Turn- und Sporthalle, deren Einrichtungen und ihr Betrieb; 2. Die Leibesübungen des Kleinkindes; 3. Aus dem Leben der Naturfreunde; 4. Trübsinn? Eintrittskarten sind im beschränkten Umfang am Eingang zu haben. Während der Vorführungen bleiben die Türen geschlossen.

Warnung vor reisenden Dieben an Bank- und Postkassen! Zur Zeit treten im Freistaat Sachsen reisende Diebe an Bank- und Postkassen auf. Die Raffinerie ihrer Handlungsweise läßt den Schluß zu, daß man es mit Gaunern zu tun hat, die die Straftaten schon längere Zeit gewerbsmäßig betreiben. Es handelt sich um zwei unbekannte Männer, die in Bank- und Postgebäuden erscheinen und sich ihre Opfer unter solchen Personen suchen, die an den Schaltern oder in deren nächster Nähe empfangene oder zur Eingahlung bestimmte Geldsummen nach oder aufzählen. In diesem Augenblick tritt der eine der Unbekannten an die mit dem Rücken des Geldes beschäftigte Person heran und lenkt die Aufmerksamkeit der Letzteren durch einige hingeworfene Worte von ihrer Tätigkeit ab. Diesen Moment benutzt der zweite Unbekannte und stiehlt von der aufgezählten Geldsumme, soviel er erlangen kann. Dann verschwinden beide. Sie sollen im Alter von 30 bis 45 Jahren stehen. Eine weitere Beschreibung kann von ihnen nicht gegeben werden. Vor ihnen wird gewarnt.

Reisverkäufe an den Freibänken. Morgen, Mittwoch, den 11. April, an der Freibank I Nr. 1451 bis 3250; an der Freibank II Nr. 2401 bis 4000. Von 11 Uhr an freier Verkauf.



Warrers Nächstenliebe

Der 69jährige Steinarbeiter Froberg in Beucha hatte seinem Leben freiwillig ein Ziel gesetzt. Er war mehrere Jahre Freibänder, hatte sich aber wieder in die Kirche aufnehmen lassen. Da er seit vielen Jahren Mitglied des Steinarbeiterverbandes und des Arbeitergesangsvereins Beucha war, hielt es die Arbeitergesellschaft für ihre Pflicht, dem Verstorbenen das letzte Geleit zu geben. Der Gesangsverein hatte außerdem beschlossen, sich von seinem langjährigen Mitgliede durch Gesang zu verabschieden. Das Begräbnis war für Karfreitagmorgen angesetzt. Es gab in Beucha nur noch auf den Ortsgeländchen. Auf Bitte des Dirigenten schickte der Totengräber den Kurrentenjungen in die Kirche und ließ dem Geistlichen sagen, daß alles bereit sei. Da der Pfarrer nicht kam, begannen die Sänger die Trauerfeier. Der Zug setzte sich dann in Bewegung. Vom Pfarrhause aber stand der Herr Ortsgeländchen in sicherer Distanz eines Regenschirmes, den Zug erwartend, an dessen Spitze er sich setzte. Am Grabe angekommen, teilte der Dirigent dem Pfarrer mit, daß der Gesangsverein seinem verstorbenen Mitgliede noch ein Lied singen werde. Pfarrer Kennide aber verbot dies mit den Worten:

„Das tut mir leid. Es darf nicht gesungen werden. Die Vererdigung hat in der Stille stattzufinden. Es bestehen darüber Landesgesetzliche (?) Bestimmungen.“

Am dem Kampf zu vermeiden, forberte der Dirigent daraufhin seine Sänger auf, den Friedhof zu verlassen. Mehrere Arbeiter schlossen sich an.

Wir fragen hiermit Herrn Pfarrer Kennide: „Wo bleibt Ihre von Christus und seinen Jüngern so oft betonte Nächstenliebe? Heißt es nicht in Ihrem Bibelduche: „Du sollst Gott lieben von ganzem Herzen usw.“, das andere Gebot aber sei dem gleich: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst?“ Oder: „Wenn ich mit Menschen- und mit Engelszungen rede und hätte der Liebe nicht, so wäre ich ein tönendes Erz oder eine klingende Schelle.“ Hat Ihr Christus nicht geboten: „Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet?“

Ihre Amtsbrüder, Herr Pfarrer Kennide (in Leipzig und anderwärts), sind in der Auslegung „Ihrer Landesgesetzlichen Bestimmungen“ — Sie meinen wohl solche des Landeskonfessionsrats — toleranter. Wir selbst haben gerade in letzter Zeit in Leipzig bei mehreren, die freiwillig aus dem Leben schieden, am Grabe mitgesungen, allerdings waren dies keine Steinarbeiter. Auch Sie, Herr Pfarrer, wissen noch nicht, wie Sie einst enden werden. Es hat schon manchen Geistlichen gegeben, der sich durch Selbstmord aus dem Leben stahl.

Wir Freibänder lieben den Menschen, und diese wahre Liebe verbietet es uns, auch den, der den Freitod wählte, dadurch zu beschimpfen, daß wir ihn wie einen Hund beschaffen lassen. Die Beuchaer Arbeitergesellschaft hat Sie, Herr Pfarrer Kennide, kennengelernt. Sie wird Ihnen in Zukunft auf dem Friedhofe nicht mehr begegnen, dafür aber den Klassengenossen predigen: „Heraus aus einer Kirche des Hasses!“

Todessturz mit dem Motorrad

M Leipzig, 10. April.

Gestern nachmittag ereignete sich in der Nähe von Zwenkau ein schweres Unglück. Ein Polizeioberkommislar aus Leipzig, der mit Frau und Tochter auf einem Motorrad mit Seitenwagen spazieren fuhr, kam aus noch nicht aufgeklärter Ursache so unglücklich zu Fall, daß er tot liegen blieb, während seine Tochter lebensgefährlich und seine Frau leicht verletzt wurden.

p Scheudt. Stadtverordnetenversammlung. Die eigentliche bürgerliche Tagesordnung ließ den Schluß zu, daß es ausnahmsweise eine kurze Sitzung geben würde. Es kam aber anders. Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es bei der Vorlage, die sich mit der Ausnahme von bereits entnommenen Darlehen bei der Stadtparalle und Festsetzung der Verzinsungs- und Tilgungssätze befaßte. Der Schulbau und die damit verbundene Einrichtung eines Schulbades und einer Zentralheizung für beide Schulen hatte ein vollständig neues Projekt erfordert, das fast dreimal so viel Kosten verursachte, als ursprünglich geplant war. Desgleichen der Ausbau der Nordstraße, die zugleich als Zufahrtsstraße für den Flughafen dient. Anfänglich war eine Schotterstraße geplant. Zur Ausführung gelangte aber die Befestigung mit Schottersteinen. Zu diesen neuen Projekten, deren Kosten circa 300 000 RM. mehr betragen, ist die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung nicht eingeholt worden. Dies wurde von sozialdemokratischer Seite scharf gerügt und bei Wiederholung eine Zustimmung abgelehnt. Der Sachmacher des Kollegiums, der Ordnungsbüchler Alfred Müller, wälzte alle Schuld und Verantwortung dem nach seinen Ausführungen unfähigen Stadtbauamt auf. Geradezu kindisch und lächerlich wirkten seine Ausführungen über die Errichtung von Neubauten, die komfortabler ausgestattet seien als manche Wohnung und länger zu bauen dauerten als ein Wohnhaus. — Dem Ankauf der Privatschule, in der unmittelbaren Nähe des Rathauses, die sich zu allen möglichen Einrichtungen eignet, wurde zugestimmt.

In der letzten Sitzung waren der Genosse Schulze und die Genossin Schulze durch Ausschließung an der Beratung und Beschlußfassung der Besoldungsordnung und des Stellenplanes durch den Herrn Bürgermeister Wagsche an der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte verhindert worden. Dadurch war der Ordnungsbüchler in der Lage, für einzelne Beamte willkürlich Umgruppierungen vornehmen zu können. Um dies geschlossene Unrecht zu beseitigen, beantragte die sozialdemokratische Fraktion anderweitige Umgruppierungen. Der Antrag wurde aber abgelehnt, weil ein Genosse von uns krankheitshalber fehlte. Das letzte Wort ist aber in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen.

Die aus der SPD und deren Fraktion ausgeschlossene Stadtverordnete Luise Weyer hat ihr Mandat niedergelegt. Der Stadtverordnete Schubert (SPD) widmete ihr einen warmen Nachruf und führte ihre Verfehlungen auf ein unliebsames Versehen zurück. Zur Strafe hätte sie lediglich die erbärmliche Hege der SPD gebracht. (Wir stellen fest: Bevor der Artikel „Werkwürdige Praktiken“ in der Leipziger Volkszeitung erschien, war die Weyer schon aus der Fraktion der SPD-Stadtverordneten ausgeschlossen worden. In dieses unliebsame Versehen der einzige Grund, der ihren Ausschluß aus der Partei rechtfertigte? Es liegen noch weitere viel schwerere Fälle von Unzulässigkeit vor, davon vielleicht später D. B.) Dieser Komödiant verdächtigt aber die SPD und das Reichsbanner, daß sie heute noch Gewerkschaftsfunktionäre unter sich duldeten, die sich für fremdes Geld den Hals ausspannen. Eine Redewendung, die übrigens auch in einem Artikel des Klassenkampfes, betitelt „Kette den Dieb“, enthalten ist. Die Fraktion der SPD erklärte Schubert und den Artikelsschreiber im Klassenkampf so lange für einen elenden Verleumder und Lügner, bis sie für ihre Gemeinheiten Namen nennen. Mit List, Zug und Trug will die Gesellschaft retten, was noch zu retten ist. Hoffen wir, daß der Klassenkampf in Halle nun dochlicher wird.

Sächsische Angelegenheiten

Rückblick auf die Lehrertagung

Hast 5000 Lehrer haben in Chemnitz bewiesen, daß sich die sächsische Lehrerschaft entgegen den Behauptungen rechtsgerichteter Kreise hinter die Politik der Vereinstellung des Sächsischen Lehrervereins stellt. Der Unterrichtsminister Dr. Kaiser hatte es trotz der wichtigen Tagungsordnung nicht für nötig gehalten, zu erscheinen. Will er damit kundtun, daß ihm an einer starken Lehrergewerkschaft nichts liegt oder daß ihm andere Organisationen näher stehen? Sein Vertreter, Ministerialrat Dr. Weinholtz, war gekommen, um, wie er sagte, die Versammlung zu beaufsichtigen. Der matte Höflichkeitsbeifall, den seine Sätze ernteten, zeigte, daß die Lehrerschaft weiß, daß man im Ministerium auf dem linken Ohr schwerhöriger ist als auf dem rechten und daß sie an schöne Worte, denen keine Taten folgen, nicht mehr glaubt.

Aus dem Herzen sprach der Versammlung dagegen der Vertreter der Stadt Chemnitz, Stadtrat Dr. Büchse, der als Aufgabe der Volksschule die Menschenbildung, die gesundheitliche und soziale Fürsorge für das Kind bezeichnete, für dessen Bedürfnisse heute gewisse Behörden weniger Verständnis hätten, als vor 1918.

Die Lehrerschaft weiß, daß wir in einer Zeit schwärzester Reaktion stehen. Daß es in andern Ländern ebenso ist, bewiesen die Ausführungen des Lehrers Scholz, des Vertreters der 12 000 deutschen Lehrer in der Tschechoslowakei, der zum Zusammenschluß und gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen Feind aufforderte. Der stürmische Beifall der Versammlung ließ erkennen, daß die Lehrerschaft in ihrer Gesamtheit anfängt international zu denken.

Im Mittelpunkt der Vertreterversammlung am ersten Tage stand die Frage des Deutschen Beamtenbundes und die Stellung der Lehrerschaft zu ihm. Die Lehrer sind schon immer mehr mit dem Verständnis als mit dem Herzen beim DVB gewesen, und die überaus scharfe Kritik des Sekretärs des Sächsischen Lehrervereins, Fehlbacher, sowie die einstimmig gefasste Entschließung sprachen das aus, was namentlich von sozialdemokratischen Lehrern schon seit Jahren gefordert wurde. Es ist zu begrüßen, wenn in der Beurteilung dieser Frage nur auch im Vorstande des SBW ein neuer Geist eingezogen ist, wenn man in Chemnitz dem begehrtesten Zustimmung, was man im vorigen Jahre in Döbeln noch mit größter Nervosität und äußerstem Unbehagen zur Kenntnis genommen hatte. Das in Chemnitz vorgetragene Material und der Eiertanz des Vorsitzenden des DVB, Fißler, haben erkennen lassen, daß die sächsische Lehrerschaft mit einer derartigen Organisation nicht auf Leben und Sterben verbunden sein darf. Es darf nicht heißen, wie es Genosse Weidlich drastisch ausdrückte: „Wir sind dein, Herr, laß uns immer unter deinem Flügel ruhn.“ Wenn die in der Leipziger Volkszeitung vom 3. April 1928 veröffentlichten Forderungen der Entschließung vom DVB nicht erfüllt werden und der Deutsche Lehrerverein dann nicht den Austritt aus dem DVB vollzieht, wird die Vertreterversammlung des SBW im nächsten Jahre die Konsequenzen zu ziehen haben. Hoffen wir, daß dies einhellig geschieht.

Die beiden Themen der Hauptversammlung am 2. und 3. Tage „Demokratisierung der Bildung“ und „Gehalt und Gehalt des Geschichtsunterrichts in der Volksschule“ sind hervorgegangen aus den veränderten Bedürfnissen des Bildungswesens in der Republik gegenüber denen in der Monarchie.

Der Referent des ersten Themas, Privatdozent Dr. Kretschmer-Braunschweig, erfaßte es im sozialistischen Sinne, wenn er Demokratisierung der Bildung nicht in bürgerlich-liberaler Auffassung gleichsetzte mit „Breite Bahn dem Tüchtigen“ und Züchtung von „Feldweibelkandidaten“ der Bildung, sondern als Anpassung des Erziehungs- und Bildungswesens an die veränderten geistigen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Der Lehrer darf nach ihm nicht Abriecher geduldeten Arbeitssklaven sein, er darf nicht nur das Alte, das Ueberkommene konservieren, sondern muß auch das Neue, Kommende befreien.

Möchte die Lehrerschaft in diesem Sinne von dem minutenlangen Beifall, der dem Redner dankte, zur Tat schreiten! Möchte sie erkennen, daß die gesamten bürgerlichen Parteien als Hüter des Privateigentums auch die Bildungsprivilegien dieser Klasse zu schützen haben, daß Mittel für das Bildungswesen und wahre Demokratisierung der Bildung nur dort zu erreichen sind, wo eine sozialistische Mehrheit über die Gestaltung des Bildungswesens entscheidet.

Besondere Kennzeichnung verdient das Verhalten des „neutralen“ Rundfunk, der es abgelehnt hatte, diese Rede Dr. Kretschmers zu übertragen, weil sie ihm nicht vorher vorgelegt worden war.

Der Referent des 3. Tages, Alfred Fiedler-Chemnitz, brachte zwar eine tiefgründige philosophische Begründung seines Themas, versuchte auch, den Geschichtsunterricht der neuen Staatsform anzupassen, zog aber nicht die Folgerungen aus dem Referat des vorhergehenden Tages. Es ist deshalb zu begrüßen, daß seine stark umstrittenen Leitsätze nicht zur Abstimmung kamen, sondern als Material zur weiteren Bearbeitung dem Vorstande überwiesen wurden. Die Lehrerschaft hätte sich mit ihnen ebenso befaßt, wie mit den Zwidauer Thesen.

Bedenklich ist es, daß in diesem Zusammenhang ausgerechnet ein „Sozialist“ glaube gegen die materialistische Geschichtsauffassung polemisieren zu müssen. Bedenklich ist es auch, daß der Antrag abgelehnt wurde, die irreführenden Schlagworte „Staat“ und „Gesamtheit des Volkes“ in der Entschließung zum Geschichtsunterricht (§. 3 v. 5. 4.) durch „Gesellschaft“ und „Mehrheit des Volkes“ zu ersetzen. Steuer- und Wirtschaftspolitik Reichsschulgesehntwurf, Besoldungssteuer und Klassenjustiz, dazu noch ein Blick auf das verschiedene Niveau der Kinder einer Klasse und auf die ungeheuren Unterschiede der körperlichen Entwicklung der Kinder, zeigen, daß es heute weder einen neutralen Staat, noch ein Volksganzes gibt.

Die neben der Tagung veranstaltete Ausstellung ließ erkennen, daß auch in Chemnitz praktisch im modernen Geiste der Arbeitsschule gearbeitet wird. Oberbürgermeister Rothe und die christlichen Leiter der Presse vom Petersteinweg hätten hier einen guten Anschauungsunterricht genießen können.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Chemnitzer Tagung des Sächsischen Lehrervereins einen geschlossenen, machtvollen Willenskundgebung zum fortschrittlichen Auf- und Ausbau der Volksschule im Geiste des Verständnisses für die Bildungsbedürfnisse der Massen.

Möge die sächsische Lehrerschaft diesen Weg weiter schreiten „vorwärts und aufwärts“, wie ihr der schreibende Vorsitzende Gleiberg jurief.

Auch ein Beitrag zur Mollage der Landwirtschaft

Unter dieser Ueberschrift schreibt die Chemnitzer Volksstimme:

„Allerorts fanden und finden jetzt Demonstrationen aus den Kreisen der Landwirtschaft statt, durch die die Behörden auf die angeblich große Not aufmerksam gemacht werden sollen, unter der die Landwirtschaft angeblich leidet. Die Führer und Redner bei diesen Demonstrationen kommen aber nicht, wie man annehmen möchte, aus den Kreisen der Klein- und Mittelbauern, sondern werden meist aus den Kreisen der großen und größten Grundbesitzer gestellt, weil diese Kreise unter der Not angeblich noch mehr leiden wie die Klein- und Mittelbauern.“

Wie aber die „Not“ in diesen Kreisen in Wirklichkeit aussieht, zeigt eine Veröffentlichung in der neuesten Nummer der Zeitschrift Die Küche. Dort wird ein Tagespensum der bekannten teuren Borchardtschen Küche in Berlin bekanntgegeben. Darunter befindet sich auch ein nach einem Rittergut im Erzgebirge geliefertes Essen für 30 Personen, das aus folgenden schönen Sachen bestand:

Ravioli aus Eibstock, Lachs und Butter — Schnepfen — Cremesuppe Londonderry — Sterlet aus der Wolga nach russischer Art — Englischer Hammelrücken mit frischen grünen Bohnen, Minisauce — Puter laut nach Borchardt, Cumberland-Sauce, Ananas-Sorbet — Verlorene Eier mit Champignons — Hamburger Wagians nach Hausfrauenart — Kopf-, Tomaten- und Gurkensalat — Gefüllte Weincreme mit Orangen, Gebäud in Zuckerfäden — Stillton mit englischem Sektier — Warmes Käsegebäck.

Das ist nur das Essen. Dazu kommen selbstverständlich die verschiedenen Weine und Biere, Zigarren und Zigarettens, Wodka, Gebäud und sonstige Leckerbissen, die, nach dem Essen beurteilt, sicher nur von den besten und teuersten gewesen sind. Und weiter: Die Herrichtung des Essens im Rittergut selbst hat höchstwahrscheinlich auch ein besonderer Koch aus Berlin besorgt, der dazu die kostspielige Reise von Berlin nach dem Erzgebirge unternehmen mußte. So wird also in diesen Kreisen das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen.

Und ausgerechnet von einem Gute des armen Erzgebirges werden aus einer der teuersten Küchen Berlins die seltensten und teuersten Delikatessen bezogen. Wenn das schon in einem solch karglichen Landstrich wie im Erzgebirge möglich ist, wo die Mollage der Klein- und Mittelbauern besonders trüb ist, wo Schmalhans sehr oft Küchenmeister ist und wo Quark und Kartoffeln als tägliche Hauptnahrung wohl die Regel bilden, in welchem Ueberflusse müssen dann erst die Großgrundbesitzer in den besseren Gegenden schwelgen? Schlemmeret und Prasseret auf der einen, bedürftigste und ärmste Verhältnisse auf der anderen Seite. So steht die von den Besitzenden gepriesene „göttliche Weltordnung“ aus.

Darum, ihr Klein- und Mittelbauern, Augen auf bei der bevorstehenden Reichstagswahl! Denkt darüber nach und seid überzeugt, daß eure Interessen von den Großgrundbesitzern niemals wirksam vertreten werden können. Ihr sollt für sie nur die Kaskaden aus dem Feuer holen. Sie brauchen euch nur, um auf eurem Rücken Portelle für sich selbst herauszufügen. Das wird sich wieder sehr deutlich zeigen bei der Landwirtschaf für die Landwirtschaft, bei der die Großgrundbesitzer sicher wieder die fettesten Happen für sich herausholen werden.

Interessant wäre zu wissen, ob das feudale Essen bei der Steuererhöhung als persönlicher Verbrauch oder als „Ankosten der Gutswirtschaft“ gebucht worden ist?!

Der Landesanteil an der Kraftfahrzeugsteuer

Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf der Regierung über die Verteilung des Landesanteils an der Kraftfahrzeugsteuer zugegangen. Für das Rechnungsjahr 1928 ist mit einem Landesanteil Sachsens an der Kraftfahrzeugsteuer in Höhe von rund 9 800 000 Mark zu rechnen. Hier von wird nach diesem Gesetzentwurf der Staat 4 900 000 Mark erhalten; auf den Bezirksanteil werden 4 110 000 Mark und auf den Wegebaustock 400 000 Mark entfallen. Das Zugliedersteuerauskommen für das Rechnungsjahr 1925 hat nur rund 2 618 000 Mark betragen. Der für das Rechnungsjahr 1928 zu erwartende Bezirksanteil an Kraftfahrzeugsteuer übersteigt also das Zugliedersteuerauskommen für das Rechnungsjahr 1925 um rund 1 900 000 Mark.

Reichstreffen der Jungkommunisten

Das Parteipräsidium Chemnitz teilt mit: Der kommunistische Jugendverband Deutschlands veranstaltete in den Oherlagen in Chemnitz ein Reichstreffen. Die programmatischen Veranstaltungen verliefen ohne besondere Zwischenfälle. Es sind jedoch außerhalb ihres Rahmens mehrfach politisch anders denkende Personen von Teilnehmern an der Kundgebung angepöbeln bzw. belästigt worden, was mehrere Störungen zur Folge hatte. Am Sonntag, gegen 20 Uhr, haben Teilnehmer eines Demonstrationszuges einem auf der Straßenkreuzung Keupers-Johannes- und Schopenhauer Straße stehenden Polizeibeamten nach vorheriger Anpöbelung mit einem Fahnenstück die Wuthe vom Kopf geworfen und ihn mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Dem hart bedrängten Beamten blieb nichts weiter übrig, als sich mit dem Seitengewehr die Angreifer vom Halbe zu halten. Ein in der Nähe stehender Polizeibeamter, der in demselben Augenblick gegen Zugteilnehmer einschreiten wollte, die auf dem Fußsteig auf Zuschauer einschlugen, wurde von diesen erfaßt, zu Boden geworfen und mit Häuten geschlagen. Er konnte sich aber bald wieder aufraffen und mit dem Gummiknüppel vor weiteren Angriffen schützen. Ein kurz darauf eintreffendes Polizeikommando befreite die Beamten aus ihrer bedrängten Lage. Hierbei mußten die Beamten vom Gummiknüppel Gebrauch machen.

Sie können von Kütz nicht lassen

Am Sonntag, dem 15. April, findet in Dresden der 21. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Partei statt, auf dem die Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Dresden-Bauhen nominiert werden sollen. Schon heute steht fest, daß die Spitzenkandidatur dem „bewährten Demokraten“ Kütz, dem Vater des berühmten Schund- und Schmutzgesetzes, übertragen werden wird.

K. Dresden. Ein ganz eigenartiger Unfall trug sich hier zu. Als ein Personenkraftwagen die Grunac Straße passierte, kam aus einer Nebenstraße ein in der Mitte der zwanziger Jahre stehender Buchhalter mit seinem Fahrrad eingebogen. Letzterer fuhr ziemlich heftig gegen das Hinterteil des Kraftwagens. Durch den Anprall schoß der Radfahrer mit dem Kopf durch die Scheibe und blieb darin hängen, während sein Fahrrad zur Seite geschleudert wurde. Der Kraftwagenführer vernahm sein Fahrzeug wohl rasch zum Stillstand zu bringen, immerhin wurde der Buchhalter in dieser misslichen Lage hängend ein Stück mitgeschleift.

Vöban. Die gefährliche Völampe. Eine schwere Verbrennung zog sich in Vöbau der bei einem Antiermeister beschäftigte Lehrling Kubenz zu, als er mit einer Völampe den Lack an einer Tür in der Pastalozzischule abbrannte. Aus unbekanntem Grund plötzliche die Flamme an einer unrichtigen Stelle der Lampe herover, so daß der Behälter explodierte. Der Arbeitsanzug des Lehrlings, der anscheinend schon Benzindünste aufgenommen hatte, fing im Augenblick der Explosion Feuer. Der Lehrling hat besonders an den Händen, aber auch am Kopf schwere Brandwunden erlitten, die die Ueberführung nach dem städtischen Krankenhaus nötig machten.

Chemnitz. Aus dem Fenster gestürzt. Ein sechs Jahre alter Knabe stürzte in einem unbewachten Augenblick aus der im dritten Stockwerk befindlichen Wohnung seiner Eltern ab und war sofort tot.

Limbad. Arbeiterisiko. In einem Steinbruch, in dem ein Arbeiter mit dem Bohren von Sprenglöchern beschäftigt war, löste sich vorzeitig eine Steinschicht und verschüttete den Steinarbeiter. Der Verschüttete konnte nur als Leiche geborgen werden.

Brodkwitz. Das Opfer einer Unfälle. Hier waren gefestert, der an einem Zugmotorwagen angepöbelt war. Beim einige kleine Kinder unbemerkt auf die Leiche eines Anhängers Abspringen blieb ein sechsjähriges Mädchen an dem Wagen hängen, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß es auf der Stelle starb.

Rundfunkprogramm Leipzig

Mittwoch, den 11. April.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,15 Uhr: Uebertragung der Eröffnungsfest der Großen Dürer-Ausstellung in Nürnberg aus dem Germanischen Nationalmuseum. Mitwirkende: Der Lehrergewerksverein Nürnberg unter Leitung von Musikdirektor Fritz Binder.
- Anschließend: Wetterbericht und -voraussage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen.
- Darauf: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Lindström-A.-G., Berlin.
- 12,55 Uhr: Rauener Zeitzeichen.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 13,30—17,50 Uhr: Für die Jugend. 1. Das Märchen vom König Rimmersatt von Rudolf Kirsten-Ortmannsdorf. Erzählt von Robert Meyn. 2. Das Kluge Gretel. Eine lustige Komödie von Grete Haupt. Spielleitung: Hans Peter Schmiedel. Personen: Das Kluge Gretel, Martina Otto-Morgenstern. Der Dienstherr, Robert Meyn. 3. Das Märchen vom gestohlenen Eselknecht von Rudolf Kirsten-Ortmannsdorf. Erzählt von Martina Otto-Morgenstern.
- 18,00—18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin.
- 18,00—18,30 Uhr: Maschinenbauhochschuldozent Hans Bornemann: Technischer Vortag für Facharbeiter und Werkmeister: „Elektrotechnik“.
- 18,30—18,55 Uhr: Lektor E. Grander und G. van Eycken: „Französisch für Fortgeschrittene“.
- 19,00—19,30 Uhr: Priv.-Doz. Dr. Wilhelm Friedmann: „Das französische Theater im Zeitalter der Romantik“. Victor Hugo, Alfred de Musset.
- 19,30—20,00 Uhr: Dr. Hermann Ulrich vom Botanischen Institut: „Die Sinnesorgane der Pflanzen“.
- 20,00 Uhr: Wettervoraussage, Zeitangabe und Arbeitsmarktbericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung.
- 20,15 Uhr: Neue Kammermusik. Mitteldeutsche Komponisten. Leipzig X. Hermann Ambrosius. Mitwirkende: Erna Hänel-Zulger, das Gewandhaus-Streichquartett, die Herren Edgar Wollgandt (1. Violine), Karl Wollschke (2. Violine), Karl Hermann (Viola), Prof. Julius Klengel (Cello). Am Bühnen: Der Komponist. 1. Immensee-Suite für Violine, Bratsche und Cello, Op. 33 (Uraufführung), nach der gleichnamigen Novelle von Theodor Storm; a) der Alte; b) Die Kinder; c) Im Walde; d) Da stand das Kind am Wege; e) Dahelme; f) Ein Brief; g) Immensee; h) Meine Mutter hat gemollt; i) Es fahelt; j) Der Alte. 2. Lieber, Op. 19, für Sopran, Violine und Klavier; a) Du bist wie eine Blume (Heine); b) Laß andre nur im Reigen (Geibel); c) Gefunden (Goethe), Erna Hänel-Zulger. 3. Streichquartett, Op. 62a: I. Andante con moto — allegro (Jug) — Tempo I. II. Allegro Tempo I (passa caglia) — Animato — Tempo I.
- 21,15 Uhr: Lautenlieder vorgetragen von Dr. Peter Bach (Berlin). I. Peter Bach: a) Sieh mein Kind (George); b) Du bist der Garten (Wilgans); c) Schlaflied für Miriam (Beer-Hoffmann); d) Alle Dinge (Dankhoben); e) Der Seufzer (Morgenstern); f) Knelein (Klingelnag); g) Der Briefmark (Klingelnag); h) Amelienreise (Klingelnag). II. Peter Bach: a) Das Nollenband (Klopstock); b) Aus den Versen des persischen Zeltenschnäders (Omair Khayyam); c) Wer geht wint (Rilke); d) Der Süßmann (Morgenstern); e) Jeanne Antoinette (v. Münchhausen); f) Das Zuchelshnurrbarthaar (Klingelnag); g) Der Schnupfen (Morgenstern); h) Das Krotobil zu Singapur (Wing).
- 22,15 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,30—24,00 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik. Dresdner Rundfunkkapelle.

Bei Nieren- und Blasenleiden wirkt mit bestem Erfolg Lauensteins Wildunser Tee und Tabletten. Allein echt König-Salomo-Apotheke, Grimmische Straße 17

Für Kinder nur Chlorodont

Ein Urteil von Vielen: „..... Jung gewohnt ist alt getan! So heißt's im Sprichwort und so bin ich auch mit Ihrer Chlorodont-Zahnpaste gefahren. Als Knabe kaufte mir die Mutter schon immer obige Paste und ich weiß mich kaum jemals zu erinnern, eine andere gebraucht zu haben. — Nun möchte ich auch gern von Ihren anderen Präparaten die Überzeugung gewinnen, daß sie an Güte gleich Ihrer Chlorodont-Zahnpaste sind.....“ Wenn ich einige Worte dazu schrieb, so sollte es keine Schmeichelei sein, sondern lediglich nur das zum Ausdruck gebracht werden, was der Wahrheit entspricht.....“ H. Bdn., J. Matthey. (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt) — Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pf., große Tube 1 Mk., Chlorodont-Zahnbürste 1,25 Mk., für Kinder 70 Pf. Kinder-Geschenk-Karton 1,60 Mk., enthaltend: 1 kleine Tube Zahnpaste, 1 Kinder-Zahnbürste, 1 Kinder-Mundspülglas. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Der Kampf an der Ruhr

Die Wahrheit ist einfach, die Lüge kompliziert. Die Lüge zu verteidigen, erfordert viel Kopfschmerzen. Die Zeichenbesitzer des Ruhrbergbaus müssen deshalb zur Zeit ihre Gehirne tüchtig strapazieren; denn sie wollen der Öffentlichkeit einreden, daß schon das geringste Entgegenkommen an die Bergarbeiterforderungen auf Arbeitszeitverlängerung und Lohnerhöhung den Ruhrbergbau in seiner Existenz bedroht.

daß der Produktionsertrag pro Kopf der Belegschaft gegenüber der Vorkriegszeit gewaltig gestiegen ist, ohne daß der Lohn des Ruhrbergarbeiters gleichen Schritt gehalten hat.

Nach einer von den Unternehmern herausgegebenen Schrift: „Wirtschaftszahlen aus dem Ruhrbergbau“ betrug der Fördereranteil pro Kopf im 4. Quartal 1924 = 886 Kilogramm, im Durchschnitt 1925 = 946, 1926 = 1114 Kilogramm und 1927 = 1132 Kilogramm, wobei im November 1927 sogar 1153 und im Dezember des vergangenen Jahre 1151 Kilogramm erzielt wurden. In der gleichen Schrift wird nun erklärt, der Fördereranteil sei wohl gestiegen, die Arbeitskosten seien aber pro Tonne gleich geblieben, ein finanzieller Vorteil für die Zeichenbesitzer sei also nicht zu verzeichnen.

Was ist zu dieser Beweisführung zu sagen? Wie aus den Zahlen hervorgeht, sind die Arbeitskosten infolge der Lohnaufbesserungen und Arbeitszeitverlängerungen für einzelne Gruppen zumeist nicht gestiegen. Im Gegenteil: sie sind gesunken. Diese

Senkung der Arbeitskosten trotz der Lohnerhöhungen

als Folge des gestiegenen Fördereranteils ist gar nicht unbedeutend. Eine Senkung von 9,36 Mt. (1925) auf 8,90 (1926) und auf 9,30 (1927) — im Dezember waren es nur noch 9,15 Mt. — will bei einer Jahresförderung von durchschnittlich 110 Millionen Tonnen (1925—1927) immerhin etwas heißen. Errechnet man den Mehrerwerb im Jahre 1926 gegenüber 1925 aus der Arbeitskostensenkung von 66 Pfennig pro Tonne, dann ergeben sich — fast nach unten abgerundet, weil nicht alle geförderte Kohlen zum Verkauf gebracht werden — 50 Millionen Mark. Auch das Jahr 1927 weist gegen 1925 auf Grund vermindelter Arbeitskosten einen Sondergewinn auf.

Trotzdem behaupten die Zeichenbesitzer, daß das Geschäftsergebnis nicht gestiegen, die Verzinsung und Tilgung für das Arbeitsmaschinenkapital wieder einzubringen. Wozu diese Märchen? Es ist doch bekannt,

daß die Maschinenisierung des Ruhrbergbaus schon 1925 größtenteils durchgeführt war,

also in einer Periode, die der Kalkulation eine bedeutend schlechtere Basis gestattete als die Gegenwart. Damals hat kein Zeichenbesitzer auch nur im Traum an die Entwicklung gedacht, die der englische Streit gebracht hat. Ohne diese Entwicklung war doch bereits die Amortisations- und damit auch die Rentabilitätsmöglichkeit des in den Maschinen investierten Kapitals einkalkuliert. Schließlich ist aber nicht nur der relative Mehrerwerb aus der Senkung der Arbeitskosten pro Tonne zu berücksichtigen, sondern auch absolut der gesteigerte

Gewinn aus vermehrter Förderung.

Diese betrug im Monatsdurchschnitt 1925 = 8,676, 1926 = 9,343, 1927 = 9,835 und im Januar 1928 sogar 10,295 Millionen Tonnen. Also bei gesteigerten Arbeitskosten pro Tonne eine ganz erhebliche Steigerung der geförderten Tonnenzahl! Dazu kommt noch eine Senkung der Materialpreise. Und bei alledem ist zunächst noch von den geschäftlichen Möglichkeiten aus der Nebenproduktengewinnung vollständig abgesehen.

So ergibt sich ohne weiteres: die bisherigen Lohnerhöhungen seit 1925 haben nicht nur keine Mehrbelastung gebracht, sondern Raum gelassen zu einem nicht unbedeutlichen finanziellen Mehrerwerb, wobei die 1926 abgefolgten Halbenbestände nur als unerwartete Kapitalverfügung angesehen werden. Nichts spricht dafür, daß weitere Lohnzugeständnisse hier eine Verringerung bringen; denn es steht fest, daß z. B. der Schichtfördereranteil pro Kopf November und Dezember 1927 auf 1153, bzw. 1151 Kilogramm stand gegen 1132 Kilogramm im Monatsdurchschnitt des Jahres 1927. Wenn schließlich die Zeichenbesitzer sagen, der Ruhrbergmann marschiere in der Lohnstatistik an der Spitze

und beije also keine moralische Berechtigung auf weitere Zugeständnisse, so ist auch das nicht richtig. Nach der amtlichen Lohnstatistik betrug der tatsächlich verdiente Lohn des Ruhrbergmanns, berechnet für die Gesamtbelegschaft, im dritten Quartal 1927 = 8,16 Mt. Der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft eines Hüttenbetriebs betrug nach einer Meldung der Deutschen Bergwerkszeitung (Nr. 229 vom Dezember 1927) im Monat Januar/Februar 8,60 Mt. pro Schicht, im Oktober 9,30 Mt.

Summa summarum: der Lohn des Ruhrbergmanns kann erhöht werden — er muß erhöht werden.

Die Betriebsräte wählen im westdeutschen Kohlenrevier haben folgendes Ergebnis gebracht: Freie Gewerkschaften 208 250 Stimmen = 1803 Mandate, Christliche Gewerkschaften 76 934 Stimmen = 658 Mandate, Hirsch-Dunckerische Gewerkschaften 4009 Stimmen = 13 Mandate, Polnische Berufsvereinigungen 728 Stimmen = 4 Mandate, Syndikalistische 4935 Stimmen = 37 Mandate, die Gelben 7926 Stimmen = 32 Mandate, Sonstige 1766 Stimmen = 13 Mandate. Die Beteiligung war eine stärkere als im Vorjahre, während die Zahl der Mandate infolge Verminderung der Belegschaften zurückgegangen ist.

Die entsprechenden Ziffern des Vorjahres lauten: Freie Gewerkschaften 202 925 Stimmen = 1840 Mandate, Christen 76 209 Stimmen = 637 Mandate, Hirsch-Duncker 3707 Stimmen = 28 Mandate, Polnische Berufsvereinigungen 1332 Stimmen = 7 Mandate, Syndikalistische 6012 Stimmen = 54 Mandate, Gelbe 7252 Stimmen = 32 Mandate, Sonstige 1528 Stimmen = 9 Mandate.

Die Zweimonatsbilanzen der Großbanken

Die Banken, sowohl private wie öffentliche, sind verpflichtet, alle zwei Monate sog. Zweimonatsbilanzen zu veröffentlichen. Sie haben mit den Jahresbilanzen zwar die Bezeichnung Bilanz gemein, aber sonst unterscheiden sie sich von ihnen wesentlich, schon dadurch, daß die Zweimonatsbilanzen, im Gegensatz zu den Jahresabschlüssen, keine Gewinnerrechnung enthalten, nur den Ausweis über die Zusammenfassung des von den Banken beherrschten Kapitals, aber nicht über die Höhe des erzielten Mehrkapitals. Viel ist aus den Zweimonatsbilanzen nicht herauszufinden, weil nur dem Eingeweihten bekannt ist, wie die einzelnen Banken ihre Geschäftsvorgänge verbuchen und was die verschiedenen Konten enthalten. Die Zweimonatsbilanzen erfüllen also ihren Zweck, der Öffentlichkeit einen Einblick in die Konjunkturalentwicklung zu verschaffen, soweit man sie aus der Entwicklung des Kredits erkennen kann, nur sehr unvollkommen. Um die Zweimonatsbilanzen wenigstens etwas durchsichtiger zu gestalten, hat die Reichsbankstellung in Gemeinschaft mit den Bankvereinigungen ein neues Schema für die Zweimonatsbilanzen vereinbart, das zum ersten Male bei der mit dem 30. April 1928 abschließenden Zweimonatsbilanz zur Anwendung kommt; die soeben erschienenen vom 28. Februar sind also die letzten, die in der alten, noch von der Vorkriegszeit her stammenden Form erschienen.

Die Jahresbilanzen sind hier eingehend besprochen worden. Die Entwicklung, die für das Ende des alten Jahres zu konstatieren war, hat sich in den beiden ersten Monaten des neuen Jahres fortgesetzt. Die Guthaben bei den Banken (Kreditoren) haben weiter zugenommen, die Kredite für das Warengeschäft sind stärker angewachsen als die Spekulationskredite. Seit dem 31. Dezember 1927 stieg der Wert der Kreditoren von 7,5 auf 7,7 Milliarden Mark. In der Verwendung dieser fremden Gelder entfiel der Hauptanteil wie stets auf das laufende Kreditgeschäft, d. h. auf die Debitoren, deren Wert von 3,8 auf 4,1 Milliarden zugenommen hat. Die verhältnismäßig bedeutendste Zunahme entfällt auf die Warenvorschüsse im Zusammenhang mit der Steigerung des Außenhandels. Sie stiegen von 7,7 auf 8,1 Milliarden Mark. Es ist immerhin bemerkenswert, daß die Spekulationskredite (Reports und Lombards) zwar eine unerhebliche Steigerung von 630 auf 596 Millionen Mark erfahren haben, daß aber immerhin der Rückgang dieser Kredite zum Stillstand gekommen ist.

Das Anschwellen der Bankziffern in den letzten drei Jahren gestattete Rückschlüsse auf eine entsprechende Zunahme der Kapitalvermögen in Deutschland. Die von den Banken an ihre Kunden weitergegebenen Kredite (Debitoren) betragen Ende Februar 1928 3,5 Milliarden Mark, Ende Februar 1927 7,7 Milliarden Mark, sie haben sich also in diesen drei Jahren mehr als verdoppelt.

Leben und Sterben von Sacco und Banzetti

Von Eugen Lyons. Deutsche Zeitungverleger: Ernst Engel, Verlag, Berlin-Charlottenburg 9.

Madeiros gab in einer eidesstattlichen Erklärung die Einzelheiten der Tat an, die wir oben erwähnten. Er erwähnte, daß er nicht selbst geschossen hatte, sondern während der ganzen Zeit betrunken und ängstlich im Rücksitz des Wagens gesessen habe. Später klammerten sich die Richter und die Universitätsprofessoren an die Tatsache, daß er sich nicht genau an die Stellung der Gebäude, die genaue Route des Wagens und andere Einzelheiten erinnern konnte. Aber diese Mäßen in seiner Erinnerung sind nicht nur natürlich, sondern unvermeidlich. Man sieht den verwahrlosten, achtzehnjährigen Jungen zusammengesenken im Rücksitz des Wagens lauern, zu betrunken, um wahrzunehmen, was um ihn herum vorgeht. In den nachfolgenden Jahren, als die Zeitungen auf den ersten Seiten über den Fall Sacco und Banzetti berichteten, regte ihn sein besseres Wissen über jene Vorgänge nicht wenig auf.

Unter den sich auf den Fall beziehenden Erklärungen war eine von Weiss, in der dieser ältere Mann berichtet, daß Madeiros sich seiner Beteiligung an dem Verbrechen in South Braintree gerühmt habe. Mit Hilfe eines Bostoner Journalisten wurde es möglich, das „Speakeasy“ festzustellen, in dem sich die Morellibande am Nachmittag des Verbrechens aufgehalten hatte.

Nach wichtiger ist, daß Elsworth C. Jacobs, ein Polizeikommissar von Neudorf, an jenem 15. April Michael Morelli und zwei andere Männer in einem Buickautomobil gesehen hatte. Er notierte sich die Nummer; etwa zehn Tage später sah er dieselbe Nummer an einem anderen Automobil, das augenscheinlich auch der Morellibande gehörte. Als das Verbrechen geschah, hatte Inspektor Jacobs sofort die Morellibande im Verdacht. Er sprach über seinen Verdacht sogar mit anderen Polizeibeamten. Aber sie ließen die Idee sofort fallen, nachdem Sacco und Banzetti als verdächtig bezeichnet worden waren.

Wie paßten diese beiden Angehörigen der Morellibande in die Aussagen hinein, die bei dem Prozeß gemacht wurden? Fügten sich die Einzelheiten zusammen? Professor Fred Frankfurter analysiert den Fall folgendermaßen:

„Der Führer der (Morelli-)Bande war der neununddreißig Jahre alte Joe. Seine Brüder waren Alf, Vasy, Busy und

Fred. Andere Mitglieder waren Bibba Barone, Cyp „the blood“, Mancini und Steve, der Pole. Bibba Barone und Fred Morelli waren am 15. April 1920 im Gefängnis. Madeiros Aussage nach waren fünf Mann, er selbst eingeschlossen, im Automobil; drei von ihnen waren Italiener und der Fahrer „polnisch oder aus Finnland oder sonst irgendwo aus Nordeuropa“. Die Schiffe wurden von den beiden ältesten Italienern abgegeben, einem etwa vierzigjährigen Mann und einem anderen namens Bill. Ein vierter Italiener brachte den Buickwagen zum Auswischen Randolph. Nach der Beschreibung paßt Madeiros Gesellschaft auf die Morellibande. Die Aussage der anderen Zeugen bestätigen ebenfalls die Beschreibung Madeiros und verabschiedeten die Identifizierung.

Eine der größten Schwierigkeiten der Anklage bestand in den widersprechenden Aussagen der Belostungszeugen, die in Banzetti den Fahrer erkannt haben wollten. Der Distrikts-Staatsanwalt legte besonderes Gewicht darauf, daß der sich in Bewegung befindende Wagen von einem blonden, krankhaft aussehenden Mann geführt wurde.

Nach Madeiros Beschreibung entspricht „Steve, der Pole“, sowohl dem Fahrer, wie den Zeugenaussagen. Um die Sache ganz außer Zweifel zu stellen, haben wir das Zeugnis der zwei bei Slater und Morill arbeitenden Frauen, die in Madeiros den Mann erkannten, der eine halbe Stunde lang vor ihrem Fenster neben einem Automobil gestanden hatte.

Zwei Zeugen, die bei dem Prozeß ihre Aussagen machten, erkannten Joe Morelli als einen der Männer, die die Schiffe abgaben, und ein anderer identifizierte Mancini. Die Morellis waren geborene Amerikaner. Das erklärt die Zeugenaussage, daß einer der Banditen ein „klares und unmißverständliches Englisch“ sprach, was Sacco und Banzetti ganz unmöglich ist.

Daraus ergibt sich, daß die Beschreibung der Morellibande den Zeugenaussagen über das Verbrechen von South Braintree entspricht.

Wie steht es mit den anderen Einzelheiten? Die tödliche Kugel entkam einem a. 32 Coltravolter. Joe Morelli besaß zu jener Zeit einen a. 32 Coltravolter. Mancinis Pistole war von einem Typus und Kaliber, die den anderen fünf Kugeln entsprechen, die in den Ermordeten gefunden wurden. Der „Buickwagen“ in dem Prozeß war ein Buick. Madeiros sagt, ein Buickwagen wurde benutzt. Nach Aussage der Polizei von Neudorf fuhr Wite Morelli zu dieser Zeit einen Buickwagen, der kurz nach dem

Reichshilfe für den niederschlesischen Bergbau

Die zu der neuen Bergwerks-A.-G. zusammengeschlossenen niederschlesischen Grubenwerke beabsichtigen, inmitten des Industriebezirks eine Zentralkokerei zu errichten. Wie jetzt erst bekannt wird, wurden bei den Ausschüßberatungen des Reichsrats des Reiches zur Finanzierung dieses Unternehmens 12 Millionen Mark in den Etat eingelegt, die jedoch auch zur Modernisierung der Betriebe verwendet werden sollen. Weitere 2 Millionen Mark soll die Fürstlich Pleßische Grubenverwaltung als Kredit zur Wiederbetriebnahme des Grafschachtes erhalten. Bei dem im Januar d. J. vollzogenen Zusammenschluß der niederschlesischen Grubenwerke wurde die Fürstlich Pleßische Grubenverwaltung, die mehr als ein Drittel des gesamten niederschlesischen Grubenbesitzes in ihren Händen hat, wegen zu hoher Forderungen ausgeschlossen. Die 2 Millionen Mark sollen nun der Fürstlich Pleßischen Grubenverwaltung die Möglichkeit geben, eine Interessengemeinschaft mit der neuen Bergwerks-A.-G. einzugehen. Auch für das Neuaufbau der Betriebe sind 2 Millionen Mark zu Betriebsverbesserungen und zur Durchführung der Rationalisierungsbestrebungen bewilligt worden. Die 16 Millionen werden auf 4 Jahre zinsfrei gewährt. Nach Ablauf dieser Zeit sollen die Gelder mit 1 Prozent über den jeweiligen Reichsbankdiskont verzinst und amortisiert werden. Lujser, Waldenburg.

Einigung über die Einfuhrzölle. Im Reichskabinett ist, wie der Sozial. Pressedienst erfährt, eine Einigung über die Einfuhrzölle für Schweinefleisch und Schinken gewährt worden. Eine neue Verordnung, die in den nächsten Tagen im Reichs-Gesetzblatt erscheinen wird, bestimmt, daß diese Einfuhrzölle beim Import von Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Buchweizen, Getreide, Erbsen, Linsen, Futter, Bohnen, Lupinen, Widen, Mais und Datteln in Zahlung gegeben werden können.

Die Angelegenheit der öffentlichen Arbeitsnachweise in Sachsen hatten am 22. April in Leipzig (Sitzungsraum der Stadtverordneten) eine Konferenz ab, die vom Zentralverband der Angestellten einberufen worden ist. Der Geschäftsführer des öffentlichen Arbeitsnachweises in Oberhausen (Rheinland), Herr Hermann Küllig, spricht über „Die Aufgaben der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“, während das Vorstandsmitglied des Z.N.V., Herr Otto Hauschert, Berlin, das Arbeitsvertragsrecht des Personal der Reichsanstalt behandelt. Die Tagung verspricht einen reichen Gedankenaustausch, der wesentlich zur Erleichterung der bevorstehenden Ueberführung der öffentlichen Arbeitsnachweise in die Reichsanstalt beitragen wird.

Berichtungs-Kalender

Dienstag, 10. April 1928. Steinholzleger, Volkshaus, 9 1/2 Uhr. Mittwoch, 11. April 1928. Bauhilfs- und Tischbauarbeiter, Volkshaus, 19 Uhr. Metallarbeiter-Funktionäre, Felsenkeller, 20 Uhr. Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Wochenspielplan

Leipziger Schauspielhaus, Dienstag, 20 Uhr: Der große Bariton (Bassermann). Mittwoch, 20 Uhr: Der Schöpfer (Bassermann). Donnerstag, 20 Uhr: Die Menschenfreunde (Bassermann). Freitag, 20 Uhr: Die Frau vom Meer (Bassermann). Sonnabend, 19 1/2 Uhr: Der große Bariton (Bassermann). Sonntag, 15 1/2 Uhr: Armut; 19 1/2 Uhr: Der einsame Weg.

Advertisement for Panflavin, featuring a circular logo with 'Zum Schutz gegen Grippe' and 'Halsentzündungen und Erkältungen'. The text includes 'Panflavin PASTILLEN' and 'EHRHARTUNG IN APOTHEKEN U. UROBAREN'.

15. April verschwand. Tatsächlich hatte die Polizei in Neudorf nach dem Verbrechen von South Braintree sofort die Morellibande im Verdacht, die in Neudorf ihr Wesen trieb. Nach der Verhaftung von Sacco und Banzetti ließ sie die Sache aber fallen. Kurz nach dem Verbrechen in Braintree wurde Madeiros fünf Monate für einen Diebstahl von weniger als hundert Dollar eingesperrt. Aber sofort nach seiner Freilassung hatte er ungefähr 2.800 Dollar in der Bank, womit er eine Vergnügungsreise nach dem Westen und nach Mexiko machte. Die 2.800 Dollar können nur als sein Teil der Beute aus dem South-Braintree-Verbrechen angesehen werden.

Hundert von Einzelheiten bestätigen Madeiros Geständnis. Die Theorie, daß die Morellibande das Verbrechen begangen hat, ist durchaus nicht an den Haaren herbeigezogen. Hier ist ein klares Motiv vorhanden, hier bestätigt es sich, daß fünf Mann an dem Verbrechen beteiligt waren, hier sind die Beweise für das Verschleppen der Beute. Die Anklage gegen Sacco und Banzetti konnte keine Rechenschaft über die drei Männer geben, die außerdem noch in das Verbrechen verwickelt waren.

Optimistische Freunde Saccos und Banzettis waren über die Enthüllungen Madeiros' überglücklich. Sie sahen sie bereits in Freiheit. Massachusetts, so meinten sie, könne doch nicht zwei Männer hinhängen lassen, wenn ihre Unschuld durch solche starke Beweise erhärtet wird.

Enthüllungen der Geheimpolizei.

Die stereotype Antwort aller amerikanischen Auslandsvertreter auf Vorhaltungen in der Sacco-Banzetti-Sache lautete, daß der ganze Fall Massachusetts alibi angeht und die Regierung in Washington nichts mit ihrer Beurteilung zu tun hatte und sich auch nicht für die Wiederaufnahme des Verfahrens einlegen könne. Diese scharfe Scheidung zwischen den Befugnissen der einzelnen Bundesstaaten und der zentralen Regierung ist lediglich eine Formalität.

Die Beziehungen des Justizministeriums der Bundesregierung zu der Sache waren allgemein bekannt. Im Jahre 1926 wurde diese bekannte Tatsache durch eine Reihe von Erklärungen sogar gerichtsnotarisch, die die Zusammenarbeit der Bundes- und der staatlichen Regierung von Massachusetts zur Verurteilung von Sacco und Banzetti enthüllten.

(Fortsetzung folgt.)

Zehn Tage, die die Welt erschütterten Der bolschewistische Jubiläumofilm.

Wir haben vor zwei Jahren erschüttert, hingegriffen, aufgewühlt den ersten großen Russenfilm, den „Panzerkreuzer Potemkin“, erlebt, das große Werk eines jungen genialen Regisseurs, einer jungen Filmindustrie und eines jungen Staatsgebildes. Mit diesem Film hat sich Russland die Welt für seine Filmproduktion geöffnet. Und mit dem, w. a. Russland an Filmen nachschickte, hat es bewiesen, daß der „Potemkin“ kein Zufallsprodukt war. Ich habe ihn mir dieser Tage in einem kleinen Berliner Repertoire-Kino wieder angesehen: er wirkte so tief und schön und befreiend wie damals.

Jetzt ist derselben jungen Regisseurs Eisenstein ein zweiter Film nach Deutschland gekommen. Er drehte ihn im Auftrage der Sowjetregierung zum Jubiläum der bolschewistischen Oktoberrevolution. In Russland heißt er „Oktober“, in Deutschland: „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“. Wir hätten gerne diesen neuen Eisenstein-Film gelobt und über alle Mantel- und Kittschmerzgenisse, über alle Dogmatischen und Gesinnungs-Karussells der weltlichen Filmunternehmer himmelhoch gehoben. Aber es geht beim besten Willen nicht; denn dieser Film ist schlecht. Eisenstein ist ein großer Regisseur, aber der Stoff, den man ihn gesteckt hat, und diejenigen, die ihm den Stoff gaben, haben den großen Regisseur vergeblich und zu einem zeitintertierten Handlanger gemacht, der ein Propagandapensum pflichtgemäß erledigte, weil es eben aufgetragen war. Diese zehn Tage sind weder historisch noch künstlerisch geordnet und geformt. Nicht die innere Wahrheit der Geschehnisse hat hier, wie beim Potemkin, das Neugierige gestaltet, sondern ein von außen kommender Zwang hat seine Willkür wirken lassen.

Alles, was in diesem Film bolschewistisch abgetempelt ist, ist gut, edel, tapfer und menschlich; aber alles, was menschlich oder bürgerlich ist, das trägt das Kaltschneidende auf der Stirn, ist tödlich, tödlich, feig, verabscheuenswürdig ohne Ausnahme. Kerenki läuft herum wie ein Kreml, die Redner der Menschewits haben Zuhörer- und Trottelwägen. Trotski darf überhaupt nicht in Funktion treten, die Truppen der provisorischen Regierung bestehen aus Laufjungen und Dieben und hysterischen, unappetitlichen Weibern. Das alles ist nicht Wirklichkeit und Wahrhaftigkeit, sondern dumme Leibesbezeichnung, frei nach amerikanischen Moral-Filmen und literarischen Geschichtsbüchern. Eisenstein hat sich nicht unter dieser Zwangsarbeit gelitten, sich unsicher und gehemmt gefühlt; er verzicht sich in Langweiligkeiten, wiederholt sich endlos, symbolisiert mit Gittern und Stufen und Löwen und Pfaffen und Masken, daß man glaubt, in ein wenig überflüssiges Museum geraten zu sein; er läßt marschieren, marschieren, wirklich marschieren, symbolisch marschieren; er häuft Kampfszenen, die wir in den anderen Russenfilmen und in Kriegsfilmen schon wirklamer, weil parader und organischer eingesehen, zur Genüge gesehen haben. Selbstverständlich enthält der Film einzelne ausgezeichnete Szenen — Höhepunkte: das Aufwinden der Bilden, damit der Demonstration der Rückzug in die Arbeiterquartiere abgebrochen werde; aber auch diese Szene ist durch eine ungeschöne Senkation mit einem getötelten Pferd entsteht, an der sogar die Sowjetkontrolle Kritik übte —; selbstverständlich ist die Photographie wunderbar, die Volkstypen und Charakterköpfe unverkennbar einprägsam und lebenswichtig; aber all das macht aus einem fast konstruierten bolschewistischen Propagandafilm noch lange kein aus der Wirklichkeit organisch gewachsenes, Erlebnis vermittelndes Kunstwerk. „Potemkin“ war ein revolutionäres Kunstwerk; dieser Film eine kommunistische Propagandamache. Heinz Eisgruber.

Zum neuen Jact London

Jact London hat sich das deutsche Publikum sehr rasch erobert. Er war einer der großen Uebersetzungserfolge der letzten Jahre, neben dem Engländer Galsworthy wohl der größte. Man kann das mit Genugtuung konstatieren, denn es ist ein Beweis dafür, daß „das Publikum“ sehr wohl begreift, was gut und was schlecht ist, daß das Bedürfnis nach Kritik sehr viel mehr in der Phantasie der Verleger als in der Seele des Lesers existiert. Jact hat London aber nicht nur ein großer Dichter und sehr lebendiger und leidenschaftlicher Mensch gewesen, sondern auch ein äußerst tüchtiger Geschäftsmann. Er war der höchstehonorierte Schriftsteller der USA, er schrieb für ein — sehr hohes — Festschenonorar und konnte gewiß sein, daß jede Zeile, die er schrieb, sofort in barem Geld realisierbare Worte war. Er hatte nach dem Glend und den bitteren Kämpfen seiner Jugend ein ungemeines Bedürfnis danach, auszuweichen. Er hatte die mannigfachen Bedürfnisse, lebte als großer Herr und als großer Projektentwerfer, was besonders kostspielig ist, und war deshalb gezwungen, sehr viel und sehr schnell zu verdienen — 1000 Worte pro Tag, wie seine Frau berichtet — und als das noch nicht reichte, begann er zuletzt keine Romane als Filmmanuskripte zu schreiben, wodurch der Verdienst sich potenzierte, aber Inhalt und poetischer Wert...

Wir müssen also durchaus und sehr scharf unterscheiden zwischen dem Dichter, Menschen und revolutionären Sozialisten und dem Biographen und Großverdiener Jact London, sonst geraten wir in eine verhängnisvolle Mißton und lassen uns blendend geschriebenen Humbug für echtes poetisches Gold verkaufen — wobei uns natürlich nur recht geschähe.

Londons Marktgewandtheit, die sein Publikum nahm, wie er es fand, zeigt sich natürlich auch in seinen großen und ersthaften Werken. Wenn er zum Beispiel in dem wundervollen Seemoff sein Liebespaar lange Zeit auf der einsamen Kobbeninsel in jungfräulicher Keuschheit weit getrennte Zeile bewohnen läßt — hintermalen ein forreter Amerikaner erst zum Standesamt geht, bevor er das Schloßgemach seiner Liebsten betritt und auf der Kobbeninsel kein Standesamt vorrätig war, so ist die Verbeugung vor der öffentlichen Meinung so unterdrückt tief, daß sie schon fast einer Verhöhnung gleichkommt: Immerhin scherte sie den Buchhändlererfolg im Lande der Feigenblätter. Aber er weiß sehr genau, worauf es ankommt, und in seinen ernstgemeinten und erlebten Werken opfert er von seinen Hauptzielen nichts. Auf ihnen beruht seine Größe.

Daneben aber gibt es Jact und Jactwert, das er schrieb, um zu verdienen, und weil die Magazine Sensationen und strotzende Unterhaltung für Wochenendleser verlangten. Gerade in die letzte Zeit seines Lebens, als er müde, enttäuscht, skeptisch geworden war, und viel verdienen mußte, fallen viele solche Produkte eines großen Literaturlandwirts. Sie sind alles, was man von guter Unterhaltungsindustrie verlangen kann: spannend erfunden, geschickt aufgebaut, glänzend erzählt. Wenn sie zufällig Dinge berühren, die der Dichter Jact London liebte: die milde oder sanfte Schönheit der Natur, menschliche Leidenschaften, die Absonderlichkeiten gesellschaftlicher Zustände, greifen sie für Augenblicke aus Herz. Im ganzen aber lassen sie sich bequem im Selbstgenügs ein halbes Duzend pro Stunde konsumieren. Man unterhält sich gut dabei, wird nicht am Einschlafen gehindert und empfindet zum Schluß eine angenehme Leere. Zu diesem Zwecke sind sie gleich dem Gros unserer defektiv-alkoholischen u. ä. Geschichten geschrieben. Sie sind in Vollendung das, was der durchschnittliche Roman der Berliner Illustrierten sehr unvollkommen und herzlich langweilig zu erreichen sucht. Und sie erfüllen demnach in dieser

Zeit der überhitzten, abgepannten Menschen einen nicht unwichtigen gesellschaftlichen Zweck.

In diese Reihe gehörte schon die „Insel Berande“ mit ihrer unmöglichen Heldin und deren See-, Kampf- und Liebesabenteuern, die den alten Lederstrumpf an naiver Unwahrscheinlichkeit weit übertrumpften. Das wunderbar gefundene und gestaltete Selbstmitleid entschädigte dafür. Eine gleiche Entschädigung bietet das letzte Buch, das der Universitätsverlag herausbringt, nicht. „Das Mondgesicht“ und fast alle im gleichen Bande gesammelten kurzen Geschichten sind der gleichen Art. Zwei scheinen mir freilich selbst vom Standpunkt der Unterhaltungsindustrie mäßig. Die Geschichte der eifersüchtigen, die sich lernen sich unsichtbar zu machen und dann gegenständig, deswegen, weil London sich die Sache unerlaubt leicht gemacht hat und mit etwas Elementarchemie operiert im Vertrauen auf die umfassende Unwissenheit seiner Leser. Die Selbstgeschichten mit dem Tod des Helden durch rätselhafte Geisteshand, deswegen, weil die Liebesgeschichte zu gut geschrieben ist. Wir wollen wissen, warum der Held das gleiche Mädchen nicht heiraten kann und wodurch ihm Schweigen auferlegt wird. Da diese ganzen Motive unentwickelt und verworren bleiben, sind wir am Schluß enttäuscht und nicht mehr interessiert. Die Geschichte macht den Eindruck, als sei sie aus zwei gar nicht zusammengehörigen Teilen zusammengesetzt.

Die anderen Geschichten: der literarische Tramp, das Abenteuer der kleinen verblenden Journalistin, die Mordgeschichte, die Geschichte des Dompeters und die allerdings fragwürdige Erzählung von dem anarchistischen Erpresser, die im Vaterlande des Banzettimorbes politisch einigermassen gefährlich erscheint, aber bei uns wohl harmlos ist: sie alle sind gute, zum Teil sehr gute Unterhaltungsindustrie, nicht mehr.

Editer London und London in seiner besten Form ist nur die kleine Skizze: die Goldsucher. Die einsame Natur, die Mühsal des verlorenen Goldgräbers, der Kampf und dann das Zurückfinden der Schätze in Einsamkeit und unbewußte Schönheit, das lebt in uns wie eine der Alaska- oder Sibirien-Geschichten. Und ich würde diese kleine, kaum spannenlange Geschichte vollenden nennen, wenn nicht das Lied des Goldgräbers so arg aus Ton und Stimmung fielen. Gibt es denn in unserer ganzen deutschen Poesie kein frommes Waidwiedchen, das den Ton des amerikanischen Originals vermitteln könnte?

Gegen den ganzen Band wäre sehr wenig einzuwenden, wenn wir alle wesentlichen Werte Londons bereits deutsch besäßen und es sich jetzt nur noch um philologische Vollständigkeit der deutschen Ausgabe handelte, nur darum, den leidenschaftlichsten Liebhabern Jact Londons das volle Bild seines Schaffens zu vermitteln. Aber der Universitätsverlag hat uns von seinen soziologisch wichtigen kurzen Geschichten noch so gut wie nichts, von seinen großen Romanen erst einen kleinen Teil (allerdings die wichtigsten) gebracht. Sogar von den Südbsee- und Alaskageschichten fehlen noch wesentliche. Warum also die Nachlese, ehe die Erste eingebracht ist?

Und warum — das ist eine viel ernstere Sache — wird in den beigebrannten Kritiken so getan, als gäbe es bei London nichts derartiges wie Unterschied in der Qualität? Superlative des Lobes auf dieses Bei- und Nebenwerk angewandt, entwertet das Lob, das wir dem wahren, dem ernsthaften, dem vollwertigen Jact London zu geben haben. Sie entwerten auch die Kritik und machen sie von einem Wegweiser zu einem bequemen Mittel verantwortungsloser Reklame. Anna Siemsen.

Leipziger Musik

Katharina Bosh-Wädel, die in früheren Jahren regelmäßig mit ihrem nun verstorbenen Mann, dem feinsinnigen Pianisten Paul Otto Wädel, Sonaten-Zyklen veranstaltete, bis sie es lassen mußten, weil sie am mangelnden Besuch erkannten, daß die Reben von der Musikstadt Leipzig ein Schwindel sind — Katharina Bosh gab einen Violin-Solo-Abend mit einem so gewichtigen wie anstrengenden Programm. Anstrengend für Spieler und Hörer. Die Durchführung der Werke Bachs und Regers erweckte hohe Achtung. Rostbar ihr mächtiger, runder, aus herb und mild gemischter Violinton, zuverlässig ihre große Technik — auf die Dauer etwas trocken ihr Vortrag.

Abraham Goldberg spielt seine Violine grandios über sich hin. Er gab als Virtuoso und Musiker, erinnert er mit seiner betont eleganten Vogensführung und durch das kaum abbrechende Vibrieren des Tones und dessen Süßigkeit immer an Salou und Raffeshaus.

Die Pianistin Beria Seiffert, uns aus Konseratoriumskonzerten bekannt, bot mit großem Orchester Musik um die Jahrhundertwende: Debussys Fantasie und Glazounows Konzert, beides für Klavier und Orchester, beides wohlklingende, gut gemachte oberflächliche Musik. Beria Seiffert zeigte sich darin wiederum technisch und musikalisch sicher und auf beachtlicher Höhe; doch spürte man die Farblosigkeit ihres Anschlags, der kein echtes, rundes Forte kennt, bei solcher Virtuosenmusik naturgemäß empfindlich. Alfred Szendrei dirigierte das Sinfonie-Orchester anscheinungslos über die rhytmischen Schlachten hinweg und bot vorher eine Klanglich ausgefallte Wiedergabe von Ravels Spanischer Rhapsodie, raffiniert instrumentierte Stücken spanischer Landstöße und spanischer Tänze, die weniger die Dinge selber wiedergeben als ihren Begriff, die Erinnerung daran, ihre Reflexion.

Das Gewandhaus-Quartett erstellte den letzten seiner Abende mit der Erstaufführung von Pjotr Tschaikowskis „Moll-Quartett“. Es kost hochgeschätzte Kunstarbeit darin, bemerkenswerte Feinheit, Beziehungen zwischen den Sätzen, interessante Verwindung. Doch bei all dem Respekt wird man nicht warm, die Teile sind trotz ihrer Reminiszenzen nicht von einer Faust zusammengeschalten. Dufresne, zerfallende Themen, eine grübelnde, lodernde, wie des Musikierens unfroh wirkende Musik. Von den Erstaufführungen des Gewandhaus-Quartetts im letzten Winter aber die beachtlichste. Die Absichten der Quartitur wurden nicht in allen Teilen gleichmäßig vermittelt, doch gab es glänzende Episoden, kostbar strahlte Wolgandis Melodie über den Bizjkat-Afforden.

Rückblickend auf die Reihe der acht Gewandhaus-Kammermusiknächte mit dem Gedanken an manches Schöne der Wunsch nach wechselvolleren, anregenderen Programmen, besonders will Leipzig in den letzten Jahren mehr und mehr, auffällig, doch mit gutem Grund, von den führenden Quartettvereinigungen gemieden wird. H. W.

Kleine Chronik

Aufführung des Arbeiter-Theaterbundes. Zum soundvollsten Male äußern wir hier unsere oft mit Gründen belegte Ansicht, daß sich die Umgehung des Berufs-Theaters, also eine Theateraufführung durch Dilettanten, nur rechtfertigt, wenn sie sich mit Werken befaßt, denen wegen ihrer revolutionären Tendenz das bürgerliche Gesellschaftstheater verschlossen bleibt. Gerade die private Aufführung solcher — und nur solcher — würde gerechtfertigt sein, die öffentlichen Bühnen für die Aufführung bisher von ihnen negierter Theaterstücke geeignet zu machen. Damit würde das Dilettantenspiel über sein persönliches Vergnügen am Theaterspielen hinaus eine soziale Mission erfüllen. Im Arbeiter-Theaterbund scheint sich diese Selbstverständlichkeit schwer durchzusetzen. Sonst wäre es nicht möglich, daß die Ortsgruppe Eutrich viel Fleiß und Mühe an die Aufführung

von Tollers „Hinkemann“ verwendete. Hat man denn nicht bedacht, daß „Hinkemann“ am Allen Theater gute Aufführungen erlebte und durch das WZ sogar durch wohlfeile Preise der Arbeitererschaft zugänglich gemacht wurde? Schon wegen der durch das örtliche Zusammenfallen gegebenen Vergleichsmöglichkeit, die natürlich zugunsten der Dilettantenbühne ausfallen muß, entzieht man sich den Boden für eine bejahende Beurteilung. Ein revolutionäres oder sozialistisches Drama, das sonst nirgends zu sehen ist, erschüttert den Zuschauer schon durch seine Existenz, so daß er die Mängel einer dilettantischen Aufführung gern in Kauf nimmt. Aber wenn er es so anders besser sah, wird seine Aufmerksamkeit mehr auf die Aufführung gelenkt, weil die Idee selbst ihn schon früher erregt hat. So ist mir's und wahrscheinlich auch anderen bei der Hinkemann-Aufführung der Eutricher Genossen ergangen. Es hat keinen Sinn, die Leistungen eines sehgegangenen guten Willens zu kritisieren, solange im Arbeiter-Theaterbund nicht die klare Einsicht herrscht über das, was er ausführen muß. Dann ließe sich darüber reden, wie es aufgeführt werden muß. Wirklich positive Leistungen, an denen die gesamte Arbeitererschaft profitieren könnte, werden nur erreicht werden, wenn sich wenigstens die Gruppen in Leipzig straff zusammenschließen und einen beruflich geschulten Regisseur über sich wälzen lassen, der den zahlreich vorhandenen spielfreudigen Mitglieder die unumgänglichen nötigen Grundelemente vom Bewegen auf der Bühne beibringt und natürlich auch für ein wenigstens halbwegs Bühnengerüstes Herauskommen der sorgfältig ausgewählten Werke sorgt. Im Laienspiel der Arbeiter liegt eine für die proletarische Bewegung bedeutende Kraft. Sie ist im Arbeiter-Theaterbund selbst heute noch nicht einmal völlig erkannt, viel weniger zielbewußt fruchtbar gemacht worden.

Dramatischer „Warenumsch“. Der dem Wiener Verwaltungsgerichtshof findet in den nächsten Tagen ein interessanter Prozeß statt, den der bekannte österreichische Dramatiker Karl Schönherr gegen den österreichischen Staat angeklagt hat. Das Bundesministerium für Finanzen hat nämlich Schönherr für seine Werke „Warenumsch“ und „Kunstpflanze“ vorgeschrieben. Der Verwaltungsgerichtshof wird nun zu entscheiden haben, ob Dichtungen als Waren zu betrachten sind und als solche der Steuer unterliegen.

Eine neue Theaterzeitung. Das vom Verband der Deutschen Volkstheatervereine herausgegebene Blatt „Die Volksbühne“, bisher zweimal monatlich in Zeitungsförmigkeit, erscheint vom April dieses Jahres ab mit der Bezeichnung „Zeitschrift für soziale Theaterpolitik und Kunstpflege“ als eine ausgearbeitete Monatschrift für das Bühnenwesen, mit einer Reihe grundsätzlicher Artikel, mit Briefen des jungen Strindberg, mit Verträgen aus der Volkstheaterbewegung und vom Theater des Jura und Auslands.

Sommerplan des Schauspielhauses. Für die diesjährige Sommerzeit hat die Direktion des Schauspielhauses erworben: „Hokuspokus“ von Kurt Götz, „Broadway“ von Dunning Abbott, „Unter Gesichtsaffekt“ von Arnold und Bach und „Der Fall der Mary Dugan“ von Bernard Shaw.

Neues Theater. Sonnabend, den 14. April, gelangt Max Etingers Oper in 3 Akten (12 Bildern) „Frühlings Erwachen“ nach Franz Wedekind zur Aufführung. Musikalische Leitung: Brecher, henische Leitung Brägmann, von dem auch der Entwurf der Bühnenbilder und Kostüme herrührt. Das Werk ist mit den Damen Dörwald, Moskalko, Schullke, Thiele, Trummel, Wenzler, Lehmann und den Herren Weiner, Fleischer, Hauschild, Herzog, Holländer, Horand, Leuer, Lindlar, Rühmann, Wostalko, Müller, Neubert, Orlamp, Salmann und Jochel besetzt.

Altes Theater. Das Schauspiel bereitet gegenwärtig „Leidhardi von Gneisenau“ von Wolfgang Gock vor. Jugenerziehung: Kronacher, Bühnenbilder: Weiskopf. — Eugen Kämpfer wird mit Gastspielen in Leipzig am 21. April („Der Meister“), am 22. („Abgemacht, Ruß“) und am 24. („Baumeister Solnes“) seine im Februar begonnene Gastspielreise beschließen.

Filmchau

Fritz Langs neuer Film „Spione“ enttäuscht noch mehr als „Metropolis“. Wenn ein Regisseur mit so großen Mitteln arbeiten darf wie Lang, braucht er sich auf nur technische Vorzüge (Feinheiten der Photographie, Ueberwindung des flüchtigen Bildes, Spielbeweglichkeit) nichts einzubilden. Lang hat das große und dankbare, noch nicht ausgeschöpfte Motiv des Spions in hundertfacher Zersplitterung zerfließen lassen. Da lügen wohl, aber nur dem Kenner der Zeitgeschichte deutlich, der Fall des Generalschabschefs Redl und eine antibolschewistische Verherrlichung diplomatischer Einbruchsmethoden des englischen Innenministers Herder, aber nirgends erkennt man den Typus des Spions. Statt dessen stürzt über uns eine wilde Flut konstruierter, unglauwürdig verbundener Kolportagephantasien herein. Boxkämpfe, Viebeszenen, Raupeneiden, Verfolgungen, Eisenbahnkatastrophen, Explosionen, Schiebereien und eine reichliche Stala aller nur erdenklichen Selbstmordarten. Gift und eigenhändiges Baudaufschließen inbegriffen. Diese Uebersteigerung der scheinbaren Tragik artet oft ins unwillkürliche Komische aus. Der Film wird zur Moritat. Daß der Regisseur Lang mit den „Räubern“ einen Welkerfolg hatte, ist kein Zufall. Für den literarischen Stoff genügt die Beherrschung äußerlicher Formeln. Im Gegenwart lebendig zu machen, muß der Künstler erine aus dem Erlebten entpringende Anschauung haben, einen Charakter. Langs letzte Werke lassen die Schlussfolgerung zu, daß ihm dieser Charakter fehlt. Mit nichts als Reifeit aber kann der Künstler kein Werk schaffen, das mehr wäre als ein norüberflatternder Bilderbogen. (Hfortia.)

Es kann einem bitter leid tun, wenn die Pracht und Schönheit des Winters in den Hochalpen, das majestätische Schweigen der Schnee- und Eiswelt dazu erhalten müssen, die Liebe zum kaiserlichen Nordfeld noch einmal zu erwecken. Wir sind die Kaiserjäger spekuliert auf die Uniformfärbung der ewigen Freistenaspiranten und läßt nichts unverlucht, das internationale kriegsgehende Kapital hinter einem Schleier von sentimentaler Vaterlandsliebe verschwinden zu lassen. (Emelta.)

In den Apachen von Paris wird Paris so geschildert, wie es sich ein langjähriger Abonnent der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vorstellt, das heißt, so dumm als möglich. Es gibt nur Apachen, welcher Name schon ein Grinsen hervorruft. Saffi, krafftig, und wikhos, erträglich nur durch Catelein und die Eisenkäh, die zwei junge Menschen scharmt mit grotesken Akzenten darstellten. (Königsparillon.)

Reinhold Schünzel führt die Unsinngigkeit seines Hercules Maier wenigstens so komplett vor, daß man immerhin eine Stunden lang vergnügt schmunzeln kann. Er war schon lustiger, aber wenn er hier ein Baby trockenlegt, als Weiter eines Kindhohes antwortet sich bei Raffes als fasscher Graf einführt, nimmt man das bei der sonstigen Dürre der Filmwoche als willkommene Erheiterung hin. Schade, daß er allein spielt, ohne Heranziehung eines Ensembles. (Univerlum.)

Aktion — Sprengstoff behandelt das abgeklappte Wildwuchsthemas endlich einmal von der richtigen Seite, parodiert sich selbst. Und darum kann man sich bei diesen lustigen und klüglichen Wühlhausarbeiten eines mexikanischen Banditen ganz gut unterhalten. Wenn kein besserer Unterhaltungsfilm auf dem Programm der Woche steht. H.